

# Unterrichtung

durch die Bundesregierung

## Neunter Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen

Berichtszeitraum 2023 und 2024

### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Informationskastenverzeichnis .....</b>	4
<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	4
<b>Vorwort.....</b>	5
<b>A. Deutsches Personal in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen .....</b>	8
O. Tendenzen – Personalien – Herausforderungen .....	8
1. Europäische Union: Deutscher Personalanteil in ausgewählten EU-Institutionen und Einrichtungen .....	13
1.1 Europäische Kommission .....	13
1.2 Verwaltung des Europäischen Parlaments und Generalsekretariat des Rates.....	14
1.3 Europäischer Auswärtiger Dienst.....	15
1.4 Ausgewählte EU-Agenturen.....	15
1.5 EU-Institutionen, -Einrichtungen und Behörden mit Finanzbezug (EIB, EZB, ESFS, ESM, SSM, SRB) .....	17
1.6 Missionen und Operationen der Europäischen Union .....	18
2. Vereinte Nationen und VN-System: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen.....	19
2.1 Sekretariat der Vereinten Nationen .....	20

2.2	Besondere politische Missionen und friedenssichernde Missionen der Vereinten Nationen .....	21
2.3	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP).....	22
2.4	Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) .....	23
2.5	Internationale Fernmeldeunion (ITU).....	23
2.6	Internationale Arbeitsorganisation (ILO) .....	23
2.7	Internationaler Währungsfonds (IWF).....	24
2.8	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) .....	24
2.9	Weltbankgruppe (WBG).....	24
2.10	Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) .....	25
2.11	Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) und andere Gerichtshöfe (IGH, IRMCT, KSC, CPS CAF).....	25
2.12	Welthandelsorganisation (WTO).....	26
2.13	Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf.....	26
3.	Internationale Organisationen in den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration .....	26
3.1	Weltgesundheitsorganisation (WHO).....	26
3.2	Globaler Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GF) und die Impfallianz Gavi .....	27
3.3	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS).....	27
3.4	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) .....	27
3.5	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) .....	27
3.6	Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) .....	28
3.7	VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA) .....	28
3.8	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF).....	28
3.9	UN Women.....	29
3.10	Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP).....	29
3.11	Internationale Organisation für Migration (IOM) .....	30
3.12	Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) .....	30
4.	NATO: Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags .....	31
4.1	Internationalen Militärstab der NATO (IMS) und NATO Kommandostruktur (NCS) .....	31
4.2	NATO Internationaler Stab.....	31
4.3	Ausgewählte NATO Agenturen .....	32
4.4	NATO-Einsätze / Operationen .....	32
4.5	Einsatzgleiche Verpflichtungen.....	33
5.	Deutscher Personalanteil in Europarat, OECD, OSZE und weiteren multilateralen und regionalen Organisationen .....	33
5.1	Europarat (EuR).....	33
5.2	Europäische Weltraumorganisation (ESA).....	34

5.3	Interpol .....	34
5.4	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) .....	35
5.5	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) .....	35
5.6	Regionale Entwicklungsbanken (AfDB, ADB, AIIB, EBRD, IDB) .....	36
<b>B.</b>	<b>Förderung Deutscher Bewerberinnen und Bewerber für Internationale und Europäische Institutionen</b> .....	<b>38</b>
1.	Das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt .....	38
2.	Gezielte Unterstützung bei EU-Bewerbungen .....	39
3.	Förderung der Bundesregierung für Nachwuchs bei internationalen und europäischen Institutionen .....	40
3.1	Junior Professional Officer-Programm (JPO-Programm) .....	40
3.2	Carlo-Schmid-Programm (CSP) .....	40
3.3	Mercator Kolleg für internationale Aufgaben .....	41
3.4	Ausgewählte weitere deutsche Nachwuchsförderprogramme .....	41
<b>C.</b>	<b>Netzwerkinstrumente der Internationalen Personalpolitik</b> .....	<b>42</b>
1.	Virtuelle Konferenzformate .....	42
2.	Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen .....	42
3.	Weitere Netzwerkaktivitäten .....	42
<b>D.</b>	<b>Umsetzung des Personalrahmenkonzepts der Bundesregierung zur Internationalen Personalpolitik</b> .....	<b>44</b>
1.	Positive Umsetzungsbeispiele aus Bundesministerien im Berichtszeitraum .....	44
2.	Entsante Beschäftigte (Bundes- und Landesbehörden) in internationalen und EU Organisationen .....	48
<b>E.</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>56</b>
	<b>Abkürzungsverzeichnis</b> .....	<b>67</b>

**Informationskastenverzeichnis**

Informationskasten 1	Der institutionelle Rahmen für die internationale Personalpolitik.....	7
Informationskasten 2	Angemessene personelle Präsenz – wann ist das der Fall?.....	7
Informationskasten 3	Geografische Ausgewogenheit in den EU-Institutionen.....	13
Informationskasten 4	Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) – eine vollwertige Entsendeorganisation.....	19
Informationskasten 5	Geografische Diversität im System der Vereinten Nationen.....	19
Informationskasten 6	Umsetzung der Reform des VN-Entwicklungssystems.....	21
Informationskasten 7	Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO).....	39

**Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1	Entsendungen von Beschäftigten der Bundesressorts (inklusive nachgeordneter Bereich) im Berichtszeitraum.....	48
Tabelle 2	Entsendungen von Beschäftigten der Bundesländer (inkl. nachgeordneter Bereich) im Berichtszeitraum.....	55
Tabelle 3	Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum.....	56
Tabelle 4	Übersicht: Hochrangige Deutsche in ausgewählten internationalen Organisationen und EU-Institutionen.....	60

## Vorwort

Die Weltgemeinschaft ist gefordert wie seit Jahrzehnten nicht: Russlands völkerrechtswidriger Angriffs- und Eroberungskrieg gegen die Ukraine, bewaffnete Konflikte in Nahost und Afrika, die globale Herausforderung des Klimawandels, Vertreibungen und humanitäre Notlagen, das Erstarken von religiösem und politischem Extremismus, die digitale Revolution und sich verschiebende politische und wirtschaftliche Machtverhältnisse sind nur einige zentrale Herausforderungen.

Diese gewaltigen Aufgaben lassen sich nur im Verbund bewältigen – globale Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit sind in Zeiten der Polykrise wichtiger denn je. Doch gerade heute setzen einige Staaten eher auf Nationalismus als auf Multilateralismus, eher auf Konfrontation statt Kooperation. Prinzipien und politische Verpflichtungen werden in Frage gestellt, Trennlinien vertieft. Ausmaß und Auswirkungen des US-Rückzugs aus dem multilateralen System unter der derzeitigen amerikanischen Regierung sind noch nicht in Gänze absehbar. Klar ist aber: Die Vereinten Nationen stehen unter enormen Reformdruck.

Als global vernetztes Land ist Deutschland angewiesen auf eine internationale Ordnung, die auf den Regeln der Charta der Vereinten Nationen, auf dem Völkerrecht und den universellen Menschenrechten gründet. Daher bleibt Deutschland im multilateralen System führend engagiert, unterstützt die UN80-Reforminitiative des VN-Generalsekretärs und pflegt Zusammenarbeit und Partnerschaften – in der Europäischen Union, im transatlantischen Bündnis und den Vereinten Nationen, ihren Unterorganisationen und anderen internationalen Organisationen, Fonds und Entwicklungsbanken.

Die Bundesregierung ist bereit, weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen, die internationale Ordnung angesichts der vielfältigen Krisen zu stützen und zu stärken, sowie die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Auf Ebene der Außen- und Verteidigungsminister hat Deutschland daher eine internationale Blauhelmkonferenz zur Stärkung der VN-Friedensmissionen im Mai 2025 in Berlin ausgerichtet. Zusammen mit Namibia hat Deutschland die Verhandlungsführung für den Zukunftspakt übernommen, der im September 2024 in den Vereinten Nationen verabschiedet wurde. Für den Zeitraum 2027/2028 kandidiert Deutschland erneut für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Die Kandidatur steht unter dem programmatischen Leitmotiv Respekt – Gerechtigkeit – Frieden.

Die Bundesregierung unterfüttert ihren Gestaltungsanspruch mit politischem, finanziellem und personellem Engagement: durch diplomatische Führungsarbeit in Verhandlungen und Gremien, mit deutschen Soldatinnen und Soldaten, Polizeikräften und Zivilpersonal in internationalen Friedenseinsätzen, durch Beiträge in die Haushalte von Vereinten Nationen, Europäischer Union und anderen internationalen Organisationen, Fonds und Entwicklungsbanken. Gerade in Zeiten der Krise bleibt Deutschland eine verlässliche Stütze des multilateralen Systems. Die deutschen Beschäftigten, die Verantwortung in knapp 300 internationalen Organisationen tragen, leisten hierbei einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der Organisationen.

Die Bundesregierung hat sich im Berichtszeitraum zum Ziel gesetzt, insbesondere strategisch wichtige Positionen in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen mit Deutschen zu besetzen, quantitativ mindestens die Anteile zu halten, den Ein- und Aufstieg von jungen Fach- und Führungskräften zu fördern und mehr Frauen in internationale Führungspositionen zu entsenden. Die Europäische Union und die Vereinten Nationen stehen dabei besonders im Fokus mit Dr. Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission und Annalena Baerbock als nächste Präsidentin der VN-Generalversammlung.

Zum Stichtag des Berichts besetzen Deutsche in zahlreichen internationalen Organisationen bzw europäischen Institutionen Leitungsfunktionen, darunter in der Europäischen Kommission (Dr. Ursula von der Leyen), der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung UNIDO (Dr. Gerd Müller) im Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP (Achim Steiner), der Internationalen Hydrographischen Organisation (Dr. Mathias Jonas), dem Institut der Vereinten Nationen zur Abrüstungsforschung UNIDIR (Prof. Robin Geiss), im Sekretariat des Übereinkommens für Biodiversität CBD (Astrid Schomaker) und im Europäischen Innovations- und Technologieinstitut (Dr. Martin Kern).

Im VN-System konnten 2023 und 2024 auf Leitungs- bzw. in der Führungsebene wichtige Positionen besetzt werden, unter anderem bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IO), dem Gemeinsamen Programm der VN zu HIV/AIDS (UNAIDS), dem Sekretariat des Übereinkommens für Biodiversität CBD und dem VN Koordinierungsbüro in der Ukraine. Zudem wurden zu Ende des Berichtszeitraums im Europäischen Auswärtigen Dienst 16 der 144 EU-Delegationen von Deutschen geleitet, vier Deutsche sind Kabinettschef in der Europäischen Kommission. Darüber hinaus stellt Deutschland den Leiter der EU-GSVP-Mission in Armenien und die EU-Sonderbeauftragte für

das Horn von Afrika. Auch in der NATO konnte Deutschland im Berichtszeitraum zentrale Führungspositionen auf zweiter bzw. dritter Ebene besetzen.

Die im Berichtszeitraum erzielten Erfolge dürfen nicht über die beträchtlichen Herausforderungen im Personalbereich hinwegtäuschen. Der demographische Wandel macht sich auch hier bemerkbar: Zum einen steigt die Zahl der Pensionierungen deutscher Beschäftigter in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen, zum anderen hemmen finanzielle Einschränkungen in den Organisationen Neueinstellungen und Übernahmen. Dies wird sich künftig vor allem in den Vereinten Nationen mit Personalreduzierungen weiter verstärken. Gleichzeitig drängen Staaten des globalen Südens auf stärkere Repräsentation zum Beispiel in den Vereinten Nationen.

Dieser neunte Bericht der Bundesregierung zur deutschen Personalpräsenz in internationalen Organisationen dokumentiert Entwicklungen im Zeitraum von 2023 bis 2024.<sup>1</sup> Damit entspricht die Bundesregierung der zweijährigen Berichtspflicht aus der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 21. Februar 2008 „Deutsche Personalpräsenz in internationalen Organisationen im nationalen Interesse konsequent stärken“.<sup>2</sup>

Bei dieser Arbeit legt die Bundesregierung das Verständnis zugrunde, dass sie hier einen wichtigen Beitrag zur deutschen Außenpolitik in seiner Gesamtheit leistet.

---

<sup>1</sup> Die statistischen Angaben in diesem Bericht beziehen sich grundsätzlich auf den Stichtag 31.12.2024. Abweichungen, die sich aus der Datenverfügbarkeit ergeben, sind gesondert ausgewiesen. Der Bericht berücksichtigt aus Kapazitätsgründen primär Positionen, die weitgehend Stellen im höheren Dienst nach deutschem Beamtenrecht entsprechen. Erfahrungsgemäß sind beim übrigen Personal regelmäßig die jeweiligen Sitzstaaten überrepräsentiert, was auch für die internationalen Organisationen am Dienstsitz Bonn oder Berlin gilt.

<sup>2</sup> Vgl. BT-Drucksache Nr. 16/7938 (Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses) und BT-Drucksache Nr. 16/6602 (neu) (Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD).

## Informationskasten 1

**Der institutionelle Rahmen für die internationale Personalpolitik**

Themen der internationalen Personalpolitik und deutsche Bewerbungen für internationale Spitzenpositionen werden seit 1999 in der regelmäßig tagenden Staatssekretärsrunde „Deutsches Personal in internationalen Organisationen und Europäischen Institutionen“<sup>3</sup> unter Leitung des Chefs des Bundeskanzleramts im Ressortkreis erörtert und durch eine interministerielle Besprechung auf Abteilungsleitungsebene operativ begleitet.

Seit 2000 bündelt die Koordinatorin/der Koordinator für internationale Personalpolitik, angesiedelt im Auswärtigen Amt, die Interessen und Aktivitäten der Bundesregierung in der internationalen Personalpolitik. In quartalsweise tagenden interministeriellen Runden „Internationale Personalpolitik“ tauschen sich die Ressorts<sup>4</sup> auf Arbeitsebene zu Vakanzen, Bewerbungen und Entwicklungen bei den Rahmenbedingungen aus und stimmen Prioritäten ab. Zurückliegende personalpolitische Erfolge, operative Unterstützungsmaßnahmen und Erfahrungswerte aus der Flankierung von Bewerbungen wie auch eine strategische Vorausschau insbesondere auf künftig freiwerdende Posten sind fester Bestandteil dieser Austausche. An dieser Runde nehmen auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesländer, des Zentrums für internationale Friedenseinsätze (ZIF) und des Büros Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) teil.

## Informationskasten 2

**Angemessene personelle Präsenz – wann ist das der Fall?**

Auf die Frage, wann ein Land als personell angemessen vertreten gilt, geben die internationalen Organisationen unterschiedliche Antworten. Einige internationale Organisationen, wie z. B. die FAO, haben den jeweils angemessenen quantitativen Personalanteil für ihre Mitgliedstaaten in einem sogenannten Personalkorridor abgesteckt. In die Berechnung fließen neben dem Pflicht-Beitragsanteil<sup>5</sup> weitere gewichtende Faktoren ein, wie z. B. die Bevölkerungszahl, die Form der Mitgliedschaft usw.

Im VN-Sekretariat galt Deutschland als sechstgrößter Personalsteller nach dem hier anzuwendenden Berechnungssystem der „desirable ranges“ 2024 erstmals seit langem als knapp unterrepräsentiert, ist jedoch seit 01.01.2025 wieder knapp im Zielkorridor („within range“)<sup>6</sup> und damit angemessen repräsentiert. Die EU-Institutionen verwenden interne Richtwerte, um dem im Beamtenstatut verankerten Ziel der „geografischen Ausgewogenheit“ des Personals nahe zu kommen. Die Europäische Kommission arbeitet mit einem Richtwert von 13,8 Prozent für deutsche Beschäftigte. Die NATO hingegen gibt an, im zivilen Bereich ausschließlich nach dem Prinzip der Bestenauslese unter Berücksichtigung geschlechter-/geografischer Diversität zu rekrutieren. Darüber hinaus gibt es auch sogenannte „Quota-Posten“, bei denen die einzelnen Posten jeweils einem Mitgliedstaat zur Personalbesetzung fest zugeordnet sind.

Die Bundesregierung achtet auf ein angemessenes Verhältnis zwischen finanziellem Engagement und personeller Präsenz in Quantität und Qualität sowie auf strategisch wichtigen Positionen. Der deutsche Anteil am Budget einer internationalen Organisation gibt eine Orientierung, kann aber nicht der alleinige Maßstab für eine angemessene deutsche Personalpräsenz sein. Eine rein am Budgetanteil ansetzende Betrachtung ließe zudem außer Acht, dass Deutschland ein vitales Interesse daran hat, dass auch die weniger finanzstarken Mitgliedstaaten sich aktiv in den Organisationen engagieren und zu ihrem Erfolg beitragen. Dies wird eher der Fall sein, wenn die Vertretungsinteressen dieser Staaten beachtet werden und sich ihre personelle Präsenz nicht alleine nach ihrem Budgetanteil richtet.

<sup>3</sup> Seit 2020 Konzentration in dieser Runde vor allem auf Positionen in internationalen Organisationen; Personalfragen in EU-Institutionen werden in EU-spezifischen Gremien der Bundesregierung behandelt.

<sup>4</sup> Die Bezeichnung der Bundesministerien im Bericht orientiert sich an der im Berichtszeitraum zutreffenden Form.

<sup>5</sup> In der Regel wird hier der reguläre Pflichtbeitrag herangezogen, nicht die freiwilligen Beiträge.

<sup>6</sup> Nach dem vom VN-Sekretariat anzuwendenden Berechnungsmodell für ca. 5.000 sogenannte Kernstellen galt für eine „angemessene Repräsentanz“ (desirable range“) für Deutschland seit 01.01.2024 ein Korridor zwischen 157 und 212 Beschäftigten. Nach dem Rückgang des Beitragsatzes ist dieser seit 01.01.2025 auf 147-199 gesunken.

**A. Deutsches Personal in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen****O. Tendenzen – Personalien – Herausforderungen**

Im Berichtszeitraum waren ca. 9.500 Deutsche<sup>7</sup> in knapp 300 internationalen Organisationen und europäischen Institutionen, in denen Deutschland Mitglied ist, beschäftigt. Zum Vergleich: Im Jahr 2011 waren es schätzungsweise 6.700, 2020 ca. 8.000 Personen. Der relative Anteil der Deutschen an der Gesamtzahl der Beschäftigten bleibt jedoch unverändert, da auch die Zahl der Beschäftigten dieser Organisationen insgesamt gestiegen ist. Der Aufwuchs seit 2021 liegt insbesondere in den Entsendungen des BMVg und BMI begründet.

In zahlreichen internationalen Organisationen und europäischen Institutionen befinden sich Deutsche in der Leitungsebene bzw. sie werden von Deutschen geleitet. Eine umfassende Übersicht hochrangiger Deutscher findet sich in der Anlage (Teil E).

Seit dem letzten Bericht haben 2023 und 2024 folgende Deutsche Führungsverantwortung in internationalen Organisationen übernommen (chronologisch absteigend):<sup>8</sup>

- BrigGen Stefan Neumann ist seit Dezember 2024 Nachfolger von BrigGen Gschoßmann als Generaldirektor der NATO Unterstützung und Beschaffungsagentur für AWACS NAPMA.
- Jenny Scharrer ist seit Dezember 2024 Direktorin für den Privatsektor (Director Private Sector Operations) bei IFAD.
- Dr. Andreas Schwarz ist seit Dezember 2024 Kabinettschef von EU-Kommissarin Ekaterina Zaharieva. Zuvor war er von März 2023 bis Ende 2024 stv. Generaldirektor des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF).
- Bernd Biervert ist seit Dezember 2024 Kabinettschef von EU-Kommissar Maroš Šefčovič.
- Björn Seibert leitet auch in der neuen Amtszeit der Europäischen Kommission seit Dezember 2024 das Kabinett der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.
- Michael Hager leitet auch in der neuen Amtszeit der Europäischen Kommission seit Dezember 2024 das Kabinett des EU-Kommissars Valdis Dombrovskis.
- Lukas Gehrke ist seit November 2024 Leiter des Regionalbüros der IOM in Brüssel.
- Katharina Lumpf ist seit November 2024 Vertreterin des Hohen Flüchtlingskommissars (UNHCR) im Irak.
- Nicole Erdmann wurde im November 2024 zur Direktorin für Sicherheitsanalysen (Director for Safeguards Analytics) bei der IAEO berufen.
- Kim Eling ist seit November 2024 Leitender Direktor für Strategie und Organisationsleistung (Senior Director for Strategy and Organizational Performance) bei IOM.
- Eva Bolkart ist seit November 2024 Direktorin des Büros für interne Aufsicht (Director, Office of Internal Oversight) bei IOM.
- Kerstin Joppe ist seit November 2024 stellvertretende Leiterin der GSVP-Mission EUPM Moldau.
- Ralf Schröder ist seit November 2024 stellvertretender Leiter der GSVP-Mission EUAM Irak.
- Jörg Krempel ist seit Oktober 2024 stellvertretender Leiter der GSVP-Mission EUPOL COPPS.
- Dr. Roger Fischer ist seit Oktober 2024 Beauftragter für Finanzrisiken (Chief Financial Risk Officer) bei IFAD.
- Dr. Sven Egyedy ist seit September 2024 Stellvertretender Generaldirektor für Digitale Dienste im Generalsekretariat des Rates der EU.
- Thomas Ossowski wurde im September 2024 Leiter der EU-Delegation in der Türkei.

<sup>7</sup> Die Ermittlung der exakten Gesamtzahl Deutscher in IO/ EU ist aufgrund der Datenverfügbarkeit und unterschiedlicher datenschutzrechtlicher Regelungen der Organisationen äußerst schwierig. Deutschland ist Mitglied in insgesamt knapp 300 internationalen und europäischen Organisationen; in diesem Bericht werden knapp 60 abgebildet. Die Datenerhebung der internationalen Organisationen ist uneinheitlich und erschwert die Vergleichbarkeit.

<sup>8</sup> s. auch Tabelle im Anhang

- Matthias Schmale ist seit August 2024 Länderkoordinator der Vereinten Nationen und Koordinator für Humanitäre Hilfe in der Ukraine
- Sven Stürmann wurde zum Oktober 2024 zum Präsidenten der Beschwerdekammern des EUIPO gewählt.
- Katrin Hett ist seit Mai 2024 Stabschefin des leitenden Koordinators für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau im Gazastreifen.
- Dr. Karen Braun-Munzinger ist seit Mai 2024 Vorstandsmitglied des Einheitlichen Abwicklungsausschusses (SRB) der EU.
- Karl-Ludwig Soll ist seit Mai 2024 Leiter der Finanzabteilung bei UNOPS.
- Eva-Maria Velickovic ist seit April 2024 stellvertretende Leiterin der zivilen Säule der GSVP-Initiative EUSDI am Golf von Guinea.
- Ludger Schuknecht wurde im April 2024 als Vizepräsident und Generalsekretär der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank (AIIB) für eine zweite Amtszeit bestätigt.
- Astrid Schomaker wurde am 2. April 2024 zur neuen Exekutivsekretärin des Sekretariats des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (CBD) in Montreal ernannt.
- Dr. Thomas Laker ist seit 1. April 2024 Richter am Administrative Tribunal der Weltbank.
- Tanja Faller ist seit März Direktorin für technische Bewertung und Überwachung bei der Entwicklungsbank des Europarates (CEB).
- Aida Lindmeier ist seit Februar 2024 Direktorin des Länderbüros der ILO in der Ukraine.
- Richard Wilcox ist seit Februar 2024 Direktor für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor beim Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP).
- Melanie Hauenstein ist seit Januar 2024 Leiterin der UNDP-Repräsentanz in Deutschland.
- Claudia Buch ist seit Januar 2024 Vorsitzende des Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM) der EU.
- Nicola Beer ist seit Januar 2024 Vizepräsidentin und Mitglied des Direktoriums der Europäischen Investitionsbank (EIB).
- Izabela Sylwia Hartmann ist seit Ende 2023 Stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission in Moldau.
- Cornelia Taylor ist seit Ende 2023 Stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission im Kosovo.
- Marco Kalbusch ist seit Oktober 2023 Stabschef (Chief of Staff) von UNSMIL.
- Michael Kohlhaas ist seit Oktober 2023 Generaldirektor (General Manager) der NATO-Hubschrauber-Management-Agentur (NAHEMA).
- Gunther Beger ist seit Oktober 2023 Abteilungsleiter in der Direktion SDG Innovation und wirtschaftliche Transformation bei UNIDO.
- Boris Ruge ist seit September 2023 Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik (PASP) bei der NATO.
- Marina Walter ist seit September 2023 stellvertretende Verwalterin und stellvertretende Regionaldirektorin im Regionalbüro für die arabischen Staaten bei UNDP (UNDP Deputy Assistant Administrator und Deputy Regional Director im Regional Bureau for Arab States).
- Irena Vojáčková-Sollorano war von September 2023 bis August 2024 Stellvertretende Generaldirektorin ad interim für Management und Reform bei IOM.
- Sonja Derkum ist seit August 2023 Leiterin des Unabhängigen Rechtsbehelfsmechanismus des Grünen Klimafonds.
- Beate Andrees ist seit Juli 2023 Beigeordnete Generaldirektorin und Regionaldirektorin des ILO-Regionalamts für Europa und Zentralasien.
- Dirk Wagener ist seit Juli 2023 Regionalkoordinator der VN in Fidschi.
- Dan Leskien war von Juni 2023 bis Dezember 2024 kommissarischer Sekretär der FAO, Kommission für Genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (CGRFA).

- Claudia ten Have ist seit Juni 2023 Sekretärin und Direktorin des Sekretärsbüros des Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD).
- Karen Ernst ist seit Juni 2023 Leiterin der Unabhängigen Integritätsstelle des Grünen Klimafonds (Green Climate Fund Independent Integrity Unit).
- Silke Weinlich ist seit Juni 2023 Stellvertretende Direktorin für Bildungs- und Wissensdienste des VN- Personal-Kollegs (UN System Staff College).
- Dr. Catharina Böhme wurde im Mai 2023 Beigeordnete Generalsekretärin (ASG) für Außenbeziehungen und Governance bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO).
- Uta Böllhoff ist seit Mai 2023 Stellvertretende Direktorin für Öffentliche Partnerschaften (Deputy Director Public Partnerships) bei UNICEF.
- Dr. Katja Dominik war von Mai 2023 bis September 2024 Leiterin der GSVP-Mission EUCAP Sahel Niger.
- David Matern ist seit April 2023 Gemeinsamer Repräsentant für UNDP, UNFPA, UNICEF in Cabo Verde.
- Dorothee Klaus ist seit Februar 2023 Direktorin für UNWRA-Angelegenheiten im Libanon.
- Joachim Sucker ist seit Februar 2023 Direktor der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation OC-CAR.
- Generalmajor André Erich Denk war ab Februar 2023 stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und wurde im Mai 2025 zum Hauptgeschäftsführer ernannt.
- Zazie Schäfer ist seit Februar 2023 Direktorin im Büro für Strategische Planung der UNESCO.
- Dr. Markus Ritter ist seit Februar 2023 Leiter der GSVP-Mission EUMA in Armenien.
- Christine Stegling ist seit Januar 2023 Stellvertretende Exekutivdirektorin der Abteilung Politik, Interessenvertretung und Wissen bei UNAIDS.
- Prof. Ralph Ossa wurde im Januar 2023 Chefvolkswirt der WTO.

Zum Berichtsstichtag wurden im Europäischen Auswärtigen Dienst 16 der weltweit 144 EU-Delegationen in Drittländern von Deutschen geleitet.

**In der Breite variieren** der Anteil deutscher Fach- und Führungskräfte und der Frauenanteil in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen **sehr stark**: Eine sowohl quantitativ als auch qualitativ gute deutsche Präsenz gibt es z. B. bei der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO), bei der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD), der Wirtschaftskommission für Europa (UNECE) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), eine quantitativ angemessene bis gute Präsenz zum Beispiel bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie u. a. bei der Organisation für Wirtschaft und Entwicklung (OECD), im Management der Europäischen Kommission, Europäischen Zentralbank und Europäischen Investitionsbank (EIB) und beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Bei einigen dieser Organisationen bleibt dennoch Nachholbedarf im Führungsbereich. In anderen internationalen Organisationen ist der Anteil der Fach- und Führungskräfte noch nicht zufriedenstellend, u. a. im Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO).

Das gilt auch für den EU-Bereich: Deutschland ist im Personal unterhalb der Führungsebene in der Europäischen Kommission, im Generalsekretariat des Rats, in der Verwaltung des Europäischen Parlaments, im Europäischen Auswärtigen Dienst sowie bei den EU-Agenturen signifikant unterrepräsentiert. Das gilt besonders für die dienstjüngeren Bediensteten, d.h. für die Besoldungsgruppen AD 5 bis AD 8 (vergleichbar A13 bis A14 im deutschen höheren Dienst).

Die Bundesregierung setzt sich durch gezielte Maßnahmen für eine Festigung und Steigerung des deutschen Personalanteils ein, mit besonderem Augenmerk auf die Steigerung des Frauenanteils in Führungspositionen. Dabei gilt, dass z. B. bei den Vereinten Nationen auf Spitzenpositionen Genderparität als erreicht angesehen wird. Ein wichtiger Baustein dafür bleibt die Nachwuchsförderung. Eines der zentralen langfristigen Instrumente deutscher Personalpolitik in den Vereinten Nationen ist das Programm für Juniorfachkräfte („Junior Professional Officer-Programm“, JPO). Der Frauenanteil im JPO-Programm liegt bei knapp zwei Drittel und bestätigt einen langjährigen Trend. Die Übernahmequoten in die internationalen Organisationen für eine erste weitere Verwendung lagen zuletzt bei rund 75 Prozent, wobei dies aufgrund finanzieller Einschränkungen der Organisationen schwer zu

halten sein dürfte. Deutsche JPOs bleiben dennoch stark nachgefragt, was die hohe Qualität der deutschen JPO-Nachwuchskräfte belegt und den konzeptionellen Ansatz der Bundesregierung bestätigt.

Für die EU-Institutionen gilt dies gleichermaßen. Das Auswärtige Amt betreibt gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Nachwuchsgewinnung und unterstützt deutsche Bewerberinnen und Bewerber durch Coaching-Veranstaltungen bei der Vorbereitung auf die EU-Auswahlverfahren.

### Herausforderungen

Im Berichtszeitraum war es Ziel der Bundesregierung, strategisch wichtige Positionen in internationalen Organisationen mit Deutschen zu besetzen, quantitativ mindestens die Anteile zu halten, den Frauenanteil in internationalen Führungspositionen zu erhöhen und gleichzeitig den Einstieg und Aufstieg von jungen Fach- und Führungskräften in diesen Organisationen zu fördern. Die Erhöhung des deutschen Personalanteils im mittleren und gehobenen Leitungsbereich (im VN-System von Ebene P4 bis Direktorebene) blieb dabei weiter besonders herausfordernd.

In der Klausur der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Mai 2023 wurde mit Blick auf die deutsche Personalpräsenz die Bedeutung einer aktiven und individuell abgestimmten Personalpolitik in der Breite und bei Spitzenpositionen erneut bekräftigt. In den Runden der Abteilungsleiterinnen und -leiter der Ressorts und des Bundeskanzleramts wurden im Berichtszeitraum konkrete Arbeitsaufträge zur Identifizierung von prioritären Positionen und zu Auswahl, Aufbau und Flankierung aussichtsreicher Kandidatinnen und Kandidaten abgestimmt.

Die Bundesregierung wirbt nachdrücklich dafür, dass sich das finanzielle Engagement Deutschlands in den internationalen Organisationen mittelfristig auch in der Personalpräsenz angemessen widerspiegeln sollte. Dafür nutzt sie regelmäßige, hochrangige Gespräche mit den Leitungen der Organisationen ebenso wie die inzwischen etablierten strategischen Dialoge sowie Treffen mit deutschen Beschäftigten bei Delegationsreisen. Auf der Seite der Bewerberinnen und Bewerber wirbt die Bundesregierung mit gezielten Maßnahmen, so z. B. der jährlichen Karrieremesse des Koordinators für Internationale Personalpolitik, durch Messepräsenz und Vortragstätigkeit. Für die bereits in der Organisation tätigen Beschäftigten bietet die Bundesregierung auf den verschiedenen Ebenen der Karriere einen engen Austausch zu internen und externen Entwicklungsmöglichkeiten an.

Die Bundesregierung steht weiter vor besonderen **systemischen bzw. organisationsspezifischen Herausforderungen:**

- Die Finanz- und Liquiditätskrise vieler Organisationen limitierte Neueinstellungen und Übernahmen bereits im Berichtszeitraum. Dies erschwerte Maßnahmen zum Erhalt bzw. der Steigerung des deutschen Personalanteils und wird sich künftig eher verschärfen. Reformen in internationalen Organisationen, insbesondere im VN-System, umfassen erhebliche Personalkürzungen, die auch deutsche Beschäftigte treffen.
- Die Schwellen- und Entwicklungsländer drängen aktiv auf angemessene Repräsentation in den VN-Organisationen und werden hierbei ausdrücklich vom VN-Generalsekretär unterstützt, der für eine ausgewogene geografische Verteilung und Geschlechterparität eintritt. Faktisch überwiegen heute allerdings weiter Staatsangehörige der Westlichen Gruppe (WEOG)<sup>9</sup>. Die Tatsache, dass die WEOG-Region insgesamt als deutlich überrepräsentiert wahrgenommen wird, erschwert einen Ausbau des deutschen Anteils.
- Deutschen Fach- und Führungskräften bieten sich auch auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt gute Perspektiven. Gleichzeitig erschweren die Rahmenbedingungen in internationalen Organisationen die Personalgewinnung: Aufwendige und lange Auswahlverfahren, kurze Laufzeit der Verträge, steigende Unsicherheit hinsichtlich Anschlussverwendung, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, örtliche Gegebenheiten. Es bleibt daher eine vordringliche Aufgabe, in der Breite Interesse an Karrieren in internationalen Organisationen zu wecken und langfristig aufrecht zu erhalten, um eine möglichst große Zahl an potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern zu erreichen.
- Die Zahl der Pensionierungen deutscher Beschäftigter in internationalen Organisationen und den EU-Institutionen wird in den kommenden Jahren weiter steigen. Gleichzeitig ist angesichts der demographischen Entwicklung in Deutschland ein Rückgang bei den Bewerberzahlen nicht ausgeschlossen.

<sup>9</sup> „Western European and Others Group“ (WEOG): Regionale Gruppe der UN, die 28 Staaten aus Europa, Nordamerika, Asien und Ozeanien umfasst, u. a. die als überrepräsentiert geltenden Mitgliedstaaten Frankreich, Italien, Kanada, Spanien, Belgien, Österreich, Portugal

## Zielmarke Geschlechterparität in internationalen Organisationen

Die Geschlechterparität bei der Stellenbesetzung ist eine wichtige Zielgröße für internationale Organisationen. Zum Teil haben die internationalen Organisationen zeitliche Ziele zur Erhöhung des Anteils weiblicher Beschäftigter insgesamt und/oder auf Führungsebene verabschiedet. Dies eröffnet gute Perspektiven für Bewerbungen weiblicher Fach- und Führungskräfte. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen und hatte dies auch durch die Vereinbarung im Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode, „mehr Frauen in internationale Führungspositionen (zu) entsenden“ unterstrichen. Die Chancen, deutsches Personal in Schlüsselpositionen zu platzieren, steigen, je mehr hochqualifizierte deutsche Frauen sich für entsprechende Positionen bei noch nicht erreichter Parität bewerben und nominiert werden können. Im Nachwuchsbereich liegt bei den deutschen JPOs der Anteil der erfolgreichen Bewerberinnen bei über 70 Prozent. Auch im VN-Sekretariat ist der Frauenanteil deutscher Beschäftigter des vergleichbaren höheren Dienstes mit knapp 60 Prozent deutlich über dem VN-Durchschnitt von 50 Prozent, ebenso wie beispielsweise bei UN Women (79 Prozent), IOM und UNICEF (je 65 Prozent), UNHCR (64 Prozent), dem IStGH (63 Prozent) und der OSZE (50 Prozent).

**VN-Generalsekretär** António Guterres hat seit seinem Amtsantritt darauf gedrängt, die Ziele einer ausgeglichenen regionalen Verteilung und Geschlechterparität bei der Stellenbesetzung in den VN mit konkreten Schritten zu erreichen. Es wurde eine systemweite Strategie für Geschlechterparität („United Nations System-wide Gender Parity Strategy“) abgestimmt<sup>10</sup>. Sie enthält drei Zielmarken: (a) 2021 Geschlechterparität auf der oberen Führungsebene, (b) 2026 Geschlechterparität im VN-System insgesamt (c) bis 2028 Geschlechterparität auch in den Organisationen, die heute einen besonders geringen Frauenanteil aufweisen. Nachdem zunächst Parität in der Gruppe der leitenden Beschäftigten (Senior Management Group)<sup>11</sup> und unter den Länderkoordinatorinnen und Länderkoordinatoren (Resident Coordinators) erreicht wurde, bestätigte das VN-Sekretariat das Erreichen von Parität unter den in Vollzeit tätigen Stellvertretenden Generalsekretärinnen und -sekretären (Under-Secretary-Generals, USG) und den Beigeordneten Generalsekretärinnen und -sekretären („Assistant Secretary-Generals“, ASG, hier erstmalig im Januar 2020). Bezüglich Zielmarke (b) bestätigen die Zahlen der Vorjahre ebenfalls einen positiven Trend.<sup>12</sup>

Gemäß der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025<sup>13</sup> hat sich die **Europäische Kommission** unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen quantitative Ziele für die Ernennung von Frauen gesetzt und ein Programm zur Entwicklung von Führungskompetenzen für Frauen ins Leben gerufen. Ausgewählte Frauen unterhalb der Referatsleitersebene werden u. a. durch Mentoring, Coaching, Fortbildungs- und Vernetzungsangebote für ihren nächsten Karriereschritt unterstützt. Die neu geschaffene Position der stellvertretenden Direktorin / des stellvertretenden Direktors soll in allen Generaldirektionen der Kommission paritätisch besetzt werden. So sollen vermehrt Frauen erste Managementenerfahrungen sammeln und sich für den künftigen Aufstieg qualifizieren können.

Die Strategie greift: Zu Beginn der ersten Amtszeit von Kommissionspräsidentin von der Leyen lag der Frauenanteil im mittleren Management der Kommission (Ebene Referatsleiter) bei 41,5 Prozent (31.12.2019), drei Jahre später bei 47,07 Prozent. Zum 31.12.2024 wurde die Geschlechterparität mit 49,15 Prozent fast erreicht. Der Anteil der deutschen Frauen im mittleren Management der Kommission ist in diesem Zeitraum auch gestiegen, allerdings auf geringerem Niveau: von 25,34 Prozent (31.12.2019) auf 32,93 Prozent drei Jahre später und auf 33,33 Prozent am 31.12.2024.

Auch der **Europäische Auswärtige Dienst** (EAD) strebt mehr Geschlechterparität an und hat 2023 eine Agenda für Diversität und Inklusion verabschiedet, welche u. a. darauf abzielt, bis Ende 2025 50 Prozent aller Posten im Management mit Frauen zu besetzen. Im Dezember 2023 lag der Anteil von Frauen unter den AD-Beschäftigten im EAD (vergleichbarer höherer Dienst) bei 39,4 Prozent (2019: 34,8 Prozent). 36,1 Prozent der EU-Delegationsleitungen waren weiblich (2019: 27,7 Prozent).

Die **NATO** sieht sich in der Verpflichtung, eine ausgewogene geschlechter- und altersspezifische wie auch geografische Diversität innerhalb des zivilen Personals zu erreichen. Im Jahr 2024 blieb der Anteil der weiblichen

<sup>10</sup> <https://reform.un.org/content/gender-parity-strategy>.

<sup>11</sup> <https://www.un.org/sg/en/content/senior-management-group>; zum 17.11.2024 lag der Frauenanteil dort bei 60.

<sup>12</sup> Der Frauenanteil im Bereich des höheren Dienstes des VN-Sekretariats stieg bis Ende 2024 insgesamt auf 50 Prozent (2021: 42; 2017: 38). Im VN-System insgesamt waren Ende 2023 62.288 Frauen beschäftigt (47 Prozent). Von insgesamt 47.750 „International Staff“ waren 23.369 (49 Prozent) weiblich (<https://unsceb.org/un-system-hr-statistics-report-2023>). (<https://unsceb.org/un-system-hr-statistics-report-2023>).

<sup>13</sup> Mitteilung der Kommission vom 05.03.2020, COM (2020) 152 final. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A52020DC0152&qid=1613725173759>

Beschäftigten im Internationalen Stab mit 44,3 Prozent gegenüber 2023 stabil. Jedoch stellten 2024 Frauen nur 31 Prozent der Führungsebene des Internationalen Stabes der NATO, was einem Rückgang um 5 Prozent im Vergleich zu 2023 entspricht. Die Umsetzung der Ziele wird regelmäßig im Jahresbericht über Diversität und Inklusion (Annual Diversity and Inclusion Report) dokumentiert, zuletzt für das Jahr 2024. Die Zahl der Bewerberinnen ist rückläufig. Nachdem sie 2022 noch bei 44 Prozent lag, ging sie 2023 auf 39 Prozent und nochmals in 2024 auf 35 Prozent zurück.

Die **OSZE** hat bereits 2004 einen Aktionsplan mit spezifischen Strategien und Maßnahmen zur Gleichstellung verabschiedet, der u. a. den Rahmen für das Sekretariat, die Institutionen und die Feldmissionen setzt. 54 Prozent des OSZE-Personals sind Frauen, beim internationalen Personal beträgt die Frauenquote zum Stichtag 47 Prozent. Unter den deutschen Beschäftigten beträgt der Frauenanteil zum Stichtag des Berichts (2024) bei 18 Frauen 50 Prozent.

Der **EuR** hat bereits 2014 eine Geschlechtergleichstellung (Gender Equality) Strategie verabschiedet, die u. a. den Rahmen für das Sekretariat, die Institutionen und die Feldmissionen setzt. 67 Prozent des EuR-Personals sind Frauen. Unter den deutschen Beschäftigten beträgt der Frauenanteil bei 52 Frauen 57 Prozent.

## 1. Europäische Union: Deutscher Personalanteil in ausgewählten EU-Institutionen und Einrichtungen

Für die Bundesregierung personalpolitisch besonders relevante EU-Organen sind die Europäische Kommission, der Europäische Auswärtige Dienst, das Europäische Parlament sowie das Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union. Der Europäische Auswärtige Dienst, dessen Personal sich im vergleichbaren höheren Dienst zu mindestens einem Drittel aus Diplomatinen und Diplomaten aus den Mitgliedstaaten zusammensetzen soll, sowie einige ausgewählte EU-Agenturen sind personalpolitisch von besonderem Interesse. Außerdem behandelt dieser Abschnitt EU-Finanzorganisationen und EU-Missionen.

### Informationskasten 3

#### Geografische Ausgewogenheit in den EU-Institutionen

Das EU-Beamtenstatut verpflichtet die Institutionen, ihre Bediensteten auf möglichst breiter geografischer Grundlage auszuwählen, d.h. sicherzustellen, dass Staatsangehörige aller Mitgliedsstaaten angemessen vertreten sind. Vom Ziel dieser geografischen Ausgewogenheit des Personals sind die meisten EU-Institutionen allerdings weit entfernt. Viele Mitgliedsstaaten, darunter Deutschland, sind dort deutlich unterrepräsentiert. In den EU-Institutionen gibt es keine Länderquoten oder reservierte Dienstposten für Angehörige eines bestimmten Mitgliedsstaats, sondern interne Richtwerte, die allerdings von den Institutionen unterschiedlich berechnet werden.

Gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten hat sich die Bundesregierung im Berichtszeitraum daher gegenüber den relevanten EU-Institutionen für eine Behebung der bestehenden Personal-Ungleichgewichte eingesetzt. Die 2022 angestoßene regelmäßige Befassung des Ausschusses der Ständigen Vertreter mit dem Thema geographische Ausgewogenheit der EU-Bediensteten wurde im Berichtszeitraum verstetigt.

Eine mögliche Maßnahme zur Verbesserung der geografischen Ausgewogenheit ist die Durchführung von national geschlossenen Auswahlverfahren, an denen nur Staatsangehörige bestimmter Länder teilnehmen können. Im Frühjahr 2024 hat das Europäische Parlament als erste EU-Institutionen solche Auswahlverfahren eröffnet, um gezielt Personal aus vier signifikant unterrepräsentierten Mitgliedsstaaten zu gewinnen. Gegen diese Verfahren haben zwei Mitgliedsstaaten vor dem Europäischen Gerichtshof Klage erhoben. Die Bundesregierung befürwortet die Durchführung von national geschlossenen Auswahlverfahren und ist gemeinsam mit 13 anderen Mitgliedstaaten auf Seiten des Europäischen Parlaments dem Verfahren als Streithelfer beigetreten.

### 1.1 Europäische Kommission

In der Europäischen Kommission sind (Stand 01.10.2024) 30.670 Personen beschäftigt (Beamtinnen und Beamte, Zeit- und Vertragsbedienstete, ohne Lokalbeschäftigte), davon 2.082 Deutsche (6,8 Prozent). Bei den 14.455 Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst der EU (EU-Bezeichnung: Administratorinnen bzw. Administratoren, „AD“) stellt Deutschland die drittgrößte Gruppe (1.373) nach Italien (1.825) und Frankreich (1.548), gefolgt von Spanien (1.257), Belgien (1.253) und Polen (895). Von den 1.373 deutschen AD-Beschäftigten waren 526 Frauen, womit der Frauenanteil von 37,3 Prozent leicht auf 38,3 Prozent anstieg, jedoch weiter unter dem Kommissions-Durchschnitt von 48 Prozent bleibt.

Die deutsche Kommissionspräsidentin Dr. Ursula von der Leyen bekleidet seit 2019 das ranghöchste Amt in der Kommission. Im Juli 2024 wurde sie für eine zweite Amtszeit bis 2029 wiedergewählt. Am 31.12.2024 besetzten Deutsche drei von 37 Generaldirektorinnen bzw. -direktorenposten und sieben von 50 stellvertretenden Generaldirektorinnen und -direktorenposten.<sup>14</sup> In 21 der 27 Kabinette der Mitglieder der Europäischen Kommission arbeiten Deutsche, davon vier als Kabinettschef und fünf als stellvertretende Kabinettschefin bzw. Kabinettschef.

Zum 01.09.2024 besetzten Deutsche 42 Direktorinnen- bzw. Direktoren- bzw. direktorenwertige Beraterposten von insgesamt 296 (14,2 Prozent), 12 davon durch Frauen. 160 von 1.146 Referatsleiterinnen und Referatsleiter waren zu diesem Stichtag Deutsche (knapp 14 Prozent), 53 davon Frauen.

Die Kommission verwendet einen internen Richtwert von 13,8 Prozent für deutsche Beschäftigte, dieser wird jedoch in fast allen Beschäftigungskategorien nicht erreicht. Deutschland ist, wie auch Österreich, Zypern, die Tschechische Republik, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Luxemburg, Lettland, Malta, Schweden, Slowenien und die Slowakei damit signifikant unterrepräsentiert.

Nur im Management (AD 9-16) wird der Richtwert mit 13,98 Prozent aktuell erreicht. In der Gruppe der Administratoren (AD) insgesamt stellt Deutschland dagegen nur 9,55 Prozent der Beschäftigten.

Besonders betroffen ist die Kategorie der unbefristeten AD-Beamten im Einstiegsbereich (AD 5-8, exklusive Linguisten), wo Deutschland nur 7,9 Prozent der Beschäftigten stellt. Andere große Mitgliedstaaten wie Italien und Spanien sind in diesem Bereich überrepräsentiert, Frankreich liegt mit 12,0 Prozent etwas über seinem Richtwert von 11,6 Prozent.

Im Sommer 2023 haben die Bundesregierung und die Kommission einen gemeinsamen Aktionsplan zu geographischer Ausgewogenheit vereinbart, der konkrete Maßnahmen enthält, um die Unterrepräsentation Deutschlands zu reduzieren und die deutsche Personalpräsenz in der Kommission nachhaltig zu verbessern. Im Dezember 2024 legte die Kommission einen ersten Bericht zur Umsetzung des Aktionsplans vor und vereinbarte mit der Bundesregierung Gemeinsame Schlussfolgerungen für die weitere Umsetzung.

Zum Amtsantritt der neuen Kommission im Dezember 2024 beauftragte Kommissionspräsidentin von der Leyen den für öffentliche Verwaltung zuständigen Kommissar, Piotr Serafin, auf bessere geographische Ausgewogenheit der Kommissionsbediensteten hinzuwirken und Vorschläge zur Verbesserung der Einstellungsverfahren zu unterbreiten. Im Februar 2025 bekräftigte die damalige Bundesministerin des Auswärtigen Baerbock in einem gemeinsamen Brief an Kommissar Serafin mit neun weiteren Mitgliedsstaaten die große Bedeutung des Themas für die Bundesregierung.

## 1.2 Verwaltung des Europäischen Parlaments und Generalsekretariat des Rates

In der Verwaltung des **Europäischen Parlaments** (EP) arbeiten 7.371 Personen, von denen 2.849 EU-Beamte in AD-Besoldung (im vglb. höheren Dienst) sind.

Stellvertretender Generalsekretär und zugleich Leiter der Generaldirektion Präsidentschaft ist der Deutsche Markus Winkler. Mit Christian Mangold und Helen Robson gibt es zwei weitere Deutsche unter den insgesamt 13 EP-Generaldirektorinnen und Generaldirektoren. Im Kabinett der EP-Präsidentin Roberta Metsola sind zwei Deutsche tätig.

Das Parlament verwendet einen internen Richtwert von 13,33 Prozent für deutsche Beschäftigte. Nur im höheren Management-Bereich (12,50 Prozent) wird dieser Richtwert annähernd erreicht; in allen weiteren Gruppen sind Deutsche in der Verwaltung des Europäischen Parlaments signifikant unterrepräsentiert. In der Gruppe der Administratoren (AD) insgesamt stellt Deutschland nur 7,8 Prozent der Beschäftigten; bei den dienstjüngeren Beamten (AD5-8, exklusive Linguisten) sind es nur 4,0 Prozent.

Das **Generalsekretariat des Rates der EU** beschäftigte zum Stichtag gut 3.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 1.514 in AD-Besoldung (vgl. höherer Dienst). Im höheren Management sind mit Thomas Westphal als Generaldirektor Wirtschaft und Finanzen und Sven Egyedy als stv. Generaldirektor für Digitale Dienste zwei Deutsche (von zwölf Posten) tätig, zudem stellt Deutschland vier von 40 Direktoren.

Das Generalsekretariat verwendet einen internen Richtwert von 13,60 Prozent für deutsche Beschäftigte. Insgesamt ist Deutschland dort signifikant unterrepräsentiert: Im Management stellen die Deutschen einen Anteil von 11,19 Prozent; im höheren Dienst (AD) insgesamt liegt der Anteil hingegen bei nur 5,2 Prozent. Der Anteil unter den dienstjüngeren Nachwuchsbeamten (AD5-8, exklusive Linguisten) liegt bei nur 4,1 Prozent.

<sup>14</sup> Zum Vergleich: vier GD / acht stellv. GD aus Frankreich.

### 1.3 Europäischer Auswärtiger Dienst

Von den insgesamt 5.252 Beschäftigten im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) arbeiten 2.427 in der Zentrale in Brüssel und 2.825 in den Delegationen und Büros weltweit. Davon sind 1.049 in AD-Besoldung (vgl. höherer Dienst).

Aktuell ist Deutschland im höheren Management der EAD-Zentrale signifikant unterrepräsentiert: Im Leitungsbereich, also auf Ebene Generalsekretärin und ihre drei Stellvertreter, ist Deutschland nicht vertreten. Im höheren Management stellt Deutschland mit Benedikta von Seherr-Thoß und Michael Siebert zwei von zehn Abteilungsleiterinnen und -leiter („Managing Directors“) sowie einen von 18 Direktorinnen und Direktoren.

Von den 144 EU-Delegationen weltweit werden im Berichtszeitraum 16 von Deutschen geleitet. Der EAD verwendet einen internen Richtwert von 18,49 Prozent für deutsche Beschäftigte. Dieser Richtwert kann weder in der Zentrale des EAD noch an den Auslandsvertretungen erreicht werden. Insbesondere bei den Delegationsleitungen bleibt Deutschland auch hinter dem Grad der Vertretung anderer großer Mitgliedstaaten zurück (derzeit 20 spanische, 19 französische und 16 italienische Delegationsleitungen). Im Managementbereich (AD9-16) stellt Deutschland 12,71 Prozent der Beschäftigten.

Im gesamten höheren Dienst (AD-Besoldung) stellen Deutsche 9,8 Prozent der Beschäftigten, der Anteil der dienstjüngeren deutschen Nachwuchskräfte (AD5-8) liegt bei 9,1 Prozent. 46 von insgesamt 360 nationalen Diplomatinen und Diplomaten im EAD sind Deutsche (12,8 Prozent).

Im **EU-Militärstab (EUMS)**, einschließlich der MPCC waren die deutschen Kandidaturen erfolgreich bei der Besetzung wichtiger Spitzen- und herausgehobener Positionen. Dazu zählt der OF-7 (B7) Posten des stellvertretenden Direktors und Chef des Stabes des MPCC (seit September 2022). DEU ist es mit dem Wahlerfolg des Postens „Deputy Director and Chief of Staff MPCC“ gelungen, eine Schlüsselposition in der Planung und Führung von militärischen Operationen und Missionen der EU zu besetzen. Mit dem Stellvertretenden Leiter der Personalkoordinierung (Assistant Chief of Staff Synchronization), dem Abteilungsleiter für Konzeptentwicklung (Branch Chief Concepts), dem Leiter der Abteilung Vorausschau und Planung (Branch Chief Foresight & Planning) sowie dem Stellvertretenden Direktor MPCC (Deputy Director MPCC) war Deutschland zum Berichtsstichtag damit im Bereich der Spitzen- und herausgehobenen Positionen angemessen repräsentiert. Weiterhin stellt Deutschland derzeit den Exekutivkoordinator (Executive Coordinator) (BesGr B3) und damit eine Schlüsselposition im Kabinett des Vorsitzenden des EU-Militärausschusses sowie im militärischen Planungs- und Durchführungsstab drei Führungspositionen der Ebene OF-5 (A16-B3). Von den insgesamt 318 militärischen Dienstposten in EUMS und MPCC insgesamt, wurden im Berichtszeitraum 50 durch Deutschland besetzt (davon drei Frauen), was einem Anteil von 16 Prozent und damit in diesem Kontext einer guten Quote entspricht.

### 1.4 Ausgewählte EU-Agenturen

Von den 35 dezentralen EU-Agenturen sollen hier personalpolitisch vor allem diejenigen Agenturen betrachtet werden, die in zentralen Politikbereichen tätig sind oder in Deutschland ihren Sitz haben:

**Europäische Verteidigungsagentur (EDA)** in Brüssel: Deutschland ist mit 17 von 212 Beschäftigten (8,02 Prozent) in der EDA vertreten. Griechenland, Italien, Frankreich und Spanien liegen mit ihrem Personalanteil vor Deutschland, Belgien ist quantitativ gleichauf. Mit der Besetzung des Postens des Stellvertretenden Hauptgeschäftsführers der EDA durch Generalmajor André Denk ist Deutschland seit Februar 2023 wieder angemessen im Spitzenmanagement (Geschäftsführung und Direktorenebene) vertreten. Im Mai 2025 übernahm André Denk den Posten des EDA-Hauptgeschäftsführers. Im mittleren Management auf Ebene der „Head of Units“ konnte aufgrund konkreter Abfragen nach entsprechendem Besetzungsinteresse und zielgerichtetem Coaching durch das BMVg eine Erhöhung der deutschen Repräsentanz auf 3 erzielt werden. Dies gilt es mindestens zu verstetigen und den Personalanteil insgesamt stringent weiter zu erhöhen. Stark unterrepräsentiert ist Deutschland nach wie vor beim Frauenanteil.

**Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO)** in Alicante: Die deutsche Präsenz im EUIPO ist gut, in Führungspositionen jedoch ausbaufähig. Von den insgesamt 1.164 Beschäftigten kommen 98 (8,4 Prozent) aus Deutschland, davon sind 53 EU-Beamte (von 521 gesamt). Deutschland stellt seit 2024 den Präsidenten der Beschwerdekammern sowie darüber hinaus auf der höheren Führungsebene zwei Direktorinnen von insgesamt 14. In den rechtsprechenden Beschwerdekammern des EUIPO ist Deutschland durch insgesamt vier Mitglieder der Beschwerdekammern vertreten. Daneben sind 42 Bedienstete auf Zeit (von 442 – meist für 10 Jahre) bei EUIPO beschäftigt und werden dort als zentraler Teil des EUIPO Personals angesehen.

**Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex)** in Warschau: Frontex verfügt zum Stichtag über 1.024 administrative Beschäftigte im Hauptquartier sowie 1.101 operative Einsatzkräfte des Frontex-eigenen sog. Statutspersonals. Der deutsche Anteil am administrativen Personal bei Frontex beträgt 34, am Frontex-eigenen Statuspersonal vier. Deutschland stellt seit Anfang 2022 einen der drei Stellvertretenden Exekutivdirektoren der Agentur („Deputy Executive Director Return and Operations“). Darüber hinaus beteiligt sich Deutschland derzeit im Wochenschnitt mit ca. 200 Beamtinnen und Beamten täglich an operativen Einsatzmaßnahmen von Frontex. Diese Unterstützungskräfte sind hauptsächlich Angehörige der Bundespolizei, aber auch von BKA, Polizeien der Länder und der Zollverwaltung, die als Langzeitexperten (zwei Jahre) oder Kurzzeitexperten (bis zu vier Monate) in den Operationen eingesetzt werden. Seit Inkrafttreten der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache ist die Entsendung dieser Einsatzkräfte für die Mitgliedstaaten verpflichtend. Deutschland ist weiter größter Kontingentsteller der Mitgliedstaaten.

**Asylagentur der Europäischen Union (EUAA)** in Valletta<sup>15</sup>: Die EUAA beschäftigt Bedienstete auf Zeit („temporary agents“, TAs) und Vertragsbedienstete („contract agents“, CAs). Darüber hinaus wird die EUAA bei bestimmten Aufgaben von entsandten nationalen Experten („seconded national experts“, SNEs) der Mitgliedstaaten unterstützt. Für 2023 standen der EUAA 505 Planstellen zur Verfügung (bezogen auf „contract agents“, „temporary agents“ und SNEs), wovon zum 31.12.2023 insgesamt 444 besetzt waren (davon 11 Deutsche; ca. 2,5 Prozent). Deutschland unterstützt regelmäßig Experteneinsätze der EUAA in den Mitgliedstaaten mit eigenem Personal, zuletzt 2024 in Österreich.

**Europäische Agentur für Flugsicherheit (EASA)** in Köln: Die EASA verfügt über ca. 795 Stellen, perspektivisch 815. Deutsche stellen mit ca. 160 rund 20 Prozent des EASA-Personals. Dies ist die größte Gruppe vor Frankreich (15,5 Prozent). Deutschland ist somit quantitativ insgesamt angemessen vertreten, wengleich nicht auf den höheren Managementebenen. Nach zwei Pensionierungen auf Referatsleiterebene 2024 sind noch der „Chief Innovation Advisor“ und die Leitung des Procurement-Referats mit deutschen Beschäftigten besetzt.

**Europäische Chemikalienagentur (ECHA)** in Helsinki: Die ECHA verfügt über 594 besetzte Planstellen, davon sind 23 (4 Prozent) mit Deutschen besetzt (21 im vergleichbaren höheren Dienst, davon zwei in Führungspositionen).

**Europäische Umweltagentur (EEA)** in Kopenhagen: Bei der EEA sind 17 Deutsche (ca. 6 Prozent) beschäftigt. Im achtköpfigen Team des höheren Managements (Senior Management Team) ist eine Deutsche. Insgesamt ist Deutschland damit gut vertreten.

**Europäische Arzneimittelagentur (EMA)** in Amsterdam: von 1013 Beschäftigten sind zum Stichtag 65 Deutsche (6,4 Prozent). Im Vorstand (Management Board) der Agentur sind drei Deutsche vertreten.

**Europol** in Den Haag: Bei Europol sind zum Stichtag insgesamt 1.121 Beschäftigte als Bedienstete auf Zeit (708) sowie Vertragsbedienstete (233) tätig, außerdem 130 sowie 50 entsandte Nationale Experten im „Guest Officer Concept“. Der deutsche Anteil an den Bediensteten auf Zeit, den Vertragsbediensteten sowie den Nationalen Experten beträgt ca. 6,2 Prozent (70 Personen, davon 45 Bedienstete auf Zeit, vier Vertragsbedienstete, 21 Nationale Experten). Im EU-Vergleich hat Deutschland den siebthöchsten Anteil an Bediensteten, bezogen auf seine Bevölkerungsgröße bleibt Deutschland von allen Mitgliedstaaten am stärksten unterrepräsentiert (ca. 9 Prozent). Der Anteil des deutschen Personals in wichtigen und höherrangigen Funktionen bei Europol stellt sich wie folgt dar: Fünf Deutsche haben Führungspositionen inne und bekleiden Funktionen als Stellvertretende Exekutivdirektion Verwaltung (vergleichbar Unterabteilungsleiterebene) (Deputy Executive Director Governance Directorate), Datenschutzbeauftragte (Head of Data Protection Function), Abteilungsableiterinnen und -leiter (Head of Department), sowie zwei Referatsleitende (Head of Unit). Weiterhin ist eine deutsche Mitarbeiterin als Europol-Verbindungsbeamtin in Washington tätig.

**Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (AMLA)** in Frankfurt am Main: Die Bundesregierung hat sich im Berichtszeitraum erfolgreich um den Sitz der neuen EU-Behörde AMLA beworben und unterstützt seit der Entscheidung für Frankfurt als Sitz der Behörde die Europäische Kommission bei der Einrichtung. Am 30.01.2025 wurde ein Sitzstaatabkommen der Bundesregierung mit der AMLA unterzeichnet; die Behörde soll im Laufe des Jahres 2025 ihre Arbeit aufnehmen und bis 2028 eine Personalstärke von 400 Personen erreichen. Die Bundesregierung verfolgt den Aufbau des Personals der AMLA eng und unterstützt die Behörde dabei, auf allen Ebenen qualifizierte Beschäftigte zu finden.

<sup>15</sup> EUAA (Europäische Asylagentur / „European Union Agency for Asylum“) ersetzt seit dem 19. Januar 2022 EASO (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen / „European Asylum Support Office“), um eine Weiterentwicklung vom Unterstützungsbüro hin zu einer eigenständigen Agentur zu bewirken.

## 1.5 EU-Institutionen, -Einrichtungen und Behörden mit Finanzbezug (EIB, EZB, ESFS, ESM, SSM, SRB)

Die **Europäische Investitionsbank (EIB)** in Luxemburg ist die Förderbank der Europäischen Union und bildet zusammen mit dem Europäischen Investitionsfonds (EIF) die EIB-Gruppe. Deutschland stellte mit Dr. Werner Hoyer vom 01.01.2012 bis zum 01.01.2024 den Präsidenten der EIB.

Der deutsche Anteil am Gesamtpersonal der EIB-Gruppe (5.151) entspricht 8,3 Prozent (426) und liegt damit, wie regelmäßig bei den größten Anteilseignern, unter dem deutschen Anteil von 18,8 Prozent am Kapital der EIB. Seit Anfang 2023 bis Dezember 2024 wurden insgesamt 66 deutsche Beschäftigte eingestellt, 37 haben die EIB-Gruppe verlassen. Deutschland ist mit 10,4 Prozent im Management gut vertreten und stellt zwei Generaldirektoren (Abteilungsleiterebene), acht Direktoren (Unterabteilungsleiterebene) und 25 Referatsleiterinnen und -leiter (Heads of Division). Auf Arbeitsebene wechselte im Berichtszeitraum im Wege eines Personaltausches ein Beamter aus dem BMZ in der Entwicklungsbank der EIB (EIB Global). Der Anteil der Frauen unter den deutschen Führungskräften beträgt 31,3 Prozent (Frauenanteil bankenintern insgesamt 39 Prozent). „Individual Contributors“ (Referentenebene) stellen mit über 70 Prozent den Hauptanteil der Beschäftigten der Bank; der Anteil der Deutschen liegt hier bei nur 8,5 Prozent. Die EIB-Gruppe bietet ein Nachwuchskräfteprogramm an, durch das elf Deutsche von Anfang 2023 bis Dezember 2024 erste Berufserfahrung mit befristeten Verträgen bei der EIB sammelten.

Insgesamt ist Deutschland bei der **Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt** gut vertreten. Über die Besetzung des Direktoriums entscheidet der Europäische Rat mit qualifizierter Mehrheit (Art. 283 Abs. 2 AEUV). Bislang kam stets eines der insgesamt sechs Direktoriumsmitglieder aus Deutschland. Isabell Schnabel ist seit 2020 Mitglied des Direktoriums der EZB und damit zugleich Mitglied des EZB-Rates. Weiteres Mitglied des EZB-Rates ist Dr. Joachim Nagel in seiner Funktion als Präsident der Deutschen Bundesbank. Bei den Leitungspositionen sind 177 von 572 Stellen (31 Prozent) mit Deutschen besetzt. Der Anteil Deutscher in Leitungspositionen liegt zum Stichtag weiter über dem Anteil des gezeichneten Kapitals der Deutschen Bundesbank (21,8 Prozent).

Das **Europäische Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision, ESFS)** setzt sich zusammen aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken (European Systemic Risk Board, ESRB), drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden (European Banking Authority, EBA; European Insurance and Occupational Pensions Authority, EIOPA; European Securities and Markets Authority, ESMA), einem behördenübergreifenden Ausschuss der drei europäischen Finanzaufsichtsbehörden (Joint Committee) und den nationalen Aufsichtsbehörden. Im ESRB Verwaltungsrat sind drei deutsche Mitglieder vertreten: Dr. Joachim Nagel als Präsident der Deutschen Bundesbank mit Stimmrecht sowie ohne Stimmrechte Mark Branson als Präsident der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und Karlheinz Walch als Zentralbereichsleiter Banken und Finanzaufsicht der Deutschen Bundesbank. Seit Oktober 2024 ist der Präsident der Deutschen Bundesbank, Dr. Joachim Nagel auch Mitglied des ESRB-Lenkungsausschusses. Eine Deutsche ist Vorsitzende („Chair“) bei der ESMA sowie ein Deutscher seit 2020 Vorsitzender („Chair“) des CCP-Aufsichtsausschuss bei der ESMA. Das BMF und die BaFin verstärken ihre Bemühungen, qualifizierte Kandidatinnen und Kandidaten für die Leitungspositionen zu identifizieren. Ziel ist es, Personalpräsenz insbesondere auf der mittleren Führungsebene (Abteilungsleitungen) weiter auszubauen. Auf dieser Ebene sind bisher bei der EIOPA eine von sieben und bei ESMA eine von acht Positionen mit Deutschen besetzt.

Die Deutsche Claudia Buch ist seit Januar 2024 Vorsitzende des **Einheitlichen Bankenaufsichtsmechanismus (SSM)**. Dieser setzt sich aus der EZB und den nationalen Aufsichtsbehörden der teilnehmenden Länder zusammen. Der SSM ist für die direkte Aufsicht über 113 bedeutende Banken in den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten zuständig.

Der Deutsche Rolf Strauch ist Mitglied im siebenköpfigen Vorstand des **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** in Luxemburg. Aktuell hat der ESM insgesamt 232 Beschäftigte, davon 23 Deutsche.

Der **Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (Single Resolution Board, SRB)** in Brüssel ist die zuständige europäische Abwicklungsbehörde für die in der Bankenunion niedergelassenen Banken. Er ist insbesondere zuständig für die Sicherstellung der Abwicklungsfähigkeit und für Beschlüsse im Zusammenhang mit einer Restrukturierung bzw. Abwicklung von bedeutenden Banken und Bankengruppen sowie für die Verwaltung des Einheitlichen Abwicklungsfonds. Vier Deutsche besetzten zum 31.12.2023 Positionen der Führungsebene (Head of Unit). Das Personal des SRB umfasst 436 Stellen für Zeitbeschäftigte („temporary agents“) bei einem Stellenplan von 457 Stellen. Insgesamt sind 31 Deutsche (7,11 Prozent) beim SRB angestellt. Seit Mai 2024 ist die Deutsche

Dr. Karen Braun-Munzinger Vorstandsmitglied des SRB. Das BMF und die deutschen Finanzinstitutionen verfolgen das Ziel, den SRB weiterhin mit deutschem Personal zu unterstützen.

## 1.6 Missionen und Operationen der Europäischen Union

Deutschland beteiligte sich 2023 und 2024 an zivilen und militärischen Missionen und Operationen der EU im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Dabei übernimmt die Bundesrepublik auch weiterhin Führungsverantwortung. Seit Februar 2023 ist Dr. Markus Ritter (Präsident einer Bundespolizeidirektion) als Leiter der EU Mission in Armenien (EUMA) tätig. Bis Mai 2023 war die Leitende Polizeidirektorin Antje Pittelkau (Polizei Berlin) Leiterin der EUCAP Sahel Niger. Ihr folgte von Mai 2023 bis September 2024 die Richterin Dr. Katja Dominik. Mit Generalmajor Werner Albl als Stellvertretender Direktor und Stabschef für Militär- und Planungsfähigkeit (Deputy Director und Chief of Staff Military and Planning Capability, MPCC) übernimmt Deutschland an entscheidender Position in der EU auch militärische Führungsverantwortung.

In den Jahren 2023 und 2024 wurden über das ZIF insgesamt 101 Sekundierungen (davon 43 Frauen) in 14 zivile GSVP-Missionen umgesetzt. Darüber hinaus wurden drei Sekundierungen zur Kosovo-Fachkammern- und Fachstaatsanwaltschaft (Kosovo Specialist Chambers and Specialist Prosecutor's Office) durchgeführt. Im Jahr 2023 wurden drei neue zivile Missionen eingerichtet (EUM in Armenien, EUPM in der Republik Moldau und EUSDI am Golf von Guinea). Die Mission EUCAP Sahel Niger wurde 2024 beendet.

Über das BMI und die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Internationale Polizeimissionen“ (AG IPM) waren im Berichtszeitraum insgesamt 190<sup>16</sup> Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte des Bundes und der Länder sowie Angehörige der Zollverwaltung in insgesamt zehn zivilen GSVP-Missionen und einem Projekt der EU-Kommission (EUBAM Moldau / Ukraine) eingesetzt.

Deutschland beteiligte sich im Berichtszeitraum mit militärischem und zum Teil auch über das ZIF sekundiertem zivilen Personal an insgesamt sieben militärischen Einsätzen im Rahmen der GSVP. Im Berichtszeitraum wurde der Einsatz EUNAVFOR ASPIDES neu beschlossen und die militärischen Einsätze in Mali (EUTM Mali) und Niger (EUMPM Niger) beendet.

Die EU-Ausbildungsunterstützungsmission EUMAM UKR trägt seit dem 15.11.2022 durch Ausbildungsunterstützung auf dem Gebiet der EU zur Stärkung der Fähigkeiten der ukrainischen Streitkräfte zur Verteidigung der territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen sowie zu deren Befähigung zur Abschreckung und Bekämpfung von möglichen künftigen Militäroffensiven Russlands und anderer potenzieller Aggressoren bei. Mit dem Special Training Command in Strausberg, derzeit unter Führung von Generalmajor Rohde, zuvor von 2022 bis 2024 unter Leitung von General Marlow, leistet Deutschland seit Beginn einen substantiellen Beitrag.

---

<sup>16</sup> Die Gesamtzahl ergibt sich aus den addierten Entsendungen der Jahre 2023 und 2024 und beinhaltet somit Doppelerfassungen.

#### Informationskasten 4 **Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF) – eine vollwertige Entsendeorganisation**

Das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), das bundeseigene Kompetenzzentrum für Friedenseinsätze, unterstützt die Bundesregierung seit 2002 in der internationalen Personalpolitik, insbesondere bei der Qualifizierung, Bereitstellung, Vermittlung und Betreuung von sekundiertem Zivilpersonal internationaler Organisationen wie EU, OSZE, VN, Europarat, Internationaler Strafgerichtshof, NATO und Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in Friedenseinsätze, humanitäre Einsätze und Wahlbeobachtungen.

Seit Inkrafttreten des neugefassten Sekundierungsgesetzes am 27.06.2017 hat das ZIF die Arbeitgeberrolle gegenüber dem sekundierten Personal übernommen, das zuvor vertraglich mit dem Auswärtigen Amt verbunden war. Die Bundesregierung hat das ZIF zu einer vollwertigen Entsendeorganisation ausgebaut und mit der Umsetzung des außenpolitisch wichtigen Instruments der Sekundierung betraut, um damit zivile Kapazitäten zur Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung zu stärken. Die politische Steuerung der Sekundierungen verbleibt bei der Bundesregierung (AA).

Seit seinem Ausbau zur vollwertigen Entsendeorganisation haben das AA und das ZIF die Zahl der zivilen Expertinnen und Experten, die zur Langzeitsekundierung unter Vertrag genommen wurden, von 121 (31.12.2017) auf 178 (31.12.2024) gesteigert.

Diese 98 Männer und 80 Frauen sind in Hauptquartiere, Institutionen, Friedenseinsätze sowie humanitäre Einsätze internationaler Organisationen sekundiert.

Der Aufwuchs der Personalstärke im Gesamten ging gleichzeitig mit einem Aufwuchs an deutschen Führungskräften in den Einsätzen einher. Mit einem **Frauenanteil von 44,9 Prozent beim deutschen sekundierten Personal** hat die Bundesregierung durch das ZIF im Berichtszeitraum den Anteil des weiblichen Personals in Friedenseinsätzen weiter erhöhen können.

Darüber hinaus hat das ZIF im Jahr 2024 insgesamt **344 (2023: 311) Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter in Missionen der OSZE und der EU entsandt**, davon 45 (2023: 41) Langzeitwahlbeobachter und 299 (2023: 270) Kurzzeitwahlbeobachter. Bei einer Verteilung von 178 männlichen und 166 weiblichen Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachtern lag der **Frauenanteil 2024 bei 48 Prozent (2023: 50 Prozent)**.

#### 2. Vereinte Nationen und VN-System: Deutscher Personalanteil in ausgewählten Bereichen

Im September 2023 jährte sich zum 50. Mal der deutsche Beitritt zu den Vereinten Nationen. Deutsche Beschäftigte sind in den vergangenen fünf Jahrzehnten zu einem integralen Bestandteil des VN-Systems geworden.

#### Informationskasten 5 **Geografische Diversität im System der Vereinten Nationen**

Im Berichtszeitraum bleibt neben der Geschlechterparität die Ausweitung der geografischen Diversität in den VN durch die 2020 von VN-Generalsekretär Guterres verabschiedete Strategie weiter ein Fokus in der VN-Personalpolitik. Diese zielt auf eine ausgeglichene geografische Repräsentanz ab und damit insbesondere auf die Vertretung bisher nicht repräsentierter bzw. stark unterrepräsentierter Mitgliedstaaten.

Deutschland galt nach einer auch von der Bundesregierung unterstützten Anpassung der Berechnungsgrundlage für die VN-interne Festlegung des personellen Zielkorridors<sup>17</sup> 2024 als knapp nicht mehr angemessen repräsentiert. Seit Jahresbeginn 2025 liegt Deutschland aber wieder innerhalb des Zielkorridors („within range“). Gleichzeitig wird jedoch die Regionalgruppe WEOG („Western European and Other States Group“) insgesamt als deutlich überrepräsentiert wahrgenommen, wengleich dies innerhalb der Gruppe nur für sechs bis acht von 28 WEOG-Staaten zutrifft.

<sup>17</sup> Nach dem vom VN-Sekretariat anzuwendenden Berechnungsmodell, in dem ca. 5.000 sogenannte Kernstellen (der insgesamt mehr als 12.000 Gesamtstellen im vergl. höheren Dienst) unter Einbeziehung von VN-Mitgliedschaft, Beitragssatz zum VN-Regelhaushalt und Bevölkerungszahl betrachtet werden, gilt für eine „angemessene Repräsentanz“ („desirable range“) für Deutschland seit 01.01.2024 ein Korridor zwischen 157 und 212 Beschäftigten. Aufgrund eines Rückgangs des Beitragssatzes ist Deutschlands „desirable range“ seit 01.01.2025 auf 147-199 gesunken

## 2.1 Sekretariat der Vereinten Nationen

Das VN-Sekretariat ist das Verwaltungsorgan der Vereinten Nationen und hat seinen Hauptsitz in New York, ist aber auch in Genf, Nairobi und Wien vertreten. Seit 2017 wird das Sekretariat von VN-Generalsekretär António Guterres geleitet.

Mit 564<sup>18</sup> deutschen Beschäftigten (davon 500 im vergleichbaren höheren Dienst), ist Deutschland im VN-Sekretariat beim im vergleichbaren höheren Dienst („Professional Staff“), einschließlich Übersetzungsdienste, sechstgrößter Personalsteller nach den USA, Frankreich, Großbritannien, China und Italien. Von den 500 Beschäftigten sind 298 weiblich (knapp 60 Prozent, ab P5 56 Prozent) und somit deutlich über dem VN-Durchschnitt von 50 bzw. 46 Prozent. Die deutsche Personalquote ist bei den P-Stellen in den letzten Jahren marginal gesunken, was sich mit einem Wert von 3,5 Prozent auch im Berichtszeitraum fortsetzt (2022: 3,7). Allerdings hat sich die Personalquote in der Gesamtschau der letzten zwei Jahrzehnte sehr positiv entwickelt.

Aufgrund der Liquiditätskrise in den VN galten im Berichtszeitraum in vielen Bereichen Einstellungsbeschränkungen („hiring restrictions“), was zu weniger Neubesetzung führte oder Rekrutierungsprozesse erheblich verzögerte. Dies dürfte sich künftig weiter verschärfen.

Im Bereich der Führungspositionen stellt Deutschland nach dem Rücktritt von Volker Perthes und dem Ende der Special Political Mission in Sudan (UNITAMS) keinen USG mehr. Auf ASG-Ebene war Deutschland Ende 2023 noch mit drei ASGs vertreten: Daniela Krosiak als Stellvertretende politische Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs für die Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA), wegen des Abzugs von MINUSMA allerdings nur bis Jahreswechsel. Markus Potzel, im Berichtszeitraum Stellvertretender politischer Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs für die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan UNAMA, kehrte im Sommer 2024 in den Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts zurück. Christian Ritscher schied als Sonderberater (Special Adviser) und Leiter von UNITAD Ende März 2024 aus. Erfreulich ist, dass 2024 wieder zwei Deutsche für ASG-Stellen ausgewählt wurden: Astrid Schomaker als Exekutivsekretärin des Sekretariats des Übereinkommens über die biologische Vielfalt (Executive Secretary of the Secretariat of the Convention on Biological Diversity) in Montreal und Matthias Schmale als Länderkoordinator der Vereinten Nationen und Koordinator für Humanitäre Hilfe in der Ukraine (United Nations Resident and Humanitarian Coordinator).. Insgesamt ist Deutschland im Höheren Management (Senior Management) ab P5 zum 31.12.2024 mit 110 Beschäftigten vertreten und liegt damit nach USA, Großbritannien, Frankreich, Italien und Kanada auf Platz sechs.

Mit 150-154 Beschäftigten auf sogenannten **Kernstellen („Geographical Posts“)** gehörte Deutschland nach einer zum 01.01.2024 in Kraft getretenen Änderung der Berechnungsgrundlage erstmals seit langem knapp zu den unterrepräsentierten Ländern. Deutschland hatte diese Neubetrachtung des Systems der Zielkorridore („desirable ranges“) (2024 für Deutschland 157-212 Beschäftigte) ausdrücklich unterstützt. Das Ziel des VN-Sekretariats, alle Mitgliedstaaten in den angestrebten Rahmen zu bringen, wirkte sich 2024 grundsätzlich positiv auf die Erfolgchancen deutscher Bewerbungen auf Kernstellen aus. Als unterrepräsentiertes Land bekam Deutschland darüber hinaus Zugang zu Outreach-Aktivitäten des Sekretariats wie z. B. dem Programm für junge Berufstätige **„Young Professionals Programme (YPP)“**. Seit dem 01.01.2025 gilt Deutschland wieder als knapp angemessen repräsentiert.

Die deutsche Präsenz variiert stark zwischen den verschiedenen Teilen der zum VN-Sekretariat zählenden Einheiten.

Sehr gut vertreten ist Deutschland z. B. in zwei der fünf Regionalkommissionen, die geschaffen wurden, um die Zusammenarbeit und Integration zwischen den Ländern in jeder Region der Welt zu erfüllen. Im Jahr 2024 verringerte sich in der **Wirtschaftskommission für Europa** (UNECE, gegründet 1947) die Anzahl der deutschen Bediensteten auf P5/D1 Ebene auf vier. Dennoch besetzt Deutschland damit den Spitzenplatz als größter Personalsteller unter den Hauptbeitragszahlern. Auch in der **Wirtschafts- und Sozialkommission für Asien und den Pazifik (ESCAP, 1947)**, bei der Deutschland lediglich Beobachterstatus hat, besetzt Deutschland fünf P5-Positionen.

Ausbaufähig ist hingegen die qualitative deutsche Präsenz auf den Führungsebenen z. B. im **Büro des Hochkommissars für Menschenrechte (OHCHR)**. 2023 und 2024 war Deutschland der drittgrößte bilaterale Geber des OHCHR, ist personell aber nur unterrepräsentiert und rangiert hinter europäischen Partnern mit geringeren Beiträgen. Zum Stichtag waren 38 Stellen, davon 28 Frauen, von deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren

<sup>18</sup> Diese Angabe bezieht sich auf alle Beschäftigten im VN-Sekretariat (inkl. VN-Missionen), den sogenannten G-Staff („General Service“, überwiegend im Verwaltungsapparat tätig), „Field Staff“ (FS) und P-Staff („Professional Staff“, vergleichbarer höherer Dienst).

Dienst besetzt, zusätzlich bis Oktober 2023 eine D2-Position durch Christian Jorge Salazar Volkmann. Eine Erhöhung der deutschen Personalpräsenz bei OHCHR wird angestrebt, ist jedoch wegen der Überrepräsentanz westlicher Staaten bisher schwer durchsetzbar. Allerdings hat OHCHR zuletzt eine stärkere Binnendifferenzierung innerhalb der Regionalgruppen vorgenommen, wodurch Deutschland formal als unterrepräsentiert gilt und sich Besetzungschancen erhöhen.

Bei den sekundierten, militärischen Posten ist Deutschland unterrepräsentiert. Im Büro für militärische Angelegenheiten („Office of Military Affairs“) war Deutschland bis Dezember 2024 mit einem sekundierten Offizier der Ebene P4 und in der Polizeiabteilung („Police Division“) bis September 2024 mit einem sekundierten Polizisten vertreten. Weiterhin wird eine stärkere Präsenz uniformierten Personals bis in hohe Führungsebenen angestrebt.

Das **JPO-Programm** bleibt eines der wichtigsten langfristigen Instrumente deutscher Personalpolitik in den Vereinten Nationen und Entwicklungsbanken. Die hohen Übernahmequoten zeugen von der Qualität der deutschen Kandidatinnen und Kandidaten und bestätigen die Wirksamkeit des Programms. So war Deutschland auch 2024 das Land, das am meisten JPOs ins VN-Sekretariat entsandte. 2024 rekrutierte das VN-Sekretariat 118 neue JPOs, darunter 23 über das deutsche JPO-Programm. Somit waren Ende 2024 64 deutsche JPOs von DESA verwaltet im VN-Sekretariat beschäftigt (sowie weitere neun deutsche JPOs bei UNEP und vier bei UN-HABITAT).

Erstmal seit 2015 ist Deutschland wieder teilnahmeberechtigt am „**Young Professionals Programme**“ des Sekretariats, das ausschließlich unterrepräsentierten und von Unterrepräsentanz bedrohten Staaten offensteht und sehr gute Einstiegsmöglichkeiten mit langfristiger Karriereperspektive bietet. Im YPP-Verfahren 2024/2025 für drei angefragte Fachbereiche haben sich im Dezember 2024 147 deutsche Nachwuchsführungskräfte für die zweite Auswahlrunde qualifiziert. Das Auswärtige Amt bietet vorbereitende Trainingsseminare an und begleitet die Bewerbungen.

## Informationskasten 6

### Umsetzung der Reform des VN-Entwicklungssystems

Die von VN-Generalsekretär António Guterres bereits in seiner ersten Amtsperiode angestoßene VN-Entwicklungsreform zielt auf eine stärkere Zentralsteuerung durch die VN-Länderkoordinatorinnen und Länderkoordinatoren („Resident Coordinators“, RC) ab. Kernpunkt der Reform war die Herauslösung der RC aus UNDP, wo sie die Aufgabe als Doppelhut neben der UNDP-Büroleitung wahrnahmen. Die RC-Büros unterstehen jetzt der selbständigen Sekretariats Einheit „VN-Koordinationsbüro für Entwicklung“ (UN Development Coordination Office, UNDCO) der Stellvertretenden VN-Generalsekretärin und sind zentrale Anlaufstellen in den Gastländern.

Deutschland hat großes Interesse, sich im RC System personell gut zu positionieren und bewirbt sehr aktiv die internen und externen Ausschreibungen. Zu Ende 2024 war Deutschland im Resident Coordinator-System/UNDCO mit 13 deutschen Beschäftigten repräsentiert, darunter vier deutsche „Resident Coordinators“ (in der Ukraine, Mexiko, Kirgisistan und Fidschi). Seit Einrichtung der RC/HC Talent Pipeline 2021 wurden dort sechs Deutsche aufgenommen, von denen drei im Berichtszeitraum erfolgreich das RC Assessment durchlaufen haben und Teil des RC Pools wurden. Neben den vier deutschen RCs sind derzeit fünf Deutsche im RC Pool.

## 2.2 Besondere politische Missionen und friedenssichernde Missionen der Vereinten Nationen

Im Berichtszeitraum gab es 11 friedenssichernde Missionen und 11 besondere politische VN-Missionen der Kategorie drei sowie weitere Sondergesandte des VN-Generalsekretärs. Die Missionen MINUSMA (31.12.2023), UNITAMS (01.03.2024) und UNITAD (17.09.2024) wurden beendet, mit entsprechenden Auswirkungen auf das Personal der Missionen und eingeschränkte Neueinstiegsoptionen für Externe aufgrund dadurch bedingter Umsetzungen im VN-Sekretariat. Die Mission UNSOM ist zum 31.10.2024 in die Mission UNTMIS übergegangen.

Die Bundesregierung legt ein besonderes Augenmerk auf die Besetzung von Positionen in den Missionen der Vereinten Nationen, sowohl friedenssichernde Missionen („Peacekeeping Missions“) als auch besondere politische Missionen („Special Political Missions“)<sup>19</sup>. In diesen war Deutschland im Berichtszeitraum als viertgrößter Beitragszahler (6,1 Prozent) nach den USA, China und Japan unter den internationalen Beschäftigten (International Staff) mit einem Anteil von gut zwei Prozent am Zivilpersonal (55 Deutsche, davon 15 im Senior Management ab P5) unterrepräsentiert. Die Steigerung der zivilen deutschen Präsenz in VN-Friedensmissionen bleibt

<sup>19</sup> Die besonderen politischen Missionen werden in drei Hauptkategorien unterteilt: Kategorie 1: Hochrangige Gesandte des Generalsekretärs, die meist vom Hauptquartier der Vereinten Nationen aus agieren und in Konflikten vermitteln. Kategorie 2: Teams zur Sanktionsüberwachung. Diese Teams bestehen aus technischen Experten, die die Implementation der Sicherheitsratsresolutionen überwachen. Kategorie 3: Spezielle politische Missionen, die vor Ort tätig sind. Inbegriffen sind regionale Büros. Die Missionen gehören organisatorisch zum VN-Sekretariat.

herausfordernd; Neueinstellungen von außen gibt es in der Praxis nur in Ausnahmefällen. Andere Möglichkeiten wie Sekundierungen sind ebenfalls nur in sehr begrenztem Maße möglich.

Deutschland beteiligte sich im Berichtszeitraum mit insgesamt 31<sup>20</sup> Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder an fünf VN-Missionen: UNMIK, UNSOM (seit November 2024 umbenannt in UNTMIS), UNITAMS, UNFICYP und UNMISS. Bis Oktober 2024 wurde durch einen Bundespolizisten die Führungsposition des Police Commissioners (D1) in der UNSOM besetzt.

Die Bundeswehr beteiligt sich dauerhaft mit einer seegehenden Einheit (Fregatte oder Korvette) und bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten bei UNIFIL. Darüber hinaus wird Einzelpersonal als sogenannte VN-Experten/-experten („UN Expert on Mission“), Militärische Staboffizierin/-offizier („Military Staff Officer“) oder „VN-Militärbeobachterin/-beobachter“ in die Einsätze UNMISS und MINURSO entsandt. Bei UNIFIL besetzt die Bundeswehr mit dem Kommandeur der Maritime Task Force eine Führungsposition auf Ebene D1, darüber hinaus werden allerdings keine Positionen oberhalb der Ebene P5 besetzt.

Die **Besetzungen von Leitungsstellen** in VN-Missionen wurden im Berichtszeitraum aktiv verfolgt. Die o. g. UNITAMS-, UNAMA- und UNAMI-Besetzungen erfolgten mit Kandidatinnen bzw. Kandidaten aus dem sogenannten D/SRSG Pool. VN-Generalsekretär Guterres hat 2024 erstmals seit 2021 Mitgliedstaaten aufgerufen, Kandidatinnen und Kandidaten für einen hochrangigen Personalpool zu nominieren, aus dem zivile Führungspositionen im Feld besetzt werden (USG/ASG-Ebene). Die Bundesregierung hat sich an dem „Global Call“ des VN-Sekretariats für diesen hochrangigen Pool 2024 mit vier erfolgreichen Nominierungen wieder außerordentlich erfolgreich beteiligt. In dem Pool sind nunmehr 14 Deutsche (davon fünf Frauen). Ebenso konnten sich auch 2023 und 2024 regelmäßig von der Bundesregierung Nominierte für den vorbereitenden Kurs für künftiges Führungspersonal der VN-Missionen („UN Senior Mission Leaders' Course“) qualifizieren.

Zur Stärkung des Frauenanteils im Senior Management von VN-Missionen fördert und unterstützt das Pool für weibliche Führungskräfte („Senior Women Talent Pipeline“) gezielt externe Kandidatinnen bei der Bewerbung auf P5- bis D2-Führungspositionen im Feld. Die Mitglieder dieses Talentpools gelten als potenzielle Kandidatinnen für Leitungsaufgaben in Friedensmissionen und werden unter anderem speziell auf Auswahlgespräche vorbereitet. Die Bundesregierung identifizierte und beriet Kandidatinnen. Nach einer Neukonzeption der Pipeline zu Ende 2024 ist Deutschland mit fünf Kandidatinnen vertreten. Mit insgesamt 9 von 89 Ernennungen seit 2014 zählen die deutschen Pool-Mitglieder zu den erfolgreichsten. Die Bundesregierung zielt darauf, auch bei der nächsten Öffnung der Pipeline aktiv auf potentielle Kandidatinnen zuzugehen.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen zur Steigerung des deutschen Anteils am Zivilpersonal in VN-Missionen liegt auf dem Nachwuchsbereich. Es werden gezielt JPO in ausgewählten Missionen eingesetzt. So werden seit 2017 auch sogenannte JPO-Hybridstellen besetzt, bei denen deutsche JPO einen Teil der Förderzeit im Hauptquartier in New York verbringen und den anderen Teil in einer Friedensmission. Im Berichtszeitraum waren deutsche JPO bei den VN-Missionen in Mali, Irak, im Sudan, in der Republik Südsudan, in der Demokratischen Republik Kongo und in der Zentralafrikanischen Republik im Einsatz.

Das **Freiwilligenprogramm der VN** (UNV) beschäftigte im Jahr 2024 insgesamt 38 Deutsche (davon zwei JPO), wovon 37 ihren Sitz in Bonn hatten. 2024 waren 50 Deutsche als VN-Freiwillige im Einsatz, 16 waren bei VN-Missionen, die anderen im Entwicklungsbereich tätig.

Über das ZIF wurden in den Jahren 2023 und 2024 fünf Sekundierungen zu der Mission UNMISS, zwei Sekundierungen zu der Mission UNSOM sowie jeweils eine Sekundierung zu MINUSMA und UNITAD umgesetzt.

### 2.3 Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)

UNDP ist als einer der wichtigsten Akteure in der VN-Entwicklungszusammenarbeit mit einem Jahresbudget von knapp sechs Mrd. USD in rund 170 Staaten tätig und mit 135 Länderbüros und fünf Regionalbüros vor Ort vertreten. Deutschland war im Berichtszeitraum hinter Japan zweitgrößter Geber, liegt aber bei den Personalstellern nicht unter den ersten fünf. Die deutsche Personalpräsenz bei UNDP wurde im Berichtszeitraum kontinuierlich im Dialog mit UNDP auf allen Ebenen thematisiert.

Mit Achim Steiner steht seit Juni 2017 erstmals seit der Gründung von UNDP ein Deutscher als Administrator vom Rang eines Stellvertretenden Generalsekretärs („Under Secretary General“) an der Spitze der Organisation. Dies umfasst zudem den Co-Vorsitz in der Nachhaltigen Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen (UNDG)

---

<sup>20</sup> Die Gesamtzahl ergibt sich aus den addierten Entsendungen der Jahre 2023 und 2024 und beinhaltet somit Doppelerfassungen.

und die Mitgliedschaft im Exekutivkomitee des Generalsekretärs. Eine zweite Amtszeit von Achim Steiner bis Juni 2025 wurde im April 2021 von der VN-Generalversammlung bestätigt.

Der deutsche Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst ist im Berichtszeitraum mit 62 Beschäftigten (2,5 Prozent) nicht gewachsen. Derzeit hat Deutschland insgesamt 18 Stellen im Senior Management (ab P5). Im Leitungsbereich stellt Deutschland neben dem Administrator eine Stellvertretende Beigeordnete Administratorin (Deputy Assistant Administrator) im Regionalbüro für arabische Staaten (Regional Bureau for Arab States (Direktorinnen/-direktorenlevel D2) sowie eine Landesvertreterin („Resident Representative“) in China (Direktorinnen/-direktorenlevel D2). Im Berichtszeitraum waren bei UNDP mit 12 Personen vergleichsweise viele deutsche JPO beschäftigt, was insbesondere an der hohen Bereitschaft von UNDP lag, sich an der Finanzierung von dritten und vierten JPO-Jahren zu beteiligen. Die Übernahmerate deutscher JPO bei UNDP liegt in den letzten 15 Jahren konstant deutlich über 70 Prozent, und ist eine der höchsten in der gesamten Gebergemeinschaft.

Seit 2021 verfolgt UNDP ein Rotationsprinzip („Mobility Policy“), das nach spätestens sechs Jahren (auf Härteposten nach zwei Jahren) einen zwingenden Wechsel des Arbeitsplatzes vorsieht. Der Frauenanteil bei UNDP liegt im vergleichbaren höheren Dienst bei 48 Prozent, der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten liegt bei 56 Prozent im höheren Dienst. Zusätzlich unterstützt Deutschland UNDP im Berichtszeitraum durch drei IPRK-Entsendungen und eine Beurlaubung von Beschäftigten des BMZ. Außerdem besteht zwischen dem ZIF und dem UNDP Crisis Bureau ein Rahmenabkommen zu Sekundierungen, über das bereits mehrere Sekundierungen v. a. in UNDP Länderbüros realisiert werden konnten.

#### **2.4 Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD)**

Die VN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD) soll die Regionen des globalen Südens dabei unterstützen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren und nachhaltiges Wachstum mit sozioökonomischer Entwicklung zu verbinden. Deutschland gehört mit vier Führungspositionen ab P5, davon zwei Frauen, zu den Mitgliedstaaten mit dem höchsten Anteil an Führungskräften. Die fortgesetzte Wertschätzung und politische sowie finanzielle Unterstützung der UNCTAD durch die Bundesregierung reflektiert sich somit im Personaltableau. Insgesamt sind bei der UNCTAD 14 Deutsche auf Professional-Ebene beschäftigt. Zusätzlich zu zwei deutschen JPOs in Fachabteilungen ist seit 2024 eine weitere JPO im Büro der Generalsekretärin beschäftigt. Der Frauenanteil bei UNCTAD liegt im vergleichbaren höheren Dienst bei 43 Prozent, bei den deutschen Beschäftigten mit 57 Prozent deutlich darüber.

#### **2.5 Internationale Fernmeldeunion (ITU)**

Die älteste Sonderorganisation der VN mit Sitz in Genf befasst sich mit Belangen der grenzüberschreitenden Frequenzverwaltung und der Koordinierung von Satellitenpositionen. Sie erarbeitet technische Standards für Informations- und Kommunikationstechnologien und kooperiert mit Entwicklungsländern zum Aufbau von Telekommunikationsinfrastruktur und -diensten. Geleitet wird die ITU seit Anfang 2023 von Generalsekretärin Dooreen Bogdan-Martin (USA).

2023 beschäftigte die ITU 709 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Frauenanteil 50,8 Prozent), davon 460 im vergleichbaren höheren Dienst (Frauenanteil 42,4 Prozent). Zehn ITU-Beschäftigte sind Deutsche zuzüglich zweier JPO. Seit 1998 ist Deutschland nicht mehr in den fünf Spitzenpositionen der ITU vertreten. Deutschland ist als Land seit 1958 ununterbrochen Mitglied des Rates (Council) und wird sich anlässlich der nächsten Wahlen 2026 wieder bewerben.

#### **2.6 Internationale Arbeitsorganisation (ILO)**

Das Mandat der von Regierungs-, Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern geführten ILO liegt in der Förderung sozialer Gerechtigkeit und guter Arbeitsbedingungen. Insgesamt sind 77 Deutsche bei der ILO beschäftigt (Frauenanteil 49 Prozent). Hochrangigste Deutsche ist Beate Andrees, Regionaldirektorin für Europa und Zentralasien (Assistant Director General) auf der ersten Führungsebene nach dem Generaldirektor. Deutschland hatte 2022 bis 2023 den Vorsitz der Regierungsgruppe inne.

Im vergleichbaren höheren Dienst liegt Deutschland mit 71 von insgesamt 1.387 Beschäftigten mit seinem Stellenanteil von 5,1 Prozent deutlich hinter Frankreich (131; 9,4 Prozent) und knapp hinter den USA (73 Beschäftigte). Mit 44 durch das reguläre Budget der ILO finanzierte Stellen liegt Deutschland aber weiterhin gut im Mittelfeld des anhand des Mitgliedsbeitrages errechneten Sollstellenrahmens (32–53). Hier sind die USA und China deutlich unterrepräsentiert.

28 deutsche Beschäftigte haben Führungspositionen<sup>21</sup> inne (davon Frauenanteil gestiegen auf 46 Prozent). Dies entspricht einem Anteil von 6,5 Prozent bei einer Gesamtzahl von 434 Stellen auf dieser Ebene. Deutschland als viertgrößter Beitragszahler liegt damit an zweiter Stelle hinter den USA (29 Beschäftigte). Auf der zweiten Führungsebene ist Deutschland mit einer D2-Stelle und einer D1-Stelle vertreten.

In der Nachwuchsförderung zahlt sich das starke Engagement Deutschlands weiter aus. Ende 2024 waren bei der ILO sieben deutsche JPOs, davon vier Frauen beschäftigt. Auch im aktuellen Berichtszeitraum gab es Übernahmen von JPOs (in zunächst befristete Verträge), die die Qualität deutscher JPO in der Organisation widerspiegeln.

## 2.7 Internationaler Währungsfonds (IWF)

Der Internationale Währungsfonds ist die zentrale Institution im Bereich der internationalen währungs- und finanzpolitischen Zusammenarbeit. Insgesamt sind 103 Deutsche beim IWF tätig (Zeitverträge nicht eingeschlossen)<sup>22</sup>. Der deutsche Personalanteil beträgt 3,3 Prozent bei einer finanziellen Anteilsquote von rund 5,6 Prozent. Deutschland ist im höheren Managementbereich (B1-B5) in strategisch wichtigen Positionen angemessen vertreten. So stellt Deutschland einen Anteil von 6 Prozent der 367 Beschäftigten im Management des IWF. Bei den 2.688 Fachkräften im Stab (A9-B5) liegt Deutschland bei 3,8 Prozent. Der Anteil der Frauen unter den deutschen Beschäftigten beträgt 33,6 Prozent und liegt damit unter dem IWF-weiten Anteil von 46 Prozent.

## 2.8 Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

UNIDO verfolgt einen entwicklungspolitischen Ansatz der engen Verzahnung von Industrialisierung mit Faktoren wie bspw. Energiesicherheit, erneuerbaren Energien, Beschäftigung und Ernährungssicherheit, beruflicher Bildung und sozialer Inklusion. Die Bundesregierung trägt der gewachsenen Bedeutung der Organisation nicht zuletzt durch strategische Dialoge sowie durch die 2023 unterzeichneten Kooperationsstrategie Rechnung. Bundesminister a.D. Dr. Gerd Müller ist seit 2021 UNIDO Generaldirektor und damit erster Generaldirektor aus einem Industriestaat. Deutschland hat ihn im Dezember 2024 als Kandidaten der Bundesregierung für eine zweite vierjährige Amtszeit offiziell nominiert und als Kandidaten der EU indossieren lassen.

UNIDO hat insgesamt 671 Beschäftigte in ihrer Zentrale in Wien und in über 40 Büros weltweit. Die Zahl der deutschen Beschäftigten ist mit 34 im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen (2022: 30; 2020: 25). Auch im wichtigen P/D-Bereich ist die Stellenzahl im Vergleich zum Vorjahr mit 21 leicht angestiegen (2022: 20; 2020: 17). Damit verfügt Deutschland über die nominell höchste Zahl an Beschäftigten und liegt mit 11 Stellen im Segment P5 und höher („Senior Management“) vor China (8) und Italien (7). Deutschland hält im P-/D-/L-Bereich knapp 12 Prozent der Stellen bei einem Budgetanteil von 10 Prozent und ist damit gut repräsentiert. Der Frauenanteil bei UNIDO liegt bei 42 Prozent (deutsche Beschäftigte 38 Prozent), eine Geschlechterparität ist besonders ab Ebene P5 noch nicht erreicht. Zum Ende des Berichtszeitraums waren drei deutsche JPOs bei UNIDO tätig.

## 2.9 Weltbankgruppe (WBG)

Die Weltbankgruppe besteht aus fünf Organisationen: Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD), Internationale Entwicklungsorganisation (IDA), Internationale Finanz-Corporation (IFC), Multilaterale Investitions-Garantie Agentur (MIGA) und dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID). Die WBG verfügt über 17.650 Beschäftigte, davon mehr als 12.000 internationale Stabsbeschäftigte. 64 Prozent des Stabes sind in Washington D.C. eingesetzt, 36 Prozent verteilen sich auf 143 Außenbüros der WBG.

Der Anteil der deutschen Beschäftigten am internationalen Stab der WBG liegt mit 232 Beschäftigten bei 3,34 Prozent. Deutschland bleibt personell insgesamt leicht unterrepräsentiert gemessen an seinem Kapitalanteil von gut 4 Prozent. Unter Berücksichtigung von als Consultants beschäftigten Deutschen sind rund 600 Deutsche bei der WBG tätig. Auf Ebene der Vizepräsidentinnen und -präsidenten ist Deutschland mit Jürgen Vögele (Abteilungsleiter Nachhaltige Entwicklung), Martin Raiser (Abteilungsleiter IBRD Südasien) und der Deutsch-Schweizerin Anke D'Angelo<sup>23</sup> (Leiterin der internen Prüfungsabteilung) vertreten.

Wie in den Vorjahren sind Frauen beim deutschen Personal mit 45 Prozent (im höheren Management nur 20 Prozent) immer noch unterrepräsentiert. In der Weltbankgruppe insgesamt liegt der Frauenanteil beim internationalen Personal bei 53 Prozent, der Frauenanteil im höheren Management liegt bei 36 Prozent. Die Nachwuchsförderung,

<sup>21</sup> ab P5 (dritte Führungsebene)

<sup>22</sup> Alle Zahlen beim IWF mit Stand November 2024

<sup>23</sup> D'Angelo wird in den Statistiken der Weltbankgruppe als Schweizerin geführt.

insbesondere das JPO-Programm ist von zentraler Bedeutung, denn Spitzenpersonal wird häufig aus dem eigenen Haus rekrutiert. Aktuell sind im Rahmen des JPO-Programms fünf JPOs bei der Weltbankgruppe tätig.

## 2.10 Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Der Anteil der deutschen Beschäftigten bei den regulären Stellen des vergleichbaren höheren Dienstes, aber auch aller Laufbahnen insgesamt, liegt bei 2,4 Prozent und ist damit weiter leicht zurückgegangen. Gemessen an seinem Beitrag zum Haushalt von knapp 6 Prozent, ist Deutschland somit ebenso wie andere große Beitragszahler (USA, Japan und China) deutlich unterrepräsentiert. Unter den insgesamt 2.545 Beschäftigten sind 55 Deutsche (2,2 Prozent). Beim Führungspersonal ist die Zahl der Deutschen im Vergleich zum Vorjahr von 13 auf 11 zurückgegangen. Mitursächlich, insbesondere auf Führungsebene der Fachabteilungen, ist die geringe Anzahl qualifizierter deutscher Bewerberinnen und Bewerber mit nukleartechnologischem Hintergrund. 2023 wurde eine deutsche JPO-Stelle in der IAEO finanziert. Seit seinem Amtsantritt Ende 2019 hat IAEO Generaldirektor Grossi den Frauenanteil in der IAEO signifikant ausgebaut. Die Bundesregierung unterstützt dies ausdrücklich mit verschiedenen Initiativen. Der Frauenanteil am deutschen Personal des vergleichbaren höheren Dienstes liegt mit 38 Prozent allerdings unter dem der IAEO (49 Prozent).

## 2.11 Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) und andere Gerichtshöfe (IGH, IRMCT, KSC, CPS CAF)

Beim Personal der internationalen bzw. hybriden (Straf-)Gerichtshöfe bleibt Deutschland im Vergleich zu anderen westlichen Mitgliedstaaten tendenziell unterrepräsentiert.

Dies gilt in besonderem Maße für den **Internationalen Strafgerichtshof (IStGH)**, wo Deutschland als zweitgrößter Beitragszahler (11,7 Prozent Budgetanteil) nach Japan auf höchster Ebene demnächst und auf absehbare Zeit nicht vertreten ist. Deutschland verfügt nach dem Ausscheiden von Prof. Bertram Schmitt 2025 erstmals nicht über einen Richter am IStGH. Deutschland stellt derzeit keine gewählten Amtsträgerinnen oder -träger „Elected Officials“ oder Beschäftigte auf Direktorinnen/-direktorenebene (D1/D2). Insgesamt ist Deutschland mit 28 Beschäftigten (3,7 Prozent) am IStGH vertreten, davon 17 Frauen (60 Prozent). Gemessen an der Höhe der Beitragszahlungen bleibt Deutschland unterrepräsentiert. Der Frauenanteil liegt mit 60 Prozent über dem IStGH-Durchschnitt von 51 Prozent.

Um den deutschen Personalanteil an den Strafgerichtshöfen weiter zu erhöhen, engagiert sich das AA in enger Abstimmung mit dem BMJV und den Landesjustizbehörden unter anderem mit der gezielten Ansprache möglicher Kandidatinnen und Kandidaten, hält Vorträge beim Richterbund sowie lädt die Gerichtshöfe zu Karriere-messen ein. Bei der Vertragsstaatenversammlung im Dezember 2024 wurden zwei Resolutionen verabschiedet, die mittelfristig Auswirkungen auf die Personalstruktur des IStGH und die geographische Verteilung haben könnten.

Deutschland stellt eine der insgesamt 14 JPOs und wird eine zweite Position setzen. Zudem finanziert Deutschland erstmals eine zusätzliche JPO-Stelle über den DCC Trust Fund von UNDP. 2022 hat das ZIF eine Sekundierungsvereinbarung mit dem Büro des Chefanklägers des IStGH geschlossen; im Berichtszeitraum waren elf Deutsche (9 ZIF, 2 BMVg) als Sekundierte eingesetzt.

Der **Internationale Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (IRMCT)** ist das Nachfolgegericht der internationalen Strafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda. Nur ein geringer Anteil des ehemaligen Personals ist übernommen worden. Der Residualmechanismus wickelt nur noch in geringem Umfang Strafverfahren ab und ist daher für Neubewerbungen im Rechtsbereich weniger attraktiv. Der deutsche Personalanteil ist mit drei Beschäftigten stabil geblieben. Deutschland stellt seit 2019 durchgehend eine deutsche Richterin.

**Sonderstrafgerichtshöfe:** Bei den sogenannten **Kosovo Sonderkammern (KSC & SPO)** in Den Haag sind drei deutsche Richter tätig, darüber hinaus an den Sonderkammern sowie im Büro des Chefanklägers insgesamt 11 Deutsche, darunter zwei von deutschen Behörden abgeordnete Beschäftigte. Damit ist Deutschland personell – nicht zuletzt in Schlüsselpositionen – vergleichsweise gut aufgestellt. Am Sonderstrafgerichtshof in der Zentralafrikanischen Republik (**CPS CAF**) ist seit September 2022 die Stelle des „International Deputy Registrar“ (vgl. mit stellvertretenden Verwaltungschef) mit einem sekundierten Deutschen besetzt. Ein weiterer Deutscher ist seit Oktober 2024 als sekundierter Richter in der Vorverfahrenskammer eingesetzt. Bis Oktober 2023 war ebenfalls ein deutscher sekundierter Richter in der Rechtsmittelkammer des Sonderstrafgerichtshofs tätig.

Der **Internationale Gerichtshof (IGH)** ist Hauptrechtsprechungsorgan der VN. Neben 15 Richtern und Richterinnen sowie dem Kanzler verfügt das Gericht über 63 Stellen auf der Ebene „Professional“ (P1-P5) sowie zwei Direktorenstellen (je einmal D1 und D2). Prof. Dr. Georg Nolte ist seit Februar 2021 Richter am IGH und auf neun Jahre gewählt (Wiederwahl möglich). Zudem gibt es drei deutsche Beschäftigte beim IGH: zwei in der Abteilung für Rechtsangelegenheiten (Department of Legal Matters) und eine im Sicherheitsdienst. In den übrigen Abteilungen – Personal, Finanzen, Sprachendienst, Veröffentlichung, Archiv – arbeiten keine Deutschen.

### 2.12 Welthandelsorganisation (WTO)

Die 1995 gegründete WTO ist die einzige internationale Organisation, die sich mit Regelungen zum Welthandel beschäftigt. Deutschland ist mit 29 von 644 Beschäftigten in der WTO gut aber nicht entsprechend seines Haushaltsbeitrages vertreten. Während der deutsche Beitrag zum WTO-Budget bei 7,1 Prozent liegt, entsprechen 29 Beschäftigte nur 4,5 Prozent der Belegschaft. 2023 konnte der Anteil an deutschem Personal durch vier Neueinstellungen verbessert werden. Deutschland ist nun mit einer zweiten Direktorenstelle im WTO-Sekretariat vertreten. Der deutsche Frauenanteil liegt bei 46 Prozent (WTO gesamt 57 Prozent), auf der P-Ebene 43 Prozent (WTO 52 Prozent).

### 2.13 Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) in Genf

Die von der WIPO verwalteten Anmeldeverfahren für Patente, Marken und Designs sind für die deutsche Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Im Anmelderanking der WIPO für Patente liegt Deutschland weltweit auf Platz fünf, bei den Marken und Designs jeweils auf Platz zwei. Gleichwohl ist Deutschland im Vergleich mit anderen wichtigen Staaten (USA, Großbritannien, Frankreich) unterrepräsentiert. Zum Stichtag hatte die WIPO 1.045 Beschäftigte als Stammpersonal („core workforce“) und weitere 693 als flexible Arbeitskräfte („flexible workforce“). 26 Deutsche sind zurzeit als „core workforce“, elf als „flexible workforce“ tätig (davon zwei JPOs). Zwei Deutsche bekleiden Direktorenstellen (D1 und D2). Deutschland führt seit 2022 mit der WIPO-Leitung einen strategischen Personaldialog, um die Personalpräsenz mittelfristig zu erhöhen und Karrierewege von deutschen Beschäftigten innerhalb der Organisation zu verbessern.

## 3. Internationale Organisationen in den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration

Der Fokus in diesem Abschnitt wird auf internationale Organisationen – dabei primär Sonderorganisationen und Programme der Vereinten Nationen – aus den Bereichen Gesundheit, Welternährung und Flucht/Migration gelegt. Die Bundesregierung setzt sich nachdrücklich dafür ein, dass sich das in den letzten Jahren gestiegene politische und finanzielle Engagement mittelfristig auch angemessen in der Personalpräsenz widerspiegelt.

### 3.1 Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Insgesamt arbeiten 1.123 deutsche Mitarbeitende in einem formellen Beschäftigungsverhältnis für die WHO (davon 110 im vergleichbaren höheren Dienst). Deutsche Beschäftigte machten damit 2,8 Prozent der insgesamt 3.938 Beschäftigten in der Kategorie „vergleichbarer höherer Dienst“ aus. Unter den deutschen Beschäftigten gibt es 36 Führungskräfte. Zusätzlich finanziert Deutschland dreizehn JPO, davon sind sechs Frauen. Deutschland ist auf Rang sechs der Hauptpersonalsteller der WHO.

Die ranghöchste Deutsche in der WHO ist seit März 2021 Dr. Catharina Böhme als Kabinettschefin des Generaldirektors im Rang einer stellvertretenden Direktorin („Assistant Director General“), die im Mai 2023 auf die gleichrangige Position der beigeordneten Generaldirektorin wechselte mit Zuständigkeit für Außenbeziehungen und Governance. Damit wurde ein zentrales Ziel der deutschen internationalen Personalpolitik gegenüber der WHO erreicht. Deutschland besetzt zudem fünf D1 und drei P6-Stellen.

Deutschland, als zweitgrößter (staatlicher) Geber, hat vorläufig einen Beitrag von 3,69 Prozent zum Gesamtbudget der WHO im Biennium 2024/2025 geleistet, bleibt jedoch mit einem Anteil von unter 4 Prozent am Führungspersonal unterrepräsentiert. Daher bleibt es Ziel, angesichts des starken Engagements im globalen Gesundheitsbereich und der führenden Position als großer Geber der WHO, stärker auf D1/D2 bzw. P6/P5 Stellen vertreten zu sein. Besonderes Augenmerk wird dabei auch auf deutsche Beschäftigte in Führungspositionen innerhalb der Organisation gelegt. Bislang führten interne Bewerbungen von Deutschen nur unterdurchschnittlich zum Erfolg.

Im Rahmen der Sekundierungsvereinbarung von 2022 zwischen ZIF und WHO unter Begleitung des AA unterstützte Deutschland die WHO durch humanitäre Kurzeinsätze von Sekundierten im Berichtszeitraum mit vier Personen (davon 2 Frauen).

Unter Generaldirektor Dr. Tedros Ghebreyesus wird eine strikte Geschlechterparitätspolitik verfolgt. Der deutsche Frauenanteil ist mit 55 Prozent über dem der WHO insgesamt (50 Prozent). Auf der Ebene beigeordnete Generaldirektorin oder -direktor (ADG) sowie bei der Gesamtzahl der Beschäftigten und in der „Professional and higher“-Kategorie wird dieses Ziel von der WHO mit jeweils exakt 50 Prozent erreicht; auf der Direktorebene hingegen liegt der Frauenanteil bei D2 bei 30,4 Prozent und bei D1 und P6 bei 32,5 Prozent.

### **3.2 Globaler Fonds gegen Aids, Tuberkulose und Malaria (GF) und die Impfallianz Gavi**

Der GF (vormals GFATM) und die Impfallianz Gavi sind Stiftungen nach Schweizer Recht mit Teilprivilegien und Immunitäten einer internationalen Organisation. Die deutsche Rolle als drittgrößter Geber korrespondiert nicht mit dem Anteil der Deutschen im GF. Hier liegt Deutschland mit 37 der insgesamt 1.172 Beschäftigten deutlich hinter anderen Personalstellern an sechster Stelle. Insgesamt liegt die Anzahl der deutschen Leitenden Managerinnen und -manager („Senior Manager“) mit elf Personen (davon sechs Frauen) bei einem Prozent.

Deutschland ist als drittgrößter Geber der Impfallianz Gavi mit derzeit 15 Personen (davon neun Frauen) von 493 Beschäftigten und damit drei Prozent Personalanteil unterrepräsentiert. Auf oberer Managementebene ist Deutschland mit einem Direktor vertreten.

### **3.3 Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)**

UNAIDS mit Sitz in Genf ist federführend bei der Entwicklung der Globalen AIDS Strategie (aktuell 2021-2026) und sieht für die Umsetzung des Arbeitsplans des gemeinsamen Programmes ein jährliches Kernbudget von 160 Mio. USD vor, welches jedoch nicht erreicht wird (2024: 140 Mio. USD). Unter anderem die schwierige finanzielle Situation führte zu einem Neustrukturierungsprozess, der Stellenkürzungen sowie Stellenverlegungen enthält (u. a. von ca. 50 Stellen der Personalverwaltung nach Bonn). Insgesamt sind derzeit vierzehn Deutsche bei UNAIDS beschäftigt (davon drei JPO). Christine Stegling ist seit Januar 2023 als Stellvertretende Exekutivdirektorin für Politik, Beratung und Fachkenntnisse („Deputy Executive Director for Policy, Advocacy and Knowledge Branch“) als eine von zwei ASG die hochrangigste Deutsche.

2023 unterstützte Deutschland UNAIDS als siebtgrößter Geber mit ca. drei Prozent der Gesamtbeiträge (2022: fünf Prozent). Vor dem Hintergrund der herausgehobenen Rolle Deutschlands bei UNAIDS (Vorsitz im Verwaltungsrat 2023, Erhöhung des Beitrags für UNAIDS von 5 Mio. Euro auf 6,75 Mio. Euro im Jahr 2024) wird auf eine stärkere Personalpräsenz hingewirkt.

### **3.4 Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA)**

Insgesamt sind 28 Deutsche bei UNFPA beschäftigt. Im vergleichbaren höheren Dienst liegt der deutsche Personalanteil damit bei 2,8 Prozent. Im Professional-Bereich ist Deutschland als siebtgrößter bilateraler Geber siebtgrößter Personalsteller. Deutschland ist besonders qualitativ gut vertreten mit einer D1- und zehn P5-Stellen. Als einer der größten Geber wird weiter nachdrücklich eine stärkere Präsenz in den Führungspositionen ab D1 angestrebt. Insgesamt herrscht beim Personal von UNFPA Geschlechterparität, wobei der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten unterdurchschnittlich bei ca. 39 Prozent liegt. Im Berichtszeitraum waren 3 deutsche JPO bei UNFPA beschäftigt.

### **3.5 Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)**

Für die FAO als größte aller VN-Sonderorganisationen mit dem Mandat für Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei sowie Ernährung und Sitz in Rom wird nach einem speziellen Verteilungsschlüssel der Sollstellenrahmen für jedes Mitgliedsland ermittelt, in den unter anderem die Höhe der Beiträge und die Bevölkerungsgröße einfließen. Dieser liegt für Deutschland bei zwischen 43 und 58 Stellen. Die FAO wird seit 2019 von Generaldirektor Dr. Qu Dongyu (China) geleitet.

Ende 2024 waren 37 aus dem regulären Arbeits- und Haushaltsprogramm finanzierte, dem geographischen Verteilungsschlüssel unterfallende Posten mit Deutschen besetzt. Quantitativ ist Deutschland damit seit Juli 2024 unterrepräsentiert. Bei den Spitzenpositionen besetzte deutsches Personal Ende 2024 nur noch eine D1-Stelle. Auf der höheren Leitungsebene (ab D2 aufwärts) ist Deutschland seit 2019 nicht mehr vertreten, was der Rolle als viertgrößter Beitragszahler der FAO (6,1 Prozent) nicht gerecht wird. Diesem Trend der letzten Jahre konnte

trotz aktiver hochrangiger politischer Begleitung hochqualifizierter externer und interner Bewerbungen für Positionen in der höheren Leitungsebene nicht entgegengewirkt werden. Im Berichtszeitraum waren fünf deutsche JPO bei der FAO beschäftigt.

### 3.6 Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)

Der IFAD als Sonderorganisation der Vereinten Nationen und zugleich eine der sog. internationalen Finanzinstitutionen mit Sitz in Rom beschäftigte zum Stichtag insgesamt 854 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Frauenanteil 57 Prozent). Deutschland als drittgrößter Geber im Berichtszeitraum und signifikanter Ko-Finanzierer für Sonderbedarfe ist im Berichtszeitraum mit 18 Beschäftigten (davon neun Frauen) noch leicht unterrepräsentiert. Mit 15 Deutschen im vergleichbaren höheren Dienst einschließlich zwei JPO (eine weitere JPO-Stelle in Vorbereitung) bei grundsätzlich guten JPO-Übernahmeaussichten konnte dem leicht sinkenden Trend der vergangenen Jahre bei den letzten Bewerbungsverfahren deutlich entgegengewirkt werden. Insbesondere im Nachgang zu einem Arbeitsbesuch von Beschäftigten des IFAD-Personalbereichs im Mai 2024 in Bonn, Frankfurt und Berlin konnte BMZ zusammen mit AA und weiteren deutschen Akteuren dazu beitragen, die Bekanntheit und Attraktivität von IFAD als Arbeitgeber auf dem deutschen Arbeitsmarkt gezielt zu erhöhen. Deutsche Personalpräsenz war in entwicklungspolitischen Dialogformaten mit IFAD ein fester Bestandteil der Agenda und deutsche Bewerbungen wurden intensiv flankiert.

Nach dem freiwilligen vorzeitigen Rücktritt des deutschen Vizepräsidenten in 2023 ist Deutschland im oberen Management verstärkt auf der Ebene der Direktoren vertreten mit im Berichtszeitraum vier Personen, darunter Dr. Roger Fischer als neuer Beauftragter für Finanzrisiken (Chief Financial Risk Officer ;D2) und Jenny Scharrer im strategisch wichtigen Bereich Privatsektor (Private Sector Operations; D1).

### 3.7 VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (UN-OCHA)

UN-OCHA ist Teil des VN-Sekretariats mit Hauptsitzen in Genf und New York und hat die Aufgabe, humanitäre Hilfsmaßnahmen innerhalb des VN-Systems weltweit zu koordinieren. Institutionelle Besonderheit von OCHA ist, dass es zwar Teil des VN-Sekretariats ist, aber nur zu ca. 8 Prozent aus dem regulären VN-Haushalt über Pflichtbeiträge finanziert wird. Der Rest des Budgets wird über freiwillige Beiträge und Spenden finanziert. Deutschland lag hier 2023 und 2024 wie auch in den Vorjahren auf Platz vier des Geber-Rankings.<sup>24</sup> Bezieht man auch Beiträge zum von OCHA gemanagten Nothilfefonds der VN (CERF) und zu den humanitären Länderfonds (CBPFs) in die Betrachtung ein, war Deutschland auch 2024 größter Geber (18,4 Prozent des Gesamtbudgets).

UN-OCHA beschäftigt insgesamt 865 Personen im vergleichbaren höheren Dienst. Im Vergleich der größten Personalsteller liegt Deutschland mit 24 Beschäftigten auf Platz acht hinter den USA (69), Frankreich (49), Italien und Kenia (je 40), Kanada (35), Großbritannien (31) und Äthiopien (25). Der Frauenanteil unter den deutschen OCHA-Beschäftigten des höheren Dienstes liegt bei 54 Prozent, unter den deutschen „Senior Managers“ bei 40 Prozent. Insgesamt herrscht bei OCHA weitgehend Geschlechterparität. Auf „Senior Manager“-Ebene (P5 und höher) ist mit zwei D1-Stellen und drei P5-Stellen vertreten und hat damit eine Personalquote im Spitzenmanagement von knapp 3,6 Prozent erreicht (2022: 2,2 Prozent). Im Vergleich zu den großen Gebern USA und Großbritannien ist Deutschland jedoch weiter unterrepräsentiert.

Da sich Outreach-Bemühungen der VN fast nur noch an Staatsangehörige aus dem Globalen Süden richten, gewinnt das JPO-Programm weiter an Bedeutung, um deutsche Nachwuchskräfte für eine Karriere bei den VN zu interessieren und ihnen durch den Einstieg ins VN-System bessere Bleibeperspektiven zu eröffnen. Deutschland finanzierte im Berichtszeitraum fünf JPOs bei OCHA, davon zwei auf Hybridstellen, die durch eine eingeplante Kombination von Einsätzen im Feld und Hauptquartier die JPOs besonders gut für spätere Stellen bei OCHA qualifizieren.

Seit der Unterzeichnung der Sekundierungsvereinbarung von 2019 zwischen ZIF und UN-OCHA unter Begleitung des Auswärtigen Amtes unterstützt Deutschland UN-OCHA im Rahmen von Kurzeiteinsätzen von Sekundierten über das ZIF. 2023 und 2024 konnten 15 Sekundierungen (davon 5 Frauen) umgesetzt werden.

### 3.8 Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

UNICEF, eine der größten VN-Organisationen und eine der wenigen mit dualem Mandat sowohl für humanitäre Hilfe als auch für Entwicklungszusammenarbeit, finanziert sich fast ausschließlich über freiwillige staatliche und

<sup>24</sup> Hinter den USA, dem Vereinigten Königreich und Schweden

private Beiträge. Die USA sind größter Beitragszahler und stellen traditionell die Exekutivdirektorin. Deutschland war sowohl 2024 mit 679 Mio. USD (8,2 Prozent des Gesamtbudgets) als auch 2023 mit 746 Mio. USD zweitgrößter staatlicher Geber hinter den USA.

Vor allem qualitativ hat sich der deutsche Personalanteil in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Im vergleichbaren höheren Dienst sind 81 Deutsche beschäftigt. Die ranghöchste Deutsche ist seit 2020 die deutsch-tunesische Doppelstaaterin Amel Karboul auf einer D2-Stelle. Besonders hervorzuheben ist der Aufwuchs auf Ebene D1 von einer Stelle (2022) auf sieben Stellen 2024, darunter zwei Country Representatives in Tansania und Sierra Leone. Mit insgesamt 33 Beschäftigten auf Senior Manager-Ebene (ab P5) hat Deutschland in diesem Bereich eine Personalquote von 3,5 Prozent erreicht. Deutschland ist aber insgesamt auch weiterhin deutlich schlechter vertreten als andere große Gebernationen. Der Abstand zu den fünf Geberländern mit dem größten Personalanteil – USA (405), Großbritannien (250), Frankreich (234), Indien (232) und Italien (204) – ist deutlich. UNICEF-weit sind die Stellen nahezu geschlechtergerecht besetzt. Von den insgesamt 82 deutschen Beschäftigten waren 53 Frauen (65 Prozent). Zur deutschen Personalpräsenz bei UNICEF gehörten im Berichtszeitraum auch sieben deutsche JPOs. Ein Ausbau der Präsenz auf allen Ebenen, auch ab D2 aufwärts, wird angestrebt.

Im Rahmen der 2023 abgeschlossenen Sekundierungsvereinbarung zwischen ZIF und UNICEF unterstützte Deutschland UNICEF durch humanitäre Kurzzeiteinsätze im Berichtszeitraum mit 3 Sekundierungen (davon 2 Frauen).

### **3.9 UN Women**

UN Women hat rund 1.300 Beschäftigte. Größte bilaterale Geber waren 2024: Schweden, Deutschland, Kanada, Finnland und Norwegen. Deutschland leistet mit insgesamt knapp 40 Mio. USD 2023 und 2024 den größten Kernbeitrag an UN Women (28 Mio. USD bzw. 22 Mio. USD).

Von insgesamt 625 Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst waren Ende 2024 14 Deutsche. Im Senior Management von UN Women war Deutschland mit vier Deutschen vertreten. Der deutsche Personalanteil im vergleichbaren höheren Dienst hat sich bei gut 2,2 Prozent stabilisiert (2022: 2,1 Prozent; 2023: 2,8 Prozent). Auf der Ebene „Senior Management“ ab P5 ist der deutsche Personalanteil im Berichtszeitraum auf 2,8 Prozent gestiegen. Mit vier JPOs ist Deutschland gut vertreten und liegt knapp hinter Schweden und Italien mit sechs bzw. fünf JPOs.

Die Frauenquote bei UN Women liegt deutlich höher als bei anderen VN-Organisationen. Im vergleichbaren höheren Dienst liegt sie bei ca. 79 Prozent (ähnlich auch im deutschen Personalanteil). Die geplante Ansiedlung von Arbeitseinheiten in Bonn könnte Chancen zur Steigerung des deutschen Personalanteils bieten.

### **3.10 Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)**

Deutschland hat sein Engagement beim WFP mit Sitz in Rom seit 2012 stetig verstärkt; in den vergangenen Jahren war Deutschland hinter den USA (2024: 4,5 Mrd. USD) zweitgrößter Geber und lag 2024 mit über 996 Mio. USD deutlich vor dem nächstgrößten Geber Großbritannien (608 Mio. USD).

Quantitativ bleibt Deutschland innerhalb der Gruppe der fünf größten Geberländer dennoch unterrepräsentiert. Von den 23.955 Beschäftigten waren zum Stichtag 153 Deutsche, davon 73 im vergleichbaren höheren Dienst tätig (International Professional Staff) sowie sieben deutsche JPO. Deutschland liegt damit hinter Sitzstaat Italien (234), USA (169), Frankreich (134), Kenia (120) und Großbritannien (101). Der Frauenanteil des deutschen Personals liegt mit 59 Prozent deutlich über dem WFP-Durchschnitt von 42 Prozent. Im höheren Management ist mit 17 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (20) zu verzeichnen. Bis Ende 2023 war Deutschland mit Ute Klamert als Beigeordnete Exekutivdirektorin (ASG-Ebene) für den Bereich Partnerschaften und Interessenvertretung (Advocacy) auch im Spitzenmanagement der Organisation vertreten. Dr. Martin Frick ist seit November 2021 Leiter des WFP-Büros in Berlin auf D2 Ebene. Unter den Regionaldirektoren ist Deutschland mit Nils Grede (Türkei) auf D1 Ebene vertreten.

Die Stagnation im mittleren Management, die Voraussetzung von Feld- und Krisenortterfahrung sowie der hohe Anteil von Beraterstellen hemmen den internen Personalaufstieg. Erschwerend kommt hinzu, dass das WFP zum Ende des Berichtszeitraums über einen Einstellungsstopp verfügt und Personal reduziert hat. Grund hierfür ist eine laufende Reorganisation sowie der massive Mittelrückgang. Der Bereich Lieferkette und Umsetzung („Supply Chain and Delivery“) bietet gute Einstiegsmöglichkeiten für Externe, die genutzt werden sollen.

Seit dem Abschluss der Sekundierungsvereinbarung 2020 zwischen ZIF und WFP unter Begleitung des Auswärtigen Amtes unterstützte Deutschland im Rahmen von Kurzzeiteinsätzen von Sekundierten über das ZIF. 2023 und 2024 konnten 11 Sekundierungen (davon 3 Frauen) umgesetzt werden.

### 3.11 Internationale Organisation für Migration (IOM)

Die IOM hat für Deutschland im Berichtszeitraum weiter sehr hohe Bedeutung. Deutschland ist zweitgrößter bilateraler Geber hinter den USA mit einem Beitrag zum Gesamtbudget von rund 279 Mio. USD (2023) und hatte im Berichtszeitraum den Vorsitz im Exekutivrat inne. Durch seine dezentrale Aufstellung (nur 3 Prozent des Personals am Hauptsitz in Genf) besteht eine besondere personalwirtschaftliche Struktur mit einem hohen Anteil Lokalbeschäftigter. Deutschland ist mit insgesamt 63 Beschäftigten, davon 54 im vergleichbaren höheren Dienst, unter den insgesamt 18.934 Beschäftigten weltweit insgesamt noch angemessen vertreten (Platz acht der Personalsteller), nicht jedoch im Vergleich zu anderen europäischen Mitgliedstaaten wie Frankreich und Italien mit etwa doppelt so vielen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst. Insgesamt steigender Konkurrenzdruck durch Regionen des globalen Südens sowie Chinas und Japans erschwert die anteilige Erhöhung des deutschen Beschäftigtenanteils bei dem allgemeinen Personalaufwuchs von IOM.

Der Frauenanteil bei IOM liegt im Durchschnitt bei 49 Prozent, unter deutschen Beschäftigten bei 65 Prozent. Von Oktober 2023 bis August 2024 war die Deutsche Irena Vojáčková-Sollorano Stellvertretende Generaldirektorin (DDG) ad Interim für Management and Reform. Auf Führungspositionen in zweiter Ebene (D2, D1, P5) waren 2023 neun Deutsche beschäftigt, davon fünf Frauen. Manfred Profazi leitete bis Oktober 2024 das Regionalbüro in Wien. Im November 2024 konnten drei Direktorenstellen (D2) besetzt werden: Lukas Gehrke leitet das Regionalbüro Brüssel, Kim Eling ist Senior Director for Strategy and Organizational Performance und Eva Bolkart Director, Office of Internal Oversight.

Zum Stichtag sind fünf deutsche JPO bei IOM tätig, die Übernahmequote lag zuletzt bei fast 100 Prozent. Im Berichtszeitraum war ein Beschäftigter des BMZ zur IOM nach Genf sekundiert. Im Dezember 2023 hat das ZIF mit IOM eine Sekundierungsvereinbarung geschlossen.

### 3.12 Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)

Als eines der größten Flüchtlingsaufnahmeländer und einer der größten Geber kommt Deutschland eine Sonderrolle im politischen Umfeld und den institutionellen Gremien des UNHCR zu. Entsprechend nimmt Deutschland eine wichtige Brückenfunktion zwischen Gebern und Aufnahmestaaten ein. Am 18.09.2024 beschloss das Bundeskabinett die Nominierung von Herrn Staatssekretär Niels Annen als Kandidat für das Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge.

Bei den Hauptpersonalstellern rangiert Deutschland auf Platz sieben. Andere – auch europäische – Staaten stellen hier eine deutlich höhere Anzahl von Beschäftigten bei erheblich niedrigerer Fördersumme. Insgesamt waren zum Stichtag 153 Deutsche bei UNHCR tätig. Mit einem Frauenteil von 64 Prozent bei den deutschen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst liegt Deutschland deutlich über dem UNHCR-Frauenteil von 48 Prozent. Deutschland hatte im Berichtszeitraum den Vorsitz im Exekutivrat inne.

Auf der zweiten Führungsebene ist Deutschland mit zwei D2-Stellen und fünf D1-Stellen vertreten, jedoch nicht im Spitzenmanagement. Unser personalpolitisches Interesse an Einstellungen bzw. Beförderung von Deutschen auf freiwerdende D2-Stellen wird gegenüber dem Hochkommissar auf höchster politischer Ebene kontinuierlich kommuniziert. Eine gezielte Identifizierung und Förderung deutscher Nachwuchsführungskräfte wurde angestoßen. Besonderes Augenmerk gilt den Beschäftigten auf P5-Ebene (18 Stellen) mit Blick auf einen internen Aufstieg.

Weiterhin sehr gut aufgestellt ist Deutschland im JPO-Bereich. Im Berichtszeitraum waren sieben deutsche JPO bei UNHCR beschäftigt. Die Präsenz konnte zudem in den vergangenen Jahren durch diverse befristete Sekundierungen in der UNHCR-Zentrale verstärkt werden: Im Rahmen der Sekundierungsvereinbarung von 2023 zwischen ZIF und UNHCR unterstützte Deutschland UNHCR durch humanitäre Kurzzeiteinsätze von Sekundierten im Berichtszeitraum mit 4 Sekundierungen (davon 2 Frauen).

Während Deutschland angesichts seiner bedeutenden Rolle auf mittlerer und oberer Führungsebene unterrepräsentiert ist, ist es die europäische Gruppe insgesamt nicht. Zudem drängen die Mitgliedsstaaten des globalen Südens und vor allem die großen Flüchtlingsaufnahmeländer auf eine stärkere Berücksichtigung bei der Besetzung von Führungspositionen. Eine Quotierung zugunsten dieser Staaten ist zu erwarten.

#### 4. NATO: Deutscher Personalanteil in der Organisation des Nordatlantikvertrags

Die deutsche Personalpräsenz in der NATO<sup>25</sup> ist differenziert zu betrachten mit Blick auf den militärischen Anteil (Internationaler Militärstab – IMS und NATO Kommandostruktur (NATO Command Structure, NCS) und die zivilen Elemente (Internationaler Stab, IS) sowie die NATO-Agenturen mit überwiegend zivilen Strukturen.

##### 4.1 Internationalen Militärstab der NATO (IMS) und NATO Kommandostruktur (NCS)

Die deutsche Vertretung im **Internationalen Militärstab der NATO (IMS)** entspricht bei Führungspositionen dem strategischen Ziel einer dauerhaften Vertretung auf der Direktoren-Ebene (insgesamt sechs Direktoren). Deutschland ist auf der Direktorenebene mit Generalmajor Ulf Häussler als Direktor für Abläufe und Planung („Director Operations and Planning“) vertreten. Eine weitere Spitzenposition im IMS wird durch Brigadegeneral Heinz Volker Samans als Leiter des Gemeinsamen Stabes für Luft- und Raumfahrt (Head of Joint Air Power and Space Staff Element, JAPSSSE) wahrgenommen. Die Anzahl der durch DEU besetzten Spitzenpositionen direkt unterhalb der Direktoren-Ebene (B6) wird Mitte 2025 um zwei weitere Positionen aufwachsen (Oberst i.G. Michael Angerer als Stellvertretender Direktor Politik & Fähigkeiten (Deputy Director Policy & Capabilities) sowie Oberst i.G. Heiko Mühlmann als Stellvertretender Informationsverantwortlicher (Deputy Chief Information Officer). Dazu kommen auf der mittleren Führungsebene OF-5 (BesGr A16 und B3) 15 von 53 Dienstposten, welche DEU besetzt waren. In Summe darf das als ausgezeichnete Wert angesehen werden. Insgesamt hat Deutschland im Berichtszeitraum 51 Posten im IMS besetzt, davon fünf Frauen.

Die deutsche Vertretung in der **NATO Kommandostruktur (NCS)** und damit in den dauerhaften („stehenden“) Hauptquartieren der NATO ist angemessen und ausgewogen. So übernimmt Deutschland permanent 22 von 180 „Sternen“ in der NCS. Hierbei rechnet ein „Einsterne-Posten“ (BesGr B6) mit einem Stern und ein „Viersterne-Posten“ (BesGr B10) mit vier Sternen an. Dies ist der zweithöchste Wert nach den USA (27,5 „Sterne“). Insgesamt trägt Deutschland dauerhaft Verantwortung für 937 von 7.670 militärischen Posten in der NCS, was einer Quote von 12 Prozent entspricht. Auch dies ist der zweithöchste Wert nach den USA (16 Prozent). Der Frauenanteil lag bei den deutschen Besetzungen im Berichtszeitraum bei 5 Prozent.

##### 4.2 NATO Internationaler Stab

Im Betrachtungszeitraum ist die NATO in allen Allianzmitgliedsstaaten als potenzieller Arbeitgeber stark in den Fokus gerückt. So konnte 2023 ein deutlicher Bewerberinnen- und Bewerberanstieg für den Internationalen Stab der NATO festgestellt werden: von 13.838 Bewerbungen 2022 folgten bereits 30.900 Bewerbungen 2023 und 2024 noch 26.237 Bewerbungen. Darunter zuletzt 791 und somit etwa 3 Prozent von deutschen Bewerberinnen (319) und Bewerbern; von diesen konnten sich 11 Bewerberinnen und 5 Bewerber durchsetzen.

Im Rahmen der beiden wichtigsten Nachwuchsprogramme der NATO waren 2023 im NATO-Praktikumsprogramm „NATO Internship Programme“ 12 deutsche Praktikantinnen und -praktikanten („Interns“) (darunter 7 Frauen) von insgesamt 120 tätig und 2024 13 (davon 8 Frauen). Das Young Professionals Programme (YPP) befindet sich derzeit in der dritten Ausschreibung mit 13 ausgeschriebenen Posten.

Die Gesamtzahl der budgetierten Stellen des Internationalen Stabs hat sich 2023 um 113 auf 1.452 und 2024 um weitere 107 auf 1.559 Stellen erhöht. Die besetzten Stellen sind von 1.122 in 2023 auf 1.244 in 2024 angestiegen. Die Gesamtzahl der deutschen Beschäftigten im Internationalen Stab liegt derzeit bei 58 (ca. 4,67 Prozent), davon 23 Frauen. Von den Bundesressorts wurden im Berichtszeitraum einschließlich 24 sekundierter VNCs insgesamt 32 Beschäftigte entsandt. Auf der höheren und mittleren Führungsebene (G22+) war Deutschland 2024 mit 13 von 116 Beschäftigten vertreten und liegt damit in dieser Kategorie hinter den USA (15) und gleichauf mit Italien, sowie vor Frankreich und Großbritannien (jeweils 12), Canada (8) und den Niederlanden (7).

Der deutsche Beitragssatz zur NATO-Gemeinschaftsfinanzierung ist ab März 2024 durch den Beitritt Schwedens auf rund 15,9 Prozent (Anfang 2024: 16,3 Prozent) leicht gesunken. Deutschland ist, gemessen daran, dass es neben den USA den höchsten Beitragssatz zahlt, personell unterrepräsentiert. 2024 lag DEU mit 58 Beschäftigten auf Rang fünf hinter Belgien als Sitzstaat (331), Frankreich (124), UK (106) und Italien (99), gleichauf mit

<sup>25</sup> NATO, OECD, Europarat, Europäische Weltraumagentur (ESA), Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW) und Europäische Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) gehören zu den sogenannten Koordinierten Organisationen, die sich in einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss zur Regelung ihres Dienstrechts zusammengeschlossen haben. Die Besoldungsgruppen A5 (neu G22), A6 (neu G23) und A7 (neu G24) decken in etwa die Besoldungsgruppen A16 bis B9 im deutschen öffentlichen Dienst ab. Spitzenpositionen sind sogenannte „Unclassified Officials“, gemeint sind GS, Deputy GS und IEA Executive Director, und liegen über A7 (neu G24).

Rumänien (58); dahinter USA (57) und Kanada (56). Eine direkte Korrelation zwischen Beiträgen zum NATO-Haushalt und Personalanteil besteht im Rahmen der Bestenauslese der NATO allerdings nicht.

Auf Spitzenebene sind mit Boris Ruge als Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik (ASG PASP) und Inga Wegner als Stellvertretende Direktorin des Büro des NATO-Generalsekretärs (Deputy Director Private Office ) zwei politisch wichtige Positionen mit Angehörigen des AA besetzt. Mit Generalmajor Jörg See als „Stellvertretenden Beigeordneten Generalsekretär in der Abteilung Verteidigungspolitik und -planung (Defence Policy and Planning Division, DASG DPP) hatte Deutschland von 2019 bis einschließlich August 2024 eine Schlüsselfunktion im Bereich Verteidigungspolitik und -planung inne. Christina Kornblum, Direktorin Intelligence Production Unit (PU) in der Joint Intelligence and Security Division, nimmt als Deutsche im Internationalen Stab eine wichtige Position im Bereich des Nachrichtenwesens ein.

Der Frauenanteil blieb 2024 stabil bei 44,3 Prozent. Frauen in Führungspositionen verzeichneten einen Rückgang auf 31 Prozent (2023 noch 36 Prozent). Der Gesamtanteil an Bewerberinnen fiel prozentual im Jahr 2023 auf 39 Prozent und verzeichnete einen weiteren Rückgang auf 35 Prozent im Jahr 2024. Insgesamt waren im Jahr 2024 48,4 Prozent der ausgewählten Bewerbungen Frauen, gegenüber 50 Prozent im Jahr 2023.

Die Ressorts können deutsches Personal als nationale Expertinnen und Experten in die NATO als sog. Freiwillige Nationale Beiträge („Voluntary National Contributions“, VNC) entsenden. Das AA sekundiert zivile Expertinnen und Experten im Rahmen des Sekundierungsgesetzes über das ZIF, parallel sekundiert das BMVg Militärangehörige. Deutschland hat in den Jahren 2023 und 2024 mit insgesamt 24 VNCs des ZIF und des BMVg am Standort Brüssel, in Georgien, Irak, der Republik Moldau, Türkei und Bosnien und Herzegowina mit Fachexpertise, insbesondere in den Bereichen Verteidigungspolitik und -planung, Kommunikation, Klimasicherheit, Operationen und Ausbildung unterstützt. Diese Option steht in der Zukunft aufgrund der Personalpolitik der NATO für Posten im NATO HQ immer weniger zur Verfügung. Das ZIF setzte im Berichtszeitraum 17 Sekundierungen (davon 5 Frauen) zur NATO um.

### 4.3 Ausgewählte NATO Agenturen

In den beiden größten Agenturen, der NATO-Kommunikations- und Informationsagentur (NATO Communications and Information Agency, NCIA) sowie der NATO-Unterstützungs- und Beschaffungsagentur (NATO Support and Procurement Agency, NSPA) und weiteren NATO Agenturen gibt es für den Anteil der zivilen Stellen zum großen Teil keine feste Quotierung; die beteiligten Nationen haben keinen direkten Einfluss auf die Stellenbesetzungen. Die militärischen Dienstposten der NCIA unterliegen größtenteils der Quotierung. Hier besetzt Deutschland einen angemessenen Anteil der militärischen Dienstposten. Seit Oktober 2021 ist die Stelle des Direktors der NATO Kommunikations- und Informationsunterstützungseinheit (NATO Communication and Information Support Units „Director CSU“) von Brigadegeneral Ralf Hoffmann besetzt. Betrachtet man nur die Management-Ebene, so ist Deutschland hier, gemessen an der finanziellen Beteiligung, unterrepräsentiert. Dies trifft ebenso auf die Besetzung der nicht quotierten Dienstposten mit Deutschen zu. In der NCIA ist Deutschland mit zwei von 34 zivilen Posten ab der mittleren Managementebene vertreten, in der NSPA mit zwei von 36. In der 2022 neu gegründeten NATO-Agentur Innovationsbeschleunigung im Verteidigungsbereich für den Nordatlantik (Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic, DIANA) ist Deutschland mit dem Leiter des Sekretariats des Verwaltungsrats vertreten, im Aufbaustab der Agentur hatte es den Leiter der Rechtsabteilung (General Counsel) gestellt.

### 4.4 NATO-Einsätze / Operationen

Die NATO-Verbündeten beschlossen im Juli 2016 die Maritime Security Operation SEA GUARDIAN (MSO SG) als Nachfolgeoperation von Operation ACTIVE ENDEAVOUR (OAE). Die Inkraftsetzung erfolgte im November 2016. Deutschland beteiligt sich seitdem mit Einheiten der Marine und dem bei AWACS eingesetzten deutschen Personal (AWACS derzeit an NATO-Ostflanke unpriorisiert). Die deutsche Beteiligung erfolgte bislang vorwiegend in Form von Unterstützungsleistungen („associated support“). Sie leistet mit Lagebilderstellung und Informationsaustausch beim Befahren des Seegebietes im Mandatsgebiet einen wichtigen Beitrag für SEA GUARDIAN. Über das Führungsschiff NATO-Unterstützung Ägäis (siehe 4.4 Einsatzgleiche Verpflichtungen) wird eine durchgängige Beteiligung Deutschlands sichergestellt. Die Mandatsobergrenze beträgt zum Stichtag des Berichts 550 Soldatinnen und Soldaten.

An dem NATO-Einsatz Kosovo Force (KFOR) beteiligt sich Deutschland seit Beginn mit Kräftekontingenten auf Basis der VN-Sicherheitsratsresolution 1244 vom 10.06.1999. Der deutsche Beitrag betrug zum Berichtsstichtag ca. 3.040 Soldatinnen und Soldaten bei KFOR und dem NATO Beratungs- und Verbindungsteam (Advisory

and Liaison Team, NALT). Deutschland ist im Hauptquartier von KFOR, operativ im Bereich Aufklärung, mit einer nationalen Unterstützungsorganisation sowie zusätzlich maßgeblich im Berater- und Verbindungsteam der NATO (NATO Advisory and Liaison Team, NALT) vertreten. Darüber hinaus stellt DEU eine Einsatzkompanie. Die Mandatsobergrenze bei KFOR liegt aktuell bei 400 Soldatinnen und Soldaten.

Deutschland beteiligt sich seit September 2020 im Rahmen des Mandats „Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte – Stabilisierung sichern, Wiedererstarben des IS verhindern, Versöhnung in Irak fördern“ mit Personal (17.03.25: 350) unter anderem an der NATO Mission Irak (NATO Mission Iraq, NMI; Stand zur Datenverfügbarkeit 17.03.25: ca. 35 Soldatinnen und Soldaten, eine über ZIF sekundierte zivile Expertin) an der NMI sowie Operation Inherent Resolve, OIR; Stand 17.03.25: ca. 315 Soldatinnen und Soldaten) der Anti IS Koalition). Schwerpunkt der deutschen Beteiligung NMI ist die Ausbildungsabteilung (Training Development Division), die von einem deutschen Brigadegeneral geführt wird. Ziel von NMI ist die Stärkung des irakischen Sicherheitssektors durch Fähigkeitsaufbau auf strategisch-institutioneller Ebene sowie die Umsetzung der Sicherheitssektorreform. Die Mandatsobergrenze des gesamten deutschen Einsatzkontingentes (NMI und OIR) liegt bei 500 Soldatinnen und Soldaten.

#### **4.5 Einsatzgleiche Verpflichtungen**

Deutschland führt seit Februar 2016 die NATO-Unterstützung in der Ägäis und beteiligt sich mit einer Einheit (Führungsschiff) im Seegebiet. Die NATO-unterstützt mit dem Ständigen Maritimen Einsatzverband 2 (SNMG 2), an dem auch Deutschland beteiligt ist, Griechenland und Türkei in der Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise. Personell variiert der deutsche Beitrag je nach Personalstärke der seegehenden Einheiten zwischen 40 und 250 Soldatinnen und Soldaten.

Zum 01.07.2024 erfolgte Umwandlung der Gemeinsamen Einsatztruppe „Very High Readiness Joint Task Force Maritime (VJTf(M))“ Verbände TG 441.01-4 in die Ständigen Einsatzverbände (SNF) des NATO Force Modell (SNMG 1/2 bzw. SNMCMG 1/2). Deutsche Beiträge zur SNMG 1 sind Teil der Streitkräfte (Eingreifverband „Allied Reaction Force“, ARF) und stehen bei Aktivierung auch für Aufträge im erweiterten Aufgabenspektrum der ARF bereit. Die deutsche Beteiligung mit Booten, Schiffen und Seefernaufklärungsflugzeugen umfasst je nach Personalstärke der beteiligten seegehenden Einheiten und Luftfahrzeuge zwischen 40 und 320 Soldatinnen und Soldaten.

Seit dem 24.01.2017 fungiert Deutschland im Rahmen des Multinationalen Einsatzverbands LITAUEN (Multinational Battle Group LITHUANIA, MN BG LTU), ehemals NATO-Vornepräsenz „enhanced Forward Presence (eFP)“, als Rahmennation. Die MN BG LTU dient der Rückversicherung der baltischen Staaten und Polens und umfasst einen Einsatzverband in jedem dieser Staaten. Der deutsche Anteil an dem -Einsatzverband umfasst durchschnittlich ca. 900 Soldatinnen und Soldaten.

Seit Januar 2025 beteiligt sich Deutschland des Weiteren an der Überwachungsmission „enhanced Vigilance Activity BALTIC SENTRY 2025“ mit einem Minenjagdboot, einer Korvette und Flügen der Seefernaufklärer über der Ostsee.

Ein weiterer nationaler Beitrag zu den vorgenannten NATO-Maßnahmen besteht in einer gesteigerten Präsenz von Booten und Schiffen der Deutschen Marine im Ostseeraum, die unter dem Oberbegriff „BALTIC GUARD“ verstärkt Übungsvorhaben in diesem Seegebiet durchführen und zu einem maritimen Lagebildaufbau und zu den Abschreckungsmaßnahmen der NATO beitragen.

Deutschland beteiligte sich von März bis November 2024 mit rund 300 Soldatinnen und Soldaten sowie fünf Waffensystemen Eurofighter an der Luftraumüberwachung NATO Air Policing im Baltikum.

### **5. Deutscher Personalanteil in Europarat, OECD, OSZE und weiteren multilateralen und regionalen Organisationen**

#### **5.1 Europarat (EuR)**

Deutschland zählt zu den vier Hauptbeitragszahlern und prägenden Stimmen im Europarat. Das Sitzland Frankreich ist personell traditionell am stärksten vertreten, mit Abstand folgen Italien, Großbritannien, Ukraine, Rumänien und dann Deutschland. Der deutsche Personalanteil ist ruhestandsbedingt geringfügig gesunken: Aktuell sind im EuR 91 Deutsche beschäftigt, 55 Prozent davon Frauen. Der deutsche Anteil liegt bei 3,7 Prozent und damit deutlich unter dem Anteil am Haushalt (13 Prozent). Insgesamt liegt Deutschland im Bereich A5-A7 mit

14 Stellen gleichauf mit Frankreich, bekleidet allerdings keine A7-Position. Erfreulicherweise ist ein Zuwachs im Bereich A5 auf zehn Deutsche zu verzeichnen.

Das EuR-Büro in Chisinau wird von einem Deutschen (sekundiert) geleitet. Bis Ende 2023 wurde zudem das Büro in Eriwan von einer deutschen Sekundierten geleitet. Das ZIF hat im Berichtszeitraum 2023 und 2024 9 Beschäftigte (davon sechs Frauen) zum EuR umsetzen können, davon vier Sekundierungen (vier Frauen) in Straßburg, eine Sekundierung (eine Frau) in das Büro des EuR in Tirana, eine Sekundierung (eine Frau) an das Schadensregister der Ukraine in Den Haag, eine Sekundierung (eine Frau) zur Entwicklungsbank des EuR in Paris, sowie die beiden oben erwähnten Büroleiter (Eriwan, Chisinau).

## 5.2 Europäische Weltraumorganisation (ESA)

Von insgesamt 2.859 Beschäftigten der ESA zum 31.12.2024 waren 526 Deutsche. Damit konnte trotz der andauernden Pensionierungswelle, die mit 15 Deutschen im Jahr 2024 wieder moderater ausfiel, die absolute Anzahl der deutschen Beschäftigten gesteigert werden. Unter den 2.722 Beschäftigten des vergleichbaren höheren Dienstes lag der Anteil deutscher Beschäftigter mit 18,3 Prozent weiter unter dem deutschen Finanzierungsbeitrag von 21,8 Prozent. Demgegenüber ist insbesondere Frankreich, gemessen an seinem Finanzierungsbeitrag, weiterhin deutlich überrepräsentiert. Spanien ist inzwischen ausgeglichen und Italien nur noch leicht unterrepräsentiert.

Gleichwohl sank im Berichtszeitraum der relative Anteil deutscher Beschäftigter und deren Anteil an Neueinstellungen, obwohl Bewerbungen aus Deutschland einen Höchststand erreichten. Auf Druck Deutschlands hat die ESA-Exekutive inzwischen Maßnahmen eingeleitet, um den Anteil des deutschen Personals dauerhaft zu steigern. Der Erfolg dieser Maßnahmen wird kontinuierlich von beiden Seiten bewertet.

In der ESA wurden im Berichtszeitraum zwei zentrale Leitungspositionen von Deutschen eingenommen: Mit dem ehemaligen DLR-Programmdirektor Rolf Densing stellt Deutschland seit Anfang 2016 noch mindestens bis Anfang 2027 den ESA-Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC) in Darmstadt. Dr. Dietmar Pilz hat im Mai 2023 sein Amt als Direktor für Technologie, Technik und Qualität und Leiter des Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrums (ESTEC) in Noordwijk, Niederlande angetreten. Die beiden deutschen Direktoren sind an den Standorten ESTEC (1.713 Bedienstete) und ESOC (312 Bedienstete) für rd. 70 Prozent des gesamten ESA-Personals verantwortlich.

Seit November 2022 sind mit Dr. Amelie Schönenwald und Nicola Winter zwei deutsche Frauen in der Reserve der ESA-Astronautinnen und Astronauten. Alexander Gerst und Matthias Maurer sind weiterhin aktiv im Astronautencorps der ESA tätig.

Der Anteil weiblicher Beschäftigter bleibt bei der ESA mit 29 Prozent unverändert gering. Zum Stichtag des Berichts waren insgesamt 52 Stellen in der Besoldungsstufe A6 eingruppiert. Dabei ist der Anteil der von Frauen besetzten A6-Stellen leicht auf 17 Prozent gesunken.

## 5.3 Interpol

Das Generalsekretariat verteilt sich auf den Hauptsitz in Lyon, den Globalen INTERPOL-Komplex für Innovation „INTERPOL Global Complex for Innovation“ in Singapur sowie sechs Regionalbüros in Afrika und Südamerika, drei Ständige Vertretungen (bei der EU, den VN und der AU) und drei Verbindungsbüros in Den Haag bei Europol in Wien bei UNODC und in der Karibik in Bridgetown/Barbados.

Das Interpol-Generalsekretariat (IPSG) beschäftigt rund 1.100 Personen aus über 130 Nationen, davon sind etwa 270 als sog. sekundierte Sachverständige „Seconded Experts“ zum IPSG entsandt. Deutschland stellte bis November 2024 den Interpol-Generalsekretär, Prof. Dr. Jürgen Stock. Im November 2024 wurde Thorsten Kunst als einer von drei europäischen Delegierten in den Exekutivrat der Organisation gewählt. Deutschland ist mit sieben Entsandten aus verschiedenen Strafverfolgungsbehörden (drei des BKA, vier aus insgesamt zwei Bundesländern) vertreten und gehört damit zu den Hauptentsendestaaten. Ferner unterstützt Deutschland das IPSG mit Vertragsbediensteten, darunter zwei Mitarbeitern des BKA.

#### 5.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Zur OECD gehören eine Reihe von Sondergremien und Sondereinheiten („special bodies and special entities“) mit eigenem Mitgliederkreis und eigenen Aufsichts- und Steuerungsgremien, die in der Statistik mitgezählt werden.<sup>26</sup> Deutschland ist drittgrößter Beitragszahler nach den USA und Japan<sup>27</sup> sowie fünftgrößter Personalsteller der OECD<sup>28</sup>. Traditionell stellen die USA und Japan als größte Beitragszahler zwei der vier stellvertretenden Generalsekretäre. Auf OECD-Leitungsebene ist Deutschland derzeit nicht vertreten.

Ende 2023 waren von den 4.249 Beschäftigten (plus 162 gegenüber 2022) aller Laufbahnen 251 Deutsche (minus 7 gegenüber 2022), davon gehörten 207 Beschäftigte der Gruppe der „Officials“, also der regulär Beschäftigten an (plus 12 gegenüber 2022). Dies entspricht einer Quote von ca. 6 Prozent, die damit im Vergleich zu 2022 nahezu unverändert blieb bei einem deutschen Anteil am festgesetzten Budget (ohne freiwillige Beiträge) von 7,5 Prozent. Im vergleichbaren höheren Dienst, den sogenannten A-Graden, waren 177 (2022: 179) Stellen mit Deutschen besetzt (ca. 7,49 Prozent). In Leitungspositionen ab A5 stellte Deutschland zum Stichtag 17 von 207 (2021: 17 von 199).<sup>29</sup> Gut vertreten ist Deutschland auf der Ebene A7 mit zwei Direktoren und einer Direktorin und auf der Ebene A6 mit zwei stellvertretenden Direktorinnen und vier stellvertretenden Direktoren. Insgesamt liegt Deutschland mit 177 Beschäftigten bei den A-Graden prozentual minimal unter seinem Budgetanteil.

2023 waren insgesamt 47 Prozent der deutschen Beschäftigten Frauen. Mit inzwischen 56 Prozent (gleichbleibend seit 2021) insgesamt und 50,8 Prozent (2022: 49,45 Prozent, 2021: 47,8 Prozent) im Bereich der A-Grade ist der Frauenanteil in der OECD 2023 nochmals leicht gestiegen. Bei den höheren Ebenen (A5-A7) beträgt der Frauenanteil in der OECD mittlerweile 47,7 Prozent, in der IEA jedoch lediglich 29,4 Prozent, sodass hier noch Handlungsbedarf besteht.

Über das JPO-Programm waren im Berichtszeitraum insgesamt sechs Deutsche in der OECD beschäftigt. Seit 2011 besteht ein Austauschprogramm des Auswärtigen Amtes mit der OECD. Nachwuchsförderprogramme wie das Carlo-Schmid-Programm bieten deutschen Praktikantinnen und Praktikanten gute Chancen auf eine spätere Karriere in der OECD. Sehr positiv war 2023 der allgemeine Anstieg von Praktikantinnen und Praktikanten auf 257 (2022: 200). Deutschland belegte in dieser Gruppe mit 16 Personen (2022: 22) den vierten Platz hinter Frankreich, Italien und Spanien und ist somit etwas zurückgefallen.

#### 5.5 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Zur OSZE gehören neben dem Sekretariat in Wien drei unabhängige Institutionen mit Sonderaufgaben: der Hochkommissar für Nationale Minderheiten (HKNM) in Den Haag, das Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) in Warschau und die Beauftragte für Medienfreiheit (RFOM) in Wien. Deutschland ist nach den USA der zweitgrößte Beitragszahler der OSZE und trägt rd. 11 Prozent des Haushalts. Deutschland stellte mit Helga Maria Schmid bis September 2024 die OSZE-Generalsekretärin.

Die OSZE weist aus personalpolitischer Hinsicht einige Besonderheiten auf. So versteht sich die OSZE als Non-Career-Organisation und hat deshalb eine Beschäftigungshöchstdauer von zehn Jahren. Die OSZE hat nur wenige vertragliche, vollständig durch die Organisation bezahlte Positionen. Hier liegt der deutsche Anteil bei 2,2 Prozent. Der Großteil des Personals wird von den 57 Teilnehmerstaaten zur OSZE sekundiert, hauptsächlich in die 12 OSZE-Feldmissionen. 2024 betrug die Zahl der deutschen Beschäftigten in der OSZE 36, davon 18 Frauen. Der deutsche Anteil unter den internationalen Beschäftigten im vergleichbaren höheren Dienst lag zum Stichtag bei 6 Prozent und damit leicht unter dem Vorjahr (7,8 Prozent). Bei den Feldmissionen ist Deutschland mit zwei Missionsleitungen (Kasachstan, Nordmazedonien) und drei stellvertretenden Missionsleitungen (Moldau, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo) vertreten. Damit ist Deutschland insgesamt gut aufgestellt.

Deutschland nimmt nicht am JPO-Programm der OSZE teil. Im Büro des HKNM sowie bei dem RFOM ist Deutschland jeweils mit einer Sekundierten vertreten.

<sup>26</sup> APF, DEV, FATF, ECMT, ITF, IEA, PDG, NEA, SAH. Secretary-General's Report to Ministers 2018.

<sup>27</sup> Vor Großbritannien und Frankreich

<sup>28</sup> Nach Frankreich, Italien Großbritannien und USA.

<sup>29</sup> Die OECD gehört zu den sogenannten Koordinierten Organisationen, die sich in einem gemeinsamen Koordinierungsausschuss zur Regelung ihres Dienstrechts zusammengeschlossen haben.

## 5.6 Regionale Entwicklungsbanken (AfDB, ADB, AIIB, EBRD, IDB)

Die **Afrikanische Entwicklungsbank (AfDB)** beschäftigt zum Stichtag insgesamt 2.186 Personen, davon 39 Prozent Frauen. Rund 60 Prozent der Beschäftigten sind am Hauptsitz der Bank in Abidjan tätig, während rund 40 Prozent auf mehr als 40 Länder- und fünf Regionalbüros, sowie eine Außenrepräsentanz in Tokio verteilt sind. Der deutsche Personalanteil liegt mit rund 0,5 Prozent (drei Mitarbeiterinnen und sechs Mitarbeiter – ohne Vertretung im Aufsichtsrat) deutlich unter dem deutschen Kapitalanteil (rund 4 Prozent). Mit lediglich einem Direktor und zwei Führungskräften auf Managementebene „Lead Officers“ ist Deutschland auch in Führungspositionen unterrepräsentiert. Dr. Daniel Schroth ist als Direktor für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz der höchstrangige Deutsche. Das Management der Bank signalisiert Interesse an mehr Deutschen im Stab. Auch angesichts der rund 10 Prozent unbesetzten Stellen sind die Chancen für eine zukünftige Beschäftigung grundsätzlich gut, allerdings wächst der Verwaltungshaushalt der Bank nur langsam. Neben dem etablierten Praktikumsprogramm und dem Young-Professionals-Programm der Bank arbeitet das Management der Bank derzeit an einem Rahmen für das deutsche JPO-Programm. Erstmals wurde die AfDB mit sieben Stellen auch in die Ausschreibung des Carlo-Schmid-Programms für den Programmzyklus 2025/26 aufgenommen.

Die **Asiatische Entwicklungsbank (ADB)** mit Hauptsitz in Manila beschäftigt zum Stichtag insgesamt 44.141 Personen. Deutschland als Gründungsmitglied der ADB steht an neunter Stelle der Anteilseigner mit einem Kapitalanteil von 4,3 Prozent. Dem entspricht weiterhin nicht der deutsche Anteil von 1,4 Prozent am Gesamtpersonal der ADB. Deutschland besetzt mit dem Treasurer Tobias Hoschka und vier herausgehobenen Funktionen auf Direktorebene Spitzenpositionen. Derzeit beschäftigt die ADB 57 Deutsche, Frauen sind mit nur 15 Positionen dabei deutlich unterrepräsentiert. Gegenwärtig gibt es drei deutsche JPO bei der ADB.

Deutschland ist mit einem Kapitalanteil von rund 4,6 Prozent als Gründungsmitglied und größter nicht-regionaler Anteilseigner an der 2015 gegründeten **Asiatischen Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)** beteiligt.<sup>30</sup> China ist größter Anteilseigner mit rd. 30,6 Prozent. Im Senior Management ist Deutschland seit August 2021 durch Herrn Dr. Ludger Schuknecht als einem von fünf ab 2025 vier- Vizepräsidenten und auf diese Weise hochrangig auf der Führungsebene der Bank vertreten. Aktuell kommen insgesamt zwölf AIIB-Beschäftigte aus Deutschland. Damit liegt der deutsche Personalanteil in der Bank bei 1,9 Prozent (646 Beschäftigte insgesamt, Stand: 31.12.2024). Dies liegt nicht nur unter dem deutschen Kapitalanteil, sondern ist aufgrund des stark wachsenden Personalkörpers weiterhin abnehmend. Nach wie vor erweist sich die Gewinnung und vor allem auch die Bindung internationalen Personals für die AIIB mit ihrem Sitz in Peking als Herausforderung. Dies gilt nicht zuletzt vor dem Hintergrund beschränkter Arbeitsmöglichkeiten für miteinreisende Partner in Peking. In den nächsten Jahren, in denen die Bank auch weiter Personal aufbauen will, soll der deutsche Personalanteil möglichst gehalten bzw. möglichst wieder gesteigert werden. Dies wäre ggf. auch im Rahmen von Entsendungen möglich. Besonders gefragt dürften hierbei Bewerberinnen und Bewerber mit internationaler banken- und finanzwirtschaftlicher Expertise sein. Die AIIB sieht nach eigener Auskunft vor allem für Stellen im mittleren Management / auf Ebene Senior Experts Handlungsbedarf.

Mit einem Kapitalanteil von 8,5 Prozent liegt Deutschland im Vergleich mit anderen großen Anteilseignern an der **EBRD (European Bank for Reconstruction and Development)** zusammen mit Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan auf Platz zwei hinter den USA (10 Prozent). 2024 arbeiteten 105 Deutsche in der EBRD, darunter 71 im vergleichbaren höheren Dienst. Damit liegt Deutschland auf dem sechsten Rang der Nationalitäten unter den Beschäftigten hinter Großbritannien, Russland, der Ukraine, Frankreich und Italien. Bei der EBRD liegt der deutsche Personalanteil mit 3 Prozent (Stand 31.05.2024) weiterhin unterhalb des deutschen Kapitalanteils. Die deutsche Präsenz in der Leitungsebene der Bank spiegelt in etwa die Gesamtrepräsentanz im Arbeitsstab wider. Im Segment „Senior Management“ stellt Deutschland sieben der insgesamt 128 Führungspositionen und damit deutlich weniger als Großbritannien (35) und etwas weniger als Frankreich (10). Auf der höheren Managementebene („Senior Leadership Group“) ist Deutschland mit vier Abteilungsleiterinnen und -leitern „Managing Directors“ von insgesamt 27 Stellen vertreten. Mit Jürgen Rigterink ist seit 2018 ein Deutscher der Erste Vizepräsident für das operative Geschäft und Stellvertreter der EBRD Präsidentin. Bei den VP-Positionen konnte mit der Besetzung der neuen CFO-Position (ab 01.07.2024) durch einen Deutschen ein weiterer Erfolg erzielt werden. Der Frauenanteil deutscher Beschäftigter im vergleichbaren höheren Dienst liegt mit 58 Prozent über dem Durchschnitt der Bank (56 Prozent). Zum Stichtag sind zwei deutsche JPOs in der EBRD tätig.

<sup>30</sup> Knapp über die Hälfte der Mitglieder (110) der seit Januar 2016 operativen multilateralen Finanzinstitution mit Sitz in Peking stammt aus der Region.

Die **Inter-Amerikanische Entwicklungsbank (IDB)** zählte zum Stichtag 2.082 Beschäftigte in Washington und den Länderbüros, die mehrheitlich aus den Mitgliedsstaaten aus der Region stammen. Der Anteil des deutschen Personals am internationalen Stab der IDB liegt mit 23 Beschäftigten daher bei knapp 1,1 Prozent. Verglichen mit einem Kapitalanteil von knapp 1,9 Prozent ist Deutschland in der IDB bei konstanten Beschäftigtenzahlen personell unterrepräsentiert. Bislang erscheint die IDB aus Sicht deutscher Bewerberinnen und Bewerber weniger attraktiv zu sein als z. B. die global ausgerichtete Weltbankgruppe. Ein Grund dafür sind besonders hohe Fremdsprachenanforderungen (Englisch und Spanisch). Der Frauenanteil unter deutschen Beschäftigten beträgt 43 Prozent (IDB und IIC gesamt 52,7 Prozent). Darüber hinaus sind 739 internationale Beraterinnen – und berater („Consultants“, Frauenanteil 57,8 Prozent) bei IDB und IIC beschäftigt. Zwei deutsche JPO sind im Berichtszeitraum bei der IDB beschäftigt (Frauenanteil 100 Prozent).

## **B. Förderung Deutscher Bewerberinnen und Bewerber für Internationale und Europäische Institutionen**

### **1. Das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt**

Die Maßnahmen zur Erhöhung des deutschen Personalanteils in internationalen Organisationen werden innerhalb der Bundesregierung abgestimmt. Eine Schlüsselrolle kommt dem Koordinator für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt zu. Er leitet das Team für Internationale Personalpolitik im Auswärtigen Amt, das folgende Ziele verfolgt:

- (1) bei hochrangigen Kandidaturen die Abstimmung im Ressortkreis erleichtern und Entscheidungen für strategische Personalprioritäten der Bundesregierung vorbereiten;
- (2) die Vernetzung der deutschen Beschäftigten in internationalen Organisationen fördern;<sup>31</sup>
- (3) das Interesse der Fach- und Führungskräfte an beruflichen Perspektiven in internationalen Organisationen wecken bzw. intensivieren;
- (4) Interessierte in Kooperation mit dem BFIO, den Fachreferaten- und Fachressorts sowie den Auslandsvertretungen auf das Bewerbungsverfahren vorbereiten und unterstützen;
- (5) an Auswahl und Betreuung der JPO mitwirken

Die wichtigsten Instrumente für die Information der interessierten Öffentlichkeit sind:

- In der Datenbank „Internationale Stellen- und Personalpool“ ( [www.jobs-io.de](http://www.jobs-io.de)) mit rund 1,8 Mio. Zugriffen jährlich werden regelmäßig rund 1.000 Stellenausschreibungen in über 200 internationalen Organisationen eingestellt. 2024 wurden insgesamt 14.000 Vakanzen veröffentlicht. Der Pool eröffnet die Möglichkeit, zielgenau nach verschiedenen Kriterien zu suchen und wöchentlich auf das jeweilige Profil zugeschnittene Ausschreibungen per Mail zu erhalten. Zum Stichtag hatten rund 1.650 Interessierte ein Suchprofil im Pool angelegt (Frauenanteil 49 Prozent).
- Die „Karrieremesse Internationale Organisationen“ wird jährlich ausgerichtet. Seit der Covid-19 Pandemie findet die Messe online und mit dadurch erheblich größerer Reichweite statt. 2023 und 2024 nutzten je rund 60 internationale Organisationen das Messeangebot, um Nachwuchskräfte aus Deutschland zu werben. An der 18. und 19. Karrieremesse 2023 und 2024 nutzen jeweils über 4.000 registrierte Besucherinnen und Besucher die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme und zur Information über Einstiegs- und Karrieremöglichkeiten.
- Über die Webseite und Rundmails an Multiplikatoren informiert das Team für internationale Personalpolitik über Einstiegspositionen, Praktikantenprogramme und Webinars im Bereich der internationalen Organisationen und weist auf entsprechenden Auswahlverfahren in internationalen Organisationen und europäischen Institutionen hin. Zur Erhöhung des Frauenanteils werden zielgerichtet Ausschreibungen an Frauennetzwerke versandt.
- Soziale Medien: über die öffentliche Seite des LinkedIn Accounts des Koordinators, sowie die Nutzung der Sozialen Medien des Auswärtigen Amts und der Auslandsvertretungen wie Instagram, X (ehemals Twitter) und Facebook wird für Tätigkeiten in internationalen Organisationen, spezielle Ausschreibungen, Programme und Veranstaltungen geworben.

---

<sup>31</sup> Details siehe unter Kapitel C.3.

Um die internationale Personalpolitik der Bundesregierung zu unterstützen, berät das BFIO in Kooperation mit dem Auswärtigen Amt deutsche Interessentinnen und Interessenten unterschiedlichster Fachgebiete und Karrierestufen zu beruflichen Perspektiven bei Internationalen Organisationen und begleitet sie während des Bewerbungsprozesses. Das BFIO bearbeitet jährlich etwa 3.000 Anfragen – von der Hochschulabsolventin bis hin zur langjährigen internationalen Führungskraft.

Neben einem breiten Informationsangebot in Form von Broschüren, Flyern, Videos mit Portraits von Deutschen in internationalen Organisationen, dem Webauftritt [www.bfio.de](http://www.bfio.de) sowie über einen eigenen LinkedIn Kanal berät das BFIO verstärkt auch bei individuellen Bewerbungen. Zudem ist das BFIO auf Karriere- und Jobmessen aktiv.

In engem Zusammenwirken mit dem Koordinator für internationale Personalpolitik ist das BFIO ein Bindeglied zwischen Bewerberinnen und Bewerbern und den Fachressorts der Bundesregierung sowie den Auslandsvertretungen. Jährlich werden etwa 450 Bewerbungen von deutschen Fach- und Führungskräften bei internationalen Organisationen begleitet. Die Vorbereitung von Bewerberinnen und Bewerbern auf Auswahlgespräche zeigt gute Erfolge.

Ein weiteres zentrales Aufgabenfeld des BFIO ist die operative Umsetzung des „Junior Professional Officer-Programms (JPO-Programm)“ im Auftrag der Bundesregierung (Federführung beim BMZ). Das BFIO ist verantwortlich für Personalwerbung und -marketing, Vorauswahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten, Durchführung der Auswahlverfahren mit den beteiligten Ressorts, administrative und organisatorische Betreuung der JPO während der Programmdauer, Verwaltung der vom BMZ übertragenen Haushaltsmittel, Wirkungsmessung und Evaluation sowie Aufbau und die Pflege eines JPO-Alumni-Netzwerks.

## 2. Gezielte Unterstützung bei EU-Bewerbungen

Für Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Auswahlverfahren der EU bietet das AA Vorbereitungsseminare, Webinare und Coachings durch einen externen Dienstleister an. Diese werden stark nachgefragt und positiv bewertet. Sie tragen u. a. dazu bei, dass die Quote der Deutschen, die das Verfahren erfolgreich absolvieren, regelmäßig deutlich über dem Bewerberanteil liegt. An einer EU-Karriere Interessierte werden von AA und der Ständigen Vertretung bei der EU (StäV EU) zudem individuell beraten.

Auch nach der erfolgreichen Teilnahme an den Auswahlwettbewerben unterstützen das AA und die StäV EU die sog. Laureatinnen und Laureaten bei der Suche nach einer Stelle in den EU-Institutionen und helfen bei der persönlichen Vernetzung mit anderen EU-Bediensteten. Interessierte können zudem auf der Internetseite des AA den **E-Mail-Newsletter** „Deine Karriere in Europa“ abonnieren, der monatlich z. B. über Auswahlverfahren, Vorbereitungsseminare oder Stellenausschreibungen informiert. Im Februar 2025 startete ein Kanal auf LinkedIn. Darüber hinaus lässt das AA umfangreiches Informationsmaterial zu EU-Karrieren herstellen und an Universitäten und Interessierte verteilen.

Zusätzlich werben an Universitäten sogenannte EU-Karriere-Botschafterinnen und -botschafter „**EU Careers Ambassadors**“ für eine Karriere in den EU-Institutionen. Die teilnehmenden Studentinnen und Studenten werden vom Europäischen Amt für Personalauswahl (EPSO) ausgewählt und geschult; sie beraten anschließend Studierende an ihren Universitäten und auf Karrieremessen zu den Möglichkeiten einer EU-Karriere. Das AA finanziert dieses EU-Programm zusammen mit seiner Kooperationspartnerin, der Europäischen Bewegung Deutschland. Im Jahrgang 2024/25 gibt es an 15 Universitäten jeweils eine Botschafterin oder einen Botschafter dieses Programms, für den nächsten Jahrgang soll diese Zahl auf 20 erhöht werden.

Deutschen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren werden regelmäßig Kontakte zur Ableistung der Wahl- oder Verwaltungsstation in den EU-Institutionen, insb. der Kommission und dem Gerichtshof der EU, vermittelt.

### 3. Förderung der Bundesregierung für Nachwuchs bei internationalen und europäischen Institutionen

#### 3.1 Junior Professional Officer-Programm (JPO-Programm)

Das JPO-Programm<sup>32</sup> ist das wichtigste Instrument der Bundesregierung, um langfristig den deutschen Personalanteil in internationalen Organisationen zu festigen und perspektivisch zu erhöhen. Es ist an den Grundsätzen und Zielen der deutschen Außen- und Entwicklungspolitik ausgerichtet.

Unter Federführung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) ermöglicht das **JPO-Programm** geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern, fundierte Berufserfahrung in internationalen Organisationen zu erwerben und damit eine zentrale Einstiegsvoraussetzung für eine internationale Karriere zu erfüllen. Dabei werden die JPO für spezifische Stellenprofile ausgewählt und erhalten einen regulären VN-Arbeitsvertrag (P2-Ebene im VN-System) bzw. vergleichbare Verträge bei Regional- und Entwicklungsbanken. Um den Beitrag zu den außen- und entwicklungspolitischen Schwerpunkten strategisch auszurichten, wurde das Programm in den letzten Jahren kontinuierlich angepasst und eng inhaltlich und organisatorisch eingebettet in die Bereiche „Internationale Personalpolitik“ des BMZ, des AA und der Fachressorts. Die Zahl derjenigen, die direkt nach ihrer JPO-Zeit Anschlussverträge erhielten, bleibt weiter in einem hohen Bereich (rund 75 Prozent). Eine Herausforderung ist auch hier der zunehmende Wettbewerb auf dem nationalen und internationalen Arbeitsmarkt sowie das deutliche Ansteigen der Personalkosten im multilateralen Kontext.

Alle teilnehmenden Bundesressorts wirken mit den die Stellen vorschlagenden Auslandsvertretungen an der Identifizierung geeigneter JPO-Stellen und der Kandidatinnen- und Kandidatenauswahl mit. Sie betreuen und unterstützen die deutschen JPO eng. Die fachliche Ausrichtung und politische, insbesondere entwicklungspolitische, Bedeutung der ausgewählten JPO-Stellen für die beteiligten Ressorts sind von zentraler Bedeutung. Dazu gehörten im Berichtszeitraum die Prioritäten der 20. Legislaturperiode, insbesondere die Umsetzung der Agenda 2030 und damit eng verbundene Bereiche wie etwa Menschenrechte, Friedenssicherung, Ernährungssicherung, Flucht und Migration, Klimaschutz und gerechter Wandel („Just Transition“), feministische Außen- und Entwicklungspolitik oder globale Gesundheit, Krisenprävention und Stabilisierung, aber auch weitere politische Prioritäten der Bundesregierung.

Das Programm wird aus Mitteln des BMZ in Höhe von bisher jährlich rund 21 Mio. Euro finanziert. Hiermit werden bis zu 60 Stellen neu besetzt, so dass auch im Berichtszeitraum regelmäßig zwischen 170 und 180 Deutsche als JPO tätig waren. Seit 1976 wurden über 2.600 deutsche JPO von der Bundesregierung gefördert. Die gesamte administrative Abwicklung des JPO-Programms liegt beim Büro Führungskräfte zu Internationalen Organisationen (BFIO) der Bundesagentur für Arbeit (in enger Abstimmung mit dem für das JPO-Programm federführend zuständigen BMZ). Zum Netzwerkausbau zwischen den JPO und der Bundesregierung finden regelmäßige Veranstaltungen in Bonn, Berlin und an Hauptstandorten der Internationalen Organisationen New York, Genf, Rom und Wien statt, in Präsenz und virtuell.

#### 3.2 Carlo-Schmid-Programm (CSP)

Das Carlo-Schmid-Programm wurde im Berichtszeitraum vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) in Zusammenarbeit mit der Studienstiftung des deutschen Volkes durchgeführt. Das Programm richtet sich an sehr qualifizierte Studierende und Graduierte und gibt ihnen die Möglichkeit, sich in einem Praktikum mit den Problemstellungen und Arbeitsweisen in internationalen Organisationen und EU-Institutionen vertraut zu machen. Während des Praktikums sammeln die Stipendiatinnen und Stipendiaten Erfahrungen, erweitern ihre interkulturelle Kompetenz und nutzen die Möglichkeit, sich wichtige berufliche Netzwerke aufzubauen. Dies alles verbessert die Voraussetzungen und Chancen für eine spätere Beschäftigung im internationalen Bereich. Das AA sowie der Tönissteiner Kreis leisten aktive Hilfestellung bei der Betreuung der Stipendiatinnen und Stipendiaten vor Ort. Das CSP genießt bei Bewerberinnen und Bewerbern, Ressorts und internationalen Organisationen sehr hohes Ansehen. Das CSP wird überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung finanziert. Die im Berichtszeitraum verausgabten BMBF-Mittel beliefen sich auf rund 2,64 Mio. Euro.

---

<sup>32</sup> Das JPO-Programm war früher bekannt als „Programm Beigeordnete Sachverständige“. JPO werden international auch als „Associate Experts (AE)“ bezeichnet.

Die Bewerbungszahl blieb auch im Berichtszeitraum mit rund durchschnittlich 680 Bewerbungen pro Jahr auf sehr hohem Niveau und verzeichnete mit 751 Bewerbungen im Jahr 2024 zuletzt nochmal einen deutlichen Anstieg. In den Jahren 2023 und 2024 konnten insgesamt 235 qualifizierte Studierende und Graduierte mit einem DAAD-Stipendium für ein Praktikum in einer internationalen Organisation, einer EU-Institution oder einer ausgewählten Nichtregierungsorganisation gefördert werden. Der Frauenanteil lag bei 68 Prozent.

### 3.3 Mercator Kolleg für internationale Aufgaben

Das Mercator Kolleg für internationale Aufgaben ist ein Förderprogramm der Studienstiftung des deutschen Volkes und der Stiftung Mercator in Kooperation mit dem AA. Rektorin des Mercator Kollegs ist Botschafterin a.D. Sabine Sparwasser, die im September 2024 Botschafter a.D. Dr. Klaus Scharioth nachfolgte. Im Fokus des 2024 neu ausgerichteten Programms stehen das intersektorale und interdisziplinäre Lernen und Arbeiten sowie der überregionale Perspektivwechsel. Ziel des Kollegs ist die Qualifizierung deutschsprachigen, international und intersektoral vernetzt denkenden Personals für verantwortungsvolle Positionen in global agierenden Organisationen, d.h. internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen, aber auch Unternehmen und Think Tanks. Ein hoher Anteil der ehemaligen Teilnehmerinnen und Teilnehmer arbeitet bei internationalen Organisationen, NGOs oder deutschen Institutionen in internationalem Kontext. Das Mercator Kolleg fördert ab 2025 jährlich 20 deutschsprachige Berufserfahrene mit Masterabschluss oder Promotion aller Fachrichtungen. Während des zwölfmonatigen Programms erhalten die Kollegiatinnen und Kollegiaten ein monatliches Stipendium in Höhe von bis zu 3.000 Euro und können in zwei bis drei selbst gewählten internationalen oder supranationalen Organisationen, in global tätigen NGOs, Think Tanks oder Unternehmen weltweit ihre Expertise einbringen und neue Perspektiven sammeln. Eine selbst entworfene praktische Fragestellung bestimmt als Projektvorhaben die Wahl der Arbeitsstationen weltweit, begleitet von einem qualifizierenden Seminarprogramm. Der 15. Jahrgang 2022/23 umfasste 14 Kollegiatinnen und sechs Kollegiaten, der 16. Jahrgang ab Januar 2025 sieben Kollegiatinnen und 13 Kollegiaten.

### 3.4 Ausgewählte weitere deutsche Nachwuchsförderprogramme

Einige Bundesministerien ermöglichen Absolventinnen und Absolventen der EU-Auswahlverfahren im Rahmen einer vorübergehenden Beschäftigung wichtige Berufserfahrungen bei der Umsetzung und Koordinierung der EU-Politik zu sammeln (**Laureatenprogramm**).

Das **EZ-Traineeprogramm** ist ein Nachwuchsförderungsprogramm des BMZ, welches die GIZ im Auftrag des Ministeriums durchführt. Das Programm bietet eine 17-monatige standardisierte Ausbildung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit jeweils 3 Praxisstationen an, wobei eine davon in der Regel bei einer internationalen Organisation oder Entwicklungsbank absolviert wird. Den 20 jährlich teilnehmenden EZ-Trainees werden Kenntnisse zu Strukturen, Akteure und Funktionsweise der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) vermittelt. Sie verfügen nach Programmabschluss über Fach-, Management- und Führungskompetenzen, um Positionen in deutschen und internationalen Organisationen der EZ zu übernehmen und so zur erfolgreichen Umsetzung der entwicklungspolitischen Ziele der Bundesregierung beizutragen.

## C. Netzwerkinstrumente der Internationalen Personalpolitik

### 1. Virtuelle Konferenzformate

Die pandemiebedingte Umstellung auf virtuelle Konferenzformate wurde aufgrund der deutlich erhöhten Reichweite beibehalten. Durch die Verwendung digitaler Plattformen wurden deutsche IO-Beschäftigte weltweit erreicht und in ein virtuelles Netzwerk eingebunden. Im Berichtszeitraum standen Helga Barth, Beauftragte für Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung zum Thema „Feministische Außenpolitik“, Florian Laudi, Beauftragter für Vereinte Nationen und Terrorismusbekämpfung zum Thema „50 Jahre Deutschland in den VN“ und Maria Adebahr, Beauftragte für Cyberaußen- und Cybersicherheitspolitik zum Thema „Cyberaußen- und Cybersicherheitspolitik“ für Diskussionen zur Verfügung. Daneben bot der Koordinator für Internationale Personalpolitik wiederholt Gespräche zu praktischen Fragen der Personalpolitik an.

### 2. Treffen hochrangiger Deutscher in internationalen Organisationen

Die zweite Säule der Vernetzungsaktivitäten bildete die jährliche Einladung von deutschem Personal in internationalen Organisationen nach Berlin, die sog. „**Direktorinnen-/Direktorenreise**“. Hierzu werden hochrangige Deutsche, die Leitungs- bzw. Direktorenposten bekleiden, zu einem zweitägigen hochrangig besetzten Seminarprogramm nach Berlin eingeladen. Das Format trägt seit Jahren aktiv dazu bei, den Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundesregierung und Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu fördern.

2023 und 2024 fand jeweils eine Reise statt. 2023 waren acht Direktorinnen und acht Direktoren zum Thema „50 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“ eingeladen. Im darauffolgenden Jahr kamen zwölf Direktorinnen und fünf Direktoren für ein Programm mit dem thematischen Schwerpunkt „Summit of the Future“ („Zukunftsgipfel“) nach Berlin. Nach themenspezifischen Rundtischgesprächen im Auswärtigen Amt nahmen die Gäste an Gesprächsformaten im Bundestag, Bundeskanzleramt und in Bundesministerien teil.

Für hochrangige Deutsche in EU-Institutionen gibt es eine eigene „Direktorinnen-/Direktorenreise“ mit den gleichen Zielen des Austauschs und der Vernetzung mit den europapolitisch zentralen Ressorts sowie dem Europaausschuss des Deutschen Bundestags. Im Berichtszeitraum wurde diese Reise zweimal durchgeführt: 2023 zum Thema „Feministische Außenpolitik und EU-Außenpolitik“ mit 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern und 2024 mit 13 Reisenden zum Thema „Institutionelle Reformen und EU-Erweiterung“.

### 3. Weitere Netzwerkaktivitäten

**Karrierenetzwerk auf LinkedIn:** Das Team der internationalen Personalpolitik ist insgesamt mit rund 3.600 Kontakten auf LinkedIn vernetzt. In der geschlossenen LinkedIn-Gruppe des Koordinators für internationale Personalpolitik, werden rund 1.500 registrierte Beschäftigte aus internationalen Organisationen mit Veranstaltungstipps, Einladungen sowie Neuigkeiten zu Rahmenbedingungen versorgt und können eigene Posts einstellen, auf Vakanzen in ihren Organisationen hinweisen oder sich auch zu Einschätzungen und Erfahrungen austauschen. Im Berichtszeitraum wurde zudem der LinkedIn-Kanal „Deine Karriere in der EU“ des Auswärtigen Amtes vorbereitet, der im Februar 2025 startete, über aktuelle Ausschreibungen der EU-Institutionen unterrichtet und über Karrierewege in der EU informiert.

**Den elektronischen Newsletter „Eine Karriere in Europa“** versendet das Auswärtige Amt regelmäßig an über 21.000 Personen, darunter Multiplikatoren wie Alumni-Netzwerke, politische Stiftungen, DAAD, Stiftung Mercator und andere. Er bietet aktuelle Informationen zu EU-Auswahlverfahren, Vorbereitungsmaßnahmen und sonstige Einstiegsmöglichkeiten für EU-Karrieren (z. B. Praktika, Ausschreibungen für Zeitverträge).

**Netzwerktreffen der Ressorts:** Zahlreiche Ministerien bieten für Beschäftigte einzelner internationaler Organisationen im jeweiligen Zuständigkeitsbereich Veranstaltungen zum Meinungs- und Informationsaustausch, häufig im zeitlichen Zusammenhang mit Besuchen der Leitungsebene am jeweiligen Standort der internationalen Organisation. Dort wird über fachpolitische Entwicklungen und die Interessenlage aus Sicht der Bundesregierung informiert.

**Netzwerkpflege der Ständigen Vertretungen (StäV) bei den verschiedenen internationalen Organisationen und der Europäischen Union:**<sup>33</sup> Neben den konkreten Maßnahmen zur Erhöhung des deutschen Personalanteils, bieten deutsche Auslandsvertretungen – insbesondere die StäV – zahlreiche Netzwerkmöglichkeiten für deutsche Beschäftigte an. Die **StäV EU in Brüssel** pflegt verschiedene hierarchieübergreifende Netzwerke u. a. mit dem Ziel, Beschäftigte aller Karrierestufen auf ihrem Karriereweg in den EU-Institutionen zu unterstützen. Zur Stärkung des Frauenanteils in Führungspositionen hat die StäV das gemeinsam mit dem Netzwerk von Frauen in EU-Managementpositionen ins Leben gerufene Mentoringprogramm weiter ausgebaut und erreicht damit jährlich 50 Frauen. Die **StäV bei den VN in New York** nutzt die Reisetätigkeit von Kabinettsmitgliedern und höheren Beamtinnen und Beamten der Bundesregierung regelmäßig für Treffen in unterschiedlichen Formaten mit deutschen Beschäftigten im VN-System. Im Interesse der Nachwuchsförderung findet eine enge Betreuung der deutsche JPOs statt, von thematischen Angeboten, z. B. zum besseren Verständnis von VN-Auswahlprozessen über Einzelberatungen bis zur Organisation informeller Netzwerkveranstaltungen für JPOs, ehemalige JPOs aber auch Carlo-Schmid-Stipendiatinnen und -Stipendiaten. Die **StäV bei den VN und den anderen internationalen Organisationen in Genf** pflegt den Kontakt zu deutschem Personal, einschließlich JPOs, in den jeweiligen Organisationen in verschiedenen Formaten und nutzt hierfür regelmäßig auch Gelegenheiten, die sich im Rahmen hochrangiger Besuche aus Deutschland ergeben.

Netzwerktreffen wurden im Berichtszeitraum auch von den weiteren Ständigen Vertretungen und bilateralen Auslandsvertretungen an dem jeweiligen Sitz internationaler Organisationen durchgeführt.

#### **Netzwerkaktivitäten des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF)**

Das **ZIF** fördert die Netzwerkbildung unter den sekundierten Deutschen in Friedensmissionen und Kriseneinsätzen durch verschiedene Ansätze:

- In Friedenseinsätzen mit ZIF-Sekundierten benennt das ZIF zivile Koordinatorinnen und Koordinatoren, führt regelmäßige Kontingenttreffen durch und fördert Personalentwicklung durch thematische Veranstaltungen, Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen, teilweise in Kooperation mit polizeilichen und militärischen Partnern.
- Über regionale ZIF-Netzwerke in Deutschland wird die Vernetzung für nicht im Einsatz befindliche Expertinnen und Experten gefördert.

Ein besonderer Fokus wurde im Berichtszeitraum auf die Fürsorge, Kontakt- und Netzwerkpflege gelegt, um einen engen Kontakt innerhalb dieser Gruppe und zur Bundesregierung sicherzustellen.

---

<sup>33</sup> Hier handelt es sich um Beispiele: auch an anderen bilateralen Botschaften und Ständigen Vertretungen finden regelmäßig Netzwerkaktivitäten statt.

## D. Umsetzung des Personalrahmenkonzepts der Bundesregierung zur Internationalen Personalpolitik

Das Personalrahmenkonzept der Bundesregierung von 2007<sup>34</sup> mit dem Ziel einer strategischen Entsendepolitik von Bediensteten definiert Mindeststandards in zentralen Fragestellungen der internationalen Personalpolitik und schlägt Maßnahmen zu deren Erreichung vor. Die vierteljährliche Ressortrunde Internationale Personalpolitik tauscht sich in regelmäßigen Abständen zur Umsetzung dieses Konzepts aus.

Ein Kernziel dieses Konzepts ist die möglichst strategische Entsendung von Bediensteten in internationale Organisationen und europäische Institutionen, erweitert um das „Spiralmodell“, das einen routinemäßigen Wechsel zwischen Verwendungen im nationalen und internationalen Umfeld vorsieht. Mittelfristig sollen damit die Erfolgsaussichten bei Bewerbungen auf Posten der mittleren und oberen Führungsebene gesteigert werden. Ein probates und erfolgreiches Mittel zur Ermöglichung von Verwendungen z. B. bei der NATO, ist die Zuweisung bzw. Kommandierung von Personal auf Basis eines freiwilligen Beitrags<sup>35</sup>, bei welcher der Organisation Personal zur Dienstleistung kostenfrei zur Verfügung gestellt wird. Diese Entsendungen sollen durch entsprechende Karriereanreize und Karrieresicherungsmaßnahmen für Rückkehrer gefördert werden. Insgesamt betrug die Zahl der Entsendungen aus der Bundesregierung einschließlich nachgeordneter Bereich 3.398 Beschäftigte, davon 542 Frauen (davon Anteil BMVg 1.290 Beschäftigte / 108 Frauen sowie BMI 1.795 Beschäftigte / 330 Frauen). Erschwert wird eine Umsetzung in größerem Umfang von teilweise stark begrenzten personalwirtschaftlichen Kapazitäten.

### 1. Positive Umsetzungsbeispiele aus Bundesministerien im Berichtszeitraum<sup>36</sup>

Viele Ministerien nutzen insbesondere aktiv und systematisch Angebote für dienstjüngere Beschäftigte bzw. bauen sie in ihr eigenes Ausbildungs- und Fortbildungsprogramm ein. Dabei handelt es sich meist um kürzere Einsätze (2 bis 11 Monate) bei internationalen Organisationen oder der EU. Das AA bietet zum Beispiel immer wieder EU- oder VN-Austausche während der Attachéausbildung an oder ermöglicht Personalaustauschprogramme, auch mit der neuen Diplomatischen Akademie des EAD. BMW, BMF und BMAS entsenden Kolleginnen und Kollegen im Rahmen der sogenannten Außenprobezeit. Viele Ressorts nutzen das Programm „Erasmus for Officials“ und das EU-Programm „Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung“ (NSBW). Auch längere Personalentsendungen sind fester Bestandteil internationaler Personalpolitik. Personalentsendungen für üblicherweise zwei bis vier Jahre als nationale Experten, z. B. bei der EU-Kommission, sind fast allen Ressorts und deren Geschäftsbereichsbehörden weitgehend etabliert.

Insgesamt liegt bei den meisten Ressorts (noch) ein klarer **Schwerpunkt auf den Einsätzen in den EU-Institutionen**. Es ist erklärtes Ziel der Bundesregierung, insbesondere das Instrument der Abordnung nationaler Sachverständiger strategisch noch besser zu nutzen. Das BMW hat dazu einen eigenen Leitfaden für deren Vorbereitung erstellt, der auch anderen Ressorts zur Verfügung gestellt wird. Entsendungen in das VN-Sekretariat sind aufgrund rechtlicher Regelungen kaum möglich. Vermehrt werden aber Möglichkeiten zu Entsendungen in die Fonds, Programme und Sonderorganisationen im VN System genutzt.

Weiterentwickelt werden die Instrumente bei der **personalwirtschaftlichen Begleitung und den Karriereanreizen**. Insgesamt gelten Auslandsaufenthalte in der Ministerialadministration inzwischen überwiegend, wenn auch noch in unterschiedlichem Maße, als karrierefördernd. Einsätze in internationalen Organisationen sind größtenteils integraler Bestandteil der Personalentwicklungskonzepte (AA, BMAS, BMBF, BMF, BMI, BMVg, BMW, BMZ). Dies soll nicht nur auf die Einstiegsphase beschränkt werden, sondern auch Möglichkeiten für spätere Tätigkeiten eröffnen (Ziel: „Spiralmodell“). Ein Einsatz in internationalen Organisationen bzw. der EU geht in die Personalakte der Beschäftigten ein.

Anreiz für eine Verwendung in einer internationalen Organisation kann auch eine darauf aufbauende passende **Anschlussverwendung** sein, auch um die in den Organisationen erworbenen Kenntnisse von Bediensteten im Anschluss systematisch zu nutzen. Zudem gab es zuletzt diverse Beispiele von Bediensteten verschiedener Ressorts, die während ihres Einsatzes in den internationalen Organisationen befördert wurden oder aber vorübergehend (Beurlaubung) oder auch dauerhaft in eine internationale Organisation wechseln konnten.

<sup>34</sup> Personalrahmenkonzept der Bundesregierung zu zentralen Fragen der internationalen Personalpolitik, siehe Seite 12, 1. BT-Bericht, BT-Drucksache 16/10963

<sup>35</sup> “Voluntary National Contribution (VNC)”

<sup>36</sup> Die Bezeichnung der Bundesministerien im Bericht orientiert sich an der im Berichtszeitraum zutreffenden Form.

Die deutlich ausgeweiteten digitalen Möglichkeiten gestatteten eine **engere Anbindung** während der Entsendung. Das BMZ beispielsweise bezieht zu internationalen Organisationen entsandte Beschäftigte in hausinterne virtuelle Formate ein.

Im **AA** ist es bei entsprechender Einstufung und Wertigkeit der Tätigkeit sowie erfolgreichem Auswahlverfahren möglich, die sogenannte Stellvertreterzeit (A15 BBesG) – eine Voraussetzung für künftige Führungspositionen ab A16 – alternativ zur Zentrale in Berlin beim EAD, sonstigen EU-Institutionen oder in internationalen Organisationen abzuleisten. Im EAD sind derzeit zwölf AA-Beschäftigte stellvertreterwertig im Einsatz, bei der NATO eine Kollegin. Um Beschäftigte frühzeitig an die Tätigkeit heranzuführen, sind kürzerer Einsätze schon ab A13 möglich, insbesondere im EU-Bereich. Zudem wird regelmäßig das Interesse an einer Verwendung in internationalen Organisationen abgefragt und ein umfangreiches Angebot zur gezielten Vorbereitung auf Auswahlverfahren und Interviews für internationale Organisationen angeboten. Die Beschäftigten nehmen auch während ihrer Abwesenheit weiter an allen Regelbeurteilungsverfahren und Beförderungsverfahren teil. Die erlangten Kenntnisse und Erfahrungen werden nach Möglichkeit durch passende Anschlussverwendungen im In- und Ausland genutzt und vertieft.

Im **BMAS** werden unterschiedliche Auslandsverwendungen im Rahmen der „internationalen Personalentwicklung“ regelmäßig angeboten. So nehmen Beschäftigte an Kurzzeiteinsätzen als Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung, am „Erasmus Public Administration-Programm“, an halbjährigen Außenstationen bei der ILO in Genf und der StäV in Brüssel teil. Im Rahmen des BMAS-Onboarding-Prozesses wird die Jahresplanung für internationale Verwendungen allen neuen Beschäftigten regelmäßig bekanntgegeben. Informationsveranstaltungen, gekoppelt mit einem Erfahrungsaustausch mit aktuell entsendeten Beschäftigten, werden in Abständen angeboten. Außerdem ermöglicht das BMAS Verwendungen als nationale Sachverständige bei der Europäischen Kommission sowie Einsätze bei der Europäischen Arbeitsbehörde (European Labour Authority) und der Internationalen Arbeitsorganisation.

Das **BMBF** hat fünf Stellen für den Einsatz als nationale Sachverständige bei der Kommission reserviert. Ermöglicht und beworben werden darüber hinaus die Teilnahme an internationalen Kurzprogrammen (unter anderem nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung, Erasmus Public Administration) und der Einsatz in internationalen Einrichtungen, der auch im Rahmen einer Außenverwendung absolviert werden kann. Die Beschäftigten nehmen während ihrer Abwesenheit weiterhin an dem Regelbeurteilungsverfahren und der Beförderungsplanung teil. Häufig ist einem späteren Funktionswechsel (Übertragung einer Referatsleitung) eine erfolgreiche Auslandsverwendung vorausgegangen. Zur Vorbereitung kann eine Aufnahme in eine Interessentengruppe erfolgen und von Informationsveranstaltungen mit Erfahrungsaustausch mit Rückkehrenden begleitet werden.

Das **BMEL** ermöglicht und fördert ebenfalls eine Vielzahl von Auslandsverwendungen: Es werden regelmäßig nationale Sachverständige insbesondere an die Europäische Kommission entsandt. Darüber hinaus nehmen Beschäftigte an den Kurzzeiteinsätzen als Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung sowie am „Erasmus Public Administration-Programm“ teil. Bereits bei der Einstellung wird den Beschäftigten das Konzept für internationale Verwendungen erläutert. Es werden Informationsveranstaltungen (einschließlich Erfahrungsaustausch mit den Rückkehrerinnen und Rückkehrern) angeboten, Abfragen und Übersichten für Auslandsverwendungen mit Informationen über die Dienstposten werden durchgeführt und deren Nachbesetzungen werden zeitnah im Intranet publiziert. Die Auslandstätigkeiten werden im Beurteilungssystem berücksichtigt und Beschäftigte in Beförderungsverfahren mit einbezogen.

Im **BMF** ist die Förderung von internationalen Einsätzen der Beschäftigten fest verankert. Verwendungen erfolgen z. B. als nationale Sachverständige bei der Europäische Kommission oder im Wege von Entsendungen und Beurlaubungen zu internationalen Organisationen. Die dort gewonnenen Kenntnisse und Erfahrungen werden bei Rückkehr der Beschäftigten durch eine gezielte Einsatzplanung nach Möglichkeit weiter verfestigt und abgerufen. Im Berichtszeitraum wurden die Anstrengungen intensiviert, qualifiziertes Personal in internationalen Einrichtungen zu platzieren. So ist es etwa schon zu einem sehr frühen Stadium der Beschäftigung im BMF möglich, eine mehrjährige Auslandsverwendung anzutreten. Der „Interessenpool für Auslandsverwendungen“ ermöglicht es, gezielt Beschäftigte mit bestimmtem Profil für internationale Verwendungen zu identifizieren.

Das **BMG** fördert die internationale Verwendungsbreite der Beschäftigten. Dazu gehört insbesondere die Verwendung in internationalen Organisationen und Einrichtungen. Regelmäßig werden daher Dienstposten bei der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel oder Stellen der Europäischen Kommission für nationale Sachverständige ausgeschrieben und besetzt. Ferner werden Ausschreibungen für Einsätze bei der WHO und der UN bekanntgemacht. Neben den längerfristigen Verwendungen bietet das BMG den Beschäftigten die Teilnahme an internationalen Weiterentwicklungsprogrammen an. Es besteht

beispielsweise die Möglichkeit, an dem Kurzpraktikums-Programm „Erasmus for Officials“ der EU oder dem EU-Programm „nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung“ teilzunehmen. Über die aktuellen Angebote informiert das BMG die Beschäftigten regelmäßig intern und bietet Interessierten individuelle Beratung an.

Im Personalentwicklungskonzept des **BMI** ist die Erweiterung der europäischen und internationalen Handlungskompetenz als Handlungsfeld der individuellen Personalentwicklung definiert. Das BMI und sein Geschäftsbe- reich entsendet regelmäßig nationale Experten in die EU sowie Verbindungspersonen in Partnerministerien/-be- hörden. Auch Beurlaubungen für hauptberufliche Tätigkeiten in EU- oder internationalen Institutionen sind üb- lich. Daneben wird die Teilnahme am „Erasmus Public Administration-Programm“ sowie an Programmen und Kurzzeiteinsätzen als Nationale Sachverständige zur beruflichen Weiterbildung unterstützt. Alle im Ausland ein- gesetzten Personen werden im BMI sowohl in das Beurteilungssystem als auch in das Beförderungsverfahren einbezogen. Eine Anschlussverwendung mit internationalem oder EU-Bezug wird angestrebt. Relevante Stellen- ausschreibungen sowie Informationsmaterial werden intern bekanntgegeben, es gibt gezielte allgemeine und in- dividuelle Beratungsangebote für interessierte Beschäftigte, Evaluierungsgespräche, Netzwerktreffen, Erfah- rungsaustausche und regelmäßige Informationsveranstaltungen geben Einblicke in die Auslandseinsätze.

Das **BMJV** entsendet regelmäßig nationale Sachverständige an die Europäische Kommission. Daneben fördert das BMJ den Einsatz als (stellvertretendes) deutsches nationales Mitglied bei EUROJUST sowie als Delegierte Europäische Staatsanwältin bzw. Delegierter Europäischer Staatsanwalt bei der EUSTa. Beschäftigte erhalten zudem die Möglichkeit einer Auslandsverwendung bei den verschiedenen Ständigen Vertretungen. Beim Euro- päischen Gerichtshof für Menschenrechte besteht seit einigen Jahren die Möglichkeit, Richterinnen oder Richter bzw. Staatsanwältinnen oder Staatsanwälte aus der nationalen Gerichtsbarkeit in die Kanzlei des Gerichtshofs zu entsenden. Dies wird auch derzeit erfolgreich praktiziert. Zum Stichtag des Berichts ist ein ans BMJV abgeord- neter Staatsanwalt aus Bayern an den EGMR entsandt. Darüber hinaus sind zwei ans BMJV abgeordnete Richt- erinnen im Wege von Langzeithospitationen an EGMR und EuGH entsandt. Dem Einheitlichen Patentgericht (EPG), an dessen Konzeptionierung und Aufbau das BMJV maßgeblich beteiligt war, ist Personal des Ministeri- ums und seines Geschäftsbereichs derzeit in die strategischen Bereiche Präsidium und Kanzlei vollständig zuge- wiesen worden. Darüber hinaus sind dem EPG zwölf Richterinnen und Richter aus dem Geschäftsbereich teil- weise zugewiesen worden.

Im **BMVg** wird einmal jährlich das sogenannte Internationale Praktikum durchgeführt. Pro Jahr wird dabei bis zu zehn Nachwuchskräften des höheren und gehobenen Dienstes der Bundeswehrverwaltung die Möglichkeit eröff- net, sich im Rahmen von dreimonatigen Arbeitsaufenthalten als nationale Experten, etwa beim Internationalen Stab der NATO in Brüssel, NATO-Agenturen oder auch im Bereich der EU, auf die Übernahme von Aufgaben in diesen Organisationen vorzubereiten. Als freiwilligen Personalbeitrag oder nationale Sachverständige werden sie in die Aufgaben und Arbeitsweisen der Organisationen eingewiesen. Dies kann bei späteren Bewerbungen bei internationalen Organisationen einen ausschlaggebenden Vorteil darstellen. Die bestehende Personalentwick- lungskonzeption im Geschäftsbereich des BVMg sieht zudem vor, dass Beamtinnen und Beamte, die sich für eine qualifizierte Personalgestaltung eignen, in allen Phasen der Personalentwicklung an Aufgaben und Verwendun- gen mit internationalem Bezug herangeführt und hierzu zielgerichtet gefördert werden.

Das **BMWE** fördert den internationalen Einsatz von Beschäftigten und hat Auslandsaufenthalte in das Personal- entwicklungskonzept integriert. Dienstjüngere Beschäftigte bis Besoldungsgruppe A14 können während der ein- jährigen „Außenprobezeit“ grundlegende Kenntnisse der internationalen Arbeit erwerben. Das Angebot steht nicht nur dem höheren, sondern auch dem gehobenen Dienst zur Verfügung. Zudem werden auch dienstältere Beschäftigte für eine zeitlich befristete mehrjährige internationale Aufgabe gewonnen. Neben der Tätigkeit an Auslandsvertretungen ist die Entsendung an internationale Organisationen oder europäische Institutionen mit ei- ner einhergehenden Beurlaubung möglich. Das BMWE fördert zudem den Einsatz von nationalen Sachverstän- digen bei der EU. Internationale Stellenangebote werden regelmäßig intern veröffentlicht. Auf Grundlage des hauseigenen IO-Konzeptes können sich Beschäftigte mit Führungserfahrung und Interesse an einer internationa- len Tätigkeit in einen internen Kandidatenpool eintragen lassen.

Das **BMZ** misst Personalentsendungen zu internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und der EU eine weiter zunehmende Bedeutung zu. Mit der gestiegenen politischen Relevanz einer starken europäischen und mul- tilateralen Entwicklungspolitik wurde die strategische Gestaltung der internationalen Personalpolitik weiter in- tensiviert und in entsprechende Strategiepapiere des BMZ aufgenommen<sup>37</sup>. Deutsche Personalpräsenz ist ein

<sup>37</sup> Insbesondere in der BMZ Strategie „Starke multilaterale Entwicklungspolitik für soziale Gerechtigkeit weltweit“, abrufbar unter <https://www.bmz.de/resource/blob/175046/bmz-positionspapier-multilaterale-strategie.pdf>.

fester Bestandteil der entwicklungspolitischen Dialogformate mit den internationalen Organisationen und Entwicklungsbanken in federführender Zuständigkeit des Ministeriums. In Umsetzung des Personalrahmenkonzepts werden dabei Stellen für Einsätze in internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und EU-Institutionen reserviert. Für die Beschäftigten ist die Übernahme eines derartigen Postens, ebenso wie andere Auslandseinsätze, ein struktureller Bestandteil der BMZ-Personalentwicklung sowie ein möglicher Baustein der neu eingeführten fachlichen Spezialisierung. Das BMZ entsendet im Berichtszeitraum Beschäftigte an UNDP, IOM, WFP, die EU-Kommission, den Europäischen Auswärtigen Dienst und die EIB. Zudem konnte in Umsetzung des sogenannten Spiralmodells erstmals eine Person aus der EU-Kommission im BMZ an verantwortlicher Stelle eingesetzt werden. Daneben wurden im Berichtszeitraum über 25 Beschäftigte des BMZ auf eigenen Wunsch im dienstlichen Interesse für Verwendungen bei internationalen Organisationen, EU oder Entwicklungsbanken beurlaubt; vier davon wechselten im Berichtszeitraum anschließend dauerhaft in diese Institutionen. Die enge Anbindung und strategische Einbeziehung dieser Beschäftigten war im Berichtszeitraum ein wichtiges Vorhaben. Flankierend zu den eigenen Personalentsendungen und Personalaustauschen des BMZ werden BMZ-finanzierte Entsendungen zu internationalen Organisationen, Entwicklungsbanken und zur EU über Durchführungsorganisationen der staatlichen bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (insbesondere GIZ und KfW) genutzt, um in entwicklungspolitisch wichtigen Themenbereichen Akzente zu setzen und wichtige strategische Prozesse zu flankieren, wie etwa zur Weltbank in den Bereich der sozialen Sicherung. Ferner wurde im entwicklungspolitischen Kontext bei der EU-Kommission entwicklungspolitisch prioritäre Themen und ausgewählte regionale Schwerpunkte durch Personalentsendungen gezielt unterstützt.

## 2. Entsandte Beschäftigte (Bundes- und Landesbehörden) in internationalen und EU Organisationen

Die nachstehenden Tabellen listen die im Berichtszeitraum entsandten Beschäftigten der Bundesressorts und der Bundesländer, einschließlich entsandter Bediensteter aus den Polizeibehörden von Bund und Ländern, sowie der Zollverwaltung<sup>38</sup>. Gezählt wurden Tätigkeiten ab einer Dauer von zwölf Monaten. Kürzere Einsätze finden ebenfalls statt, sind in der Übersicht aber nicht erfasst<sup>39</sup> (ausgenommen Frontex).

Tabelle 1 Entsendungen von Beschäftigten der Bundesressorts (inklusive nachgeordneter Bereich) im Berichtszeitraum

Ressort	AA	BMAS	BMBF	BMEL	BMF	BMFSFJ	BMG	BMI	BMJ	BMUV	BMDV	BMVg	BMWK	BMZ	Gesamt
<b>GESAMT (davon Frauen)</b>	<b>64 (17)</b>	<b>6 (2)</b>	<b>5 (2)</b>	<b>2 (1)</b>	<b>44 (18)</b>	<b>2 (2)</b>	<b>11 (6)</b>	<b>1795 (ca. 330<sup>40</sup>)</b>	<b>21 (9)</b>	<b>6 (3)</b>	<b>21 (2)</b>	<b>1297 (108)</b>	<b>46 (21)</b>	<b>78 (21)</b>	<b>3398 (542)</b>
ACER													1		1
ADB (u. CAREC)										1				1	2
AfDB														1	1
CDB														1	1
CEB					1										1
CEPT											2				2
CoE Centre of Excellence for Civilian Crisis Management					1										1
Crop Trust (Globaler Treuhandfonds für Nutzpflanzvielfalt)														1	1

<sup>38</sup> Die Zahlen ergeben sich aus den addierten Entsendungen der Polizeien des Bundes (BKA, BPOL), der Länder und der Zollverwaltung aus den Jahren 2023 und 2024 und beinhalten somit Doppelerfassungen.

<sup>39</sup> Die Zahlen umfassen in den meisten Fällen auch Beschäftigte, die zeitlich befristet für die Tätigkeit an einer IO oder einer europäischen Institution beurlaubt wurden. Entsendungen bzw. Abordnungen an deutsche Auslandsvertretungen und die deutschen Ständigen Vertretungen bei der EU, NATO, VN u. a. werden hier nicht erfasst.

<sup>40</sup> Der Anteil an Frauen wird zum Teil in den Polizeibehörden statistisch nicht durchgängig nachgehalten, daher ist hier nur eine Schätzung möglich.



Ressort	AA	BMAS	BMBF	BMEL	BMF	BMFSFJ	BMG	BMI	BMJ	BMUV	BMDV	BMVg	BMWK	BMZ	Gesamt
<b>ELA</b>		1			1										2
<b>ENISA</b>															-
<b>EMA</b>							4								4
<b>EMSA</b>											1				1
<b>EPA/EPO</b>									3					1	4
<b>EPG</b>									2						2
<b>ERA</b>											2				2
<b>ERH</b>					1										1
<b>ESA</b>								1	1			2	2		6
<b>ESDC</b>												1			1
<b>ESMA</b>												1			1
<b>EUBAM Rafah</b>								1							1
<b>EUAM Ukraine</b>															-
<b>EUAM Irak</b>								1							1
<b>EUBAM Moldova/Ukraine</b>					1			8							9
<b>EUCAP Sahel Niger</b>															-
<b>EUCAP Somalia</b>								3							3
<b>EuGH</b>									1				1		2
<b>EUIPO</b>									2						2





Ressort	AA	BMAS	BMBF	BMEL	BMF	BMFSFJ	BMG	BMI	BMJ	BMUV	BMDV	BMVg	BMWK	BMZ	Gesamt
<b>NATO International Staff</b>	4											15			<b>19</b>
<b>NATO International Military Staff</b>												51			<b>51</b>
<b>NATO Command Structure</b>												814			<b>814</b>
<b>NATO Defense College</b>												1			<b>1</b>
<b>NAHEMA</b>												25			<b>25</b>
<b>NAPMA</b>												10			<b>10</b>
<b>NCIA</b>												104			<b>104</b>
<b>NETMA</b>												83			<b>83</b>
<b>NSPA</b>												14			<b>14</b>
<b>OCCAR</b>												90	1		<b>91</b>
<b>OECD</b>	2				2								6	1	<b>11</b>
<b>OSZE (plus Missionen)</b>	2												1	1	<b>4</b>
<b>OTIF</b>											1				<b>1</b>
<b>OVCW</b>												1			<b>1</b>
<b>SRB</b>					2										<b>2</b>
<b>UNDP</b>														4	<b>4</b>
<b>UNFCCC</b>														1	<b>1</b>

Ressort	AA	BMAS	BMBF	BMEL	BMF	BMFSFJ	BMG	BMI	BMJ	BMUV	BMDV	BMVg	BMWK	BMZ	Gesamt
UNHCR								1							1
UNMISS								1							1
UNICEF														1	1
UNIDO														5	5
UNITAR													1		1
UNOPS															-
UN OSES	1														1
UNSOM/UNTMIS								4							4
UNRWA														2	2
VN-Sekretariat	4							2	1			8	1		16
WBG	1				4								1	16	22
WCO					2										2
WFP														2	2
WHO														1	1
WMO											2				2
ZKR											1				1

**Tabelle 2      Entsendungen von Beschäftigten der Bundesländer (inkl. nachgeordneter Bereich) im Berichtszeitraum**

Im Berichtszeitraum haben alle Bundesländer Beschäftigte an insgesamt 41 internationale Organisationen und europäische Institutionen entsandt, insbesondere aus dem Bereich Polizei und Justiz. Der größte Anteil der knapp 740<sup>41</sup> entsandten Länderbeschäftigten war tätig bei Frontex (über 340<sup>42</sup>) sowie in verschiedenen EU- und VN-Missionen. Die größten Personalsteller im Berichtszeitraum waren Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern, Niedersachsen, Hessen, Berlin, Brandenburg und Rheinland-Pfalz.

Länderbeschäftigte wurden 2023/2024 entsandt zu: ACA, CERN, EAD/EEAS, EGMR, EIB, EPA, EPG, EUAM Ukraine, EUCAP Sahel Niger, EUCAP Somalia, EuG(H), EU-KOM, EULEX Kosovo, EU LISA, EUM Armenia, EUMM Georgia, EUPM Moldova, EUPOL COPPS, EUROJUST, EUROPOL, Europarat, EUSDI GoG, EUSA, EUSPA, EZB, Frontex, ICC/ISGH einschl. Sondertribunale, INTERPOL, IOM, NATO HQ, OLAF, UNFICYP, UNITAMS, UNMIK, UNMISS, UNODC, UNSOM/UNTMIS, UNSPC, UPC, VN-Sekretariat, WFP und WHO.

---

<sup>41</sup> Die Gesamtzahl ergibt sich aus den addierten Entsendungen der Länderbeschäftigten für die Jahre 2023 und 2024 und beinhaltet aufgrund teils mehrjähriger Einsätze Doppelerfassungen.

<sup>42</sup> Die Zahl ergibt sich aus den addierten Entsendungen der Polizeien des Bundes (BKA, BPOL), der Länder und der Zollverwaltung aus den Jahren 2023 und 2024 und beinhaltet somit Doppelerfassungen.

**E. Anhang**Tabelle 3 **Entsendungen/Sekundierungen durch das Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF) im Berichtszeitraum<sup>43</sup>**

<b>Entsendungen und Sekundierungen (ZIF)</b>	<b>Gesamtzahl 325</b>	<b>davon Frauen 145</b>
<b>EU</b>	<b>154</b>	<b>68</b>
EUAM Ukraine	19	7
EUPM Moldau	4	1
EUM Armenien	10	6
EULEX Kosovo	10	5
EUMM Georgien	12	7
EUAM Irak	6	4
EUCAP Sahel Mali	3	1
EUCAP Somalia	9	1
EUCAP Sahel Niger	4	2
EUSDI Gulf von Guinea	3	1
EUPOL COPPS	8	4
EUBAM Rafah	2	1
EUBAM Libyen	4	1
EUAM RCA	4	1
EU NAVFOR MED IRINI	1	1
EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA	2	-
Kosovo Specialist Chambers & Specialist Prosecutor's Office	3	-
EAD (inkl. ESDC)	31	15
Europäische Kommission -Generaldirektion Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen (NEAR)	2	2
Europäische Kommission -Dienst für Außenpolitische Instrumente (FPI)	1	1
EU Delegation Republik Moldau	2	-
EU Delegation Tschad	1	-
EU Delegation New York	2	1

<sup>43</sup> Personen, die den Einsatz gewechselt haben, werden in beiden bzw. in drei Einsätzen gezählt. Karrierewege (Positionswechsel) innerhalb eines Einsatzes werden nicht abgebildet.

<b>Entsendungen und Sekundierungen (ZIF)</b>	<b>Gesamtzahl 325</b>	<b>davon Frauen 145</b>
EU Delegation Nigeria	1	1
EU Delegation China	1	1
European Economic and Trade Office in Taiwan	1	-
EUSB für den Südkaukasus und die Krise in Georgien	3	1
EUSB im Kosovo	1	1
EUSB Middle East Peace Process	1	-
EUSB für den Dialog zwischen Belgrad und Pristina und andere regionale Fragen im Westbalkan	1	1
EUSB für Zentralasien	1	-
EUSB für die Sahelzone	1	-
EUSB für das Horn von Afrika	1	1
<b>OSZE</b>	<b>57</b>	<b>27</b>
OSZE Mission im Kosovo	4	1
OSZE Programmbüro in Duschanbe	5	1
OSZE Mission Serbien	2	1
OSZE Präsenz in Albanien	1	1
OSZE Mission Skopje	2	-
OSZE Projektkoordinator in Usbekistan	2	1
OSZE Programmbüro in Astana	1	-
OSZE Mission Montenegro	1	-
OSZE Mission Moldau	3	3
OSZE Mission in Bosnien und Herzegowina	2	1
OSZE Sekretariat (ab 11/2022 inkl. OSZE Unterstützungsprogramm für die Ukraine)	25	12
OSZE Parlamentarische Versammlung	1	-
OSZE Hochkommissar für Minderheiten	1	1
OSZE-Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR)	5	3
OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit	2	2
<b>VN</b>	<b>66</b>	<b>31</b>
MINUSMA	1	-
UNITAD	1	1

<b>Entsendungen und Sekundierungen (ZIF)</b>	<b>Gesamtzahl 325</b>	<b>davon Frauen 145</b>
UNMISS	5	5
UNSOM	2	2
Sondergericht für die Zentralafrikanische Republik	3	-
UN-Sekretariat	1	-
The Complex Risk Analytics Fund (CRAF'd)	1	1
UNU-CPR	1	1
United Nations System Staff College	1	-
UN Resident Coordinator Kenia	1	-
UNDP Sudan	4	2
UNDP Irak	2	2
UNDP Libanon	2	2
UNDP Crisis Bureau NY	2	-
UNDP Bureau for External Relations and Advocacy	1	1
UNDP Sierra Leone – Parteiübergreifender Wahlprüfungsausschuss	1	-
OCHA Äthiopien	4	1
OCHA Sri Lanka	1	-
OCHA Somalia	3	1
OCHA Zentralafrikanische Republik	1	-
OCHA Nigeria	1	-
OCHA Gambia	1	1
OCHA Pakistan	1	1
OCHA Türkei – Feldbüro Gaziantep	2	1
OCHA Demokratische Republik Kongo – Feldbüro Goma	1	-
WFP HQ	3	1
WFP Philippinen	1	-
WFP Nigeria	1	-
WFP Palästinensische Gebiete	1	1
WFP Namibia	1	-
WFP Uganda	1	-

Entsendungen und Sekundierungen (ZIF)	Gesamtzahl 325	davon Frauen 145
WFP Niger	1	-
WFP Sambia	1	1
WFP Lebanon	1	-
WHO Armenien	1	-
WHO Kenia	1	1
WHO Senegal	1	1
WHO Tschad	1	-
UNHCR Polen	1	-
UNHCR Mosambik	1	1
UNHCR Malawi	1	1
UNHCR Regionalbüro West- u. Zentralafrika	1	-
UNICEF Palästinensische Gebiete	1	-
UNICEF Mosambik	1	1
UNICEF Niger	1	1
<b>NATO</b>	<b>17</b>	<b>5</b>
NATO HQ	9	3
Defence Institution Building School (Georgien)	2	-
Defence Capacity Building Package Bosnien und Herzegowina	1	-
Allied Land Command (LANDCOM)	1	-
NATO Mission Irak	3	1
NATO Verbindungsbüro Moldau	1	1
<b>Europarat</b>	<b>11</b>	<b>8</b>
Europarat Hauptquartier	6	4
Europarat Büro in Jerewan	1	1
Europarat Büro Chisinau	1	-
Europarat Büro Tirana	1	1
Entwicklungsbank des Europarates	1	1
Register of Damage Caused by the Aggression of the Russian Federation Against Ukraine, Den Haag	1	1

Entsendungen und Sekundierungen (ZIF)	Gesamtzahl 325	davon Frauen 145
<b>Organisation Amerikanischer Staaten</b>	<b>5</b>	<b>2</b>
Mission zur Unterstützung des Friedensprozesses in Kolumbien/MAPP	5	2
<b>Ausländische Regierungen</b>	<b>5</b>	<b>2</b>
Maltesischer OSZE-Vorsitz	2	1
Nordmazedonischer OSZE-Vorsitz	1	-
Büro der Vizepremierministerin der Republik Nordmazedonien	1	1
Amt für Europaangelegenheiten der Republik Nordmazedonien	1	-
<b>Internationale Strafgerichtshof</b>	<b>9</b>	<b>2</b>
Büro des Chefanklägers	8	1
Büro des Chefanklägers – Feldbüro Ukraine	1	1
<b>Andere Einsätze</b>	<b>1</b>	<b>0</b>
Büro des Hohen Repräsentanten für Bosnien und Herzegowina	1	-

Anmerkung: Die Zahlen umfassen das sekundierte Personal in den Einsätzen im Berichtszeitraum 2023-2024. Sekundierte haben während des Berichtszeitraums den Einsatz gewechselt und werden in beiden bzw. drei Einsätzen gezählt. Karrierewege (Positionswechsel) innerhalb eines Einsatzes werden nicht abgebildet.

Tabelle 4      **Übersicht: Hocharrangige Deutsche in ausgewählten internationalen Organisationen und EU-Institutionen<sup>44</sup>**

Organisation	Name	Titel	Vorname	Position
Abkommen zur Erhaltung der europäischen Fledermauspopulationen (EUROBATS)	Streit		Andreas	Exekutivsekretär
Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB)	Schuknecht	Dr.	Ludger	Vizepräsident
Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung (CEDEFOP)	Siebel	Dr.	Jürgen	Exekutivdirektor
Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte	Salazar-Volkman		Christian	Direktor für Feldoperationen und technische Kooperation
Büro des Hohen Repräsentanten (OHR)	Schmidt		Christian	Hoher Repräsentant

<sup>44</sup> nur jeweils die obersten zwei Ebenen einer Organisation wurden berücksichtigt

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
Deutsch-Französisches Forschungsinstitut St. Louis (ISL)	Meinl	Oberst	Martin	Direktor
Einheitliches Patentgericht (EPG)	Grabinski	Dr.	Klaus	Präsident
	Jacobi		Axel	Vizekanzler
Aufsichtsgremium (Einheitlicher Bankenaufsichtsmechanismus, SSM) der Europäischen Zentralbank (EZB)	Buch	Prof. Dr.	Claudia Maria	Vorsitzende des Aufsichtsgremiums
Entwicklungsbank des Europarats (CEB)	Böhmer		Johannes	Vize Gouverneur
Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP)	Steiner		Achim	Administrator (=Leiter)
Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Anstrengungen, die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante/Daesh für ihre Straftaten zur Rechenschaft zu ziehen (UNITAD)	Ritscher		Christian	Leiter (bis April 2024)
Europäische Audiovisuelle Informationsstelle (OBS)	Nikoltchev	Dr.	Susanne	Geschäftsführende Direktorin
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	Rigterink		Jürgen	Erster Vizepräsident
Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD)	Kübel-Sorger		Burkhard	CFO/Vizepräsident
Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln (EDQM)	Dörr	Dr.	Petra	Leiterin
Europäisches Innovations- und Technologieinstitut (EIT)	Kern	Dr.	Martin	Direktor
Europäische Kommission	Von der Leyen	Dr.	Ursula	Präsidentin
Europäische Kommission	Fink-Hooijer	Dr.	Florika	Generaldirektorin Umwelt
Europäische Kommission	Weyand	Dr.	Sabine	Generaldirektorin Handel
Europäische Kommission	Jorna		Kerstin	Generaldirektorin Binnenmarkt
Europäische Kommission	Nikolay	Dr.	Renate	Stellvertretende Generaldirektorin Kommunikationsnetze, Inhalte und Technologien
Europäische Kommission	Kautz		Christoph	Stellvertretender Generaldirektor und Direktor Verteidigungsindustrie und Weltraum

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
Generalsekretariat des Rates der Europäischen Union	Westphal		Thomas	Generaldirektor Wirtschaft & Finanzen
Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO)	Kaufer	Dr.	Andreas	Direktor für Betrieb
Europäische Organisation für astronomische Forschung in der südlichen Hemisphäre (ESO)	Burger	Dr.	Claudia	Direktorin Verwaltung
Europäische Organisation für die Nutzung von meteorologischen Satelliten (EUMETSAT)	Bank	Dr.	Cristian	Direktor Programmentwicklung, Stellvertreter Generaldirektor
Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)	Mnich	Prof. Dr.	Joachim	Direktor für Forschung und Datenverarbeitung
Europäische Synchrotronstrahlungsanlage (ESRF)	Reichert	Prof. Dr.	Harald	Direktor für physikalische Forschung
Europäische Weltraumorganisation (ESA)	Densing	Dr.	Rolf	Direktor für Missionsbetrieb und Leiter des Raumfahrtkontrollzentrums (ESOC), Darmstadt
Europäische Weltraumorganisation (ESA)	Pilz	Prof. Dr.	Dietmar	Direktor für Technologie, Technik und Qualität und Leiter des Europäischen Weltraumforschungs- und Technologiezentrums (ESTEC), Noordwijk, Niederlande
Europäischer Gerichtshof (EuGH)	von Danwitz	Prof. Dr. Dr. h.c.	Thomas	Richter und seit Oktober 2024 zusätzlich Vizepräsident
Europäischer Gerichtshof (EuGH)	Kokott	Prof. Dr.	Juliane	Generalanwältin
Europäischer Militärstab	Albl	GenMaj.	Werner	Stellv. Direktor und Stabschef des Militärischen Planungs- und Durchführungstabes (MPCC)
Europäische Verteidigungsagentur (EDA)	Denk	GenMaj.	André Erich	Hauptgeschäftsführer
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Heidelberg)	Hentze	Prof. Dr.Dr. h.c.	Matthias	Direktor
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Heidelberg)	Bork	Prof. Dr.	Peer	Direktor, Leiter EMBL Standort Heidelberg
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL Hamburg)	Wilmanns	Prof. Dr. Dr.h.c.	Matthias	Leiter EMBL Hamburg

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie (EMBL-EBI Hinxton)	Apweiler	Dr.	Rolf	Co-Leiter EMBL EBI Hinxton
Europäisches Patentamt (EPO)	Ernst	Dr.	Christoph	Vizepräsident Generaldirektion Recht/Internationale Angelegenheiten
Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESDC)	Osterrieder		Holger	Leiter
Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage (EZMW)	Pappenberger	Dr.	Florian	Direktor für Vorhersage und Service, Stellvertreter der Generaldirektorin
Europäisches Zentrum zur Krankheitsvorbeugung und Kontrolle	Ammon	Dr.	Andrea	Direktorin (bis Mai 2023)
EU-Mission in Armenien (EUMA)	Ritter	Dr.	Markus	Leiter
EU-Mission zum Kapazitätenaufbau in Niger (EUCAP Sahel Niger)	Dominik	Dr.	Katja	Leiterin (bis September 2024)
Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids (UNAIDS)	Stegling		Christine	Stellv. Geschäftsführerin
Helsinki-Kommission (HELCOM)	Stempel		Rüdiger	Generalsekretär
Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)	Bartsch		Dominik	Länderbüroleiter Amman (bis Juli 2024)
Institut Max von Laue – Paul Langevin (ILL)	Meyer	Prof.	Andreas	Direktor
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	Andrees		Beate	Regionaldirektorin Europa und Zentralasien
Internationale Hydrographische Organisation (IHO)	Jonas	Dr.	Mathias	Generalsekretär
Internationale Kommission für den öffentlichen Dienst des VN-Sekretariats (ICSC)	Pawlik		Regina	Exekutivsekretärin (bis Ende 2023)
Internationaler Fond für Landwirtschaftsentwicklung (IFAD)	Ziller		Dominik	Vizepräsident (bis 02/2023)
Internationale kriminalpolizeiliche Organisation (Interpol)	Stock	Prof. Dr.	Jürgen	Generalsekretär (bis November 2024)
Internationale Organisation für erneuerbare Energien (IRENA)	Rösch		Roland	Direktor Innovation and Technology Centre (IITC)
Internationale Organisation für Migration (IOM)	Vojáčková-Sollorano		Irena	Stellvertretende Generaldirektorin ad Interim (bis August 2024)

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
Internationale Vereinigung für Soziale Sicherheit (IVSS)	Breuer	Dr.	Joachim	Präsident
Internationale Seeschifffahrts-Organisation (IMO)	Deggim	Dr.	Heike	Direktorin der Marine Environment Division (Ruhestandseintritt im Sommer 2025)
Internationaler Gerichtshof (ICJ)	Nolte	Prof. Dr.	Georg	Richter
Internationaler Strafgerichtshof (ICC)	Schmitt	Prof. Dr.	Bertram	Richter (bis März 2024)
Internationale Tropenholzorganisation	Breulmann	Dr.	Gerhard	Direktor Operations
Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali (MINUSMA)	Kroslak		Daniela	Stellv. Sonderbeauftragte des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (bis Dezember 2023)
Institut der Vereinten Nationen zur Abrüstungsforschung (UNIDIR)	Geiss	Prof. Dr.	Robin	Direktor
Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe (IRMCT)	Hoefer		Claudia	Richterin
Kommission für Genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft (CGRFA)	Leskien		Dan	„Senior Liaison Officer“ (bis Dezember 2024)
Kosovo-Sondergericht	Ambos	Prof. Dr. Dr. h.c.	Kai	Richter
Kosovo-Sondergericht	Barthe	Dr.	Christoph	Richter
Kosovo-Sondergericht	Laker	Dr.	Thomas	Richter
NATO Advisory and Liaison Team (NALT)	Lange	BrigGen. Dr.	Sven	Direktor (bis März 2023)
NATO Internationaler Stab	Ruge		Boris	Beigeordneter Generalsekretär für politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik
NATO Internationaler Stab	See	GenMaj.	Jörg	Stellv. Beigeordneter Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung (bis August 2024)
NATO Administrative Tribunal	Laker	Dr.	Thomas	Richter
NATO Internationaler Militärstab	Häussler	GenMaj.	Ulf	Direktor für Operationen und Planung
NATO Internationaler Militärstab	Samans	BrigGen.	Heinz Volker	Head Joint Air Power and Space Staff Element

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
NATO-Agentur für Entwicklung, Produktion und logistische Betreuung der Waffensysteme EF 2000 und Tornado (NETMA)	Koch	Dr.	Uwe	Stellv. Generaldirektor
NATO Unterstützung und Beschaffungsagentur für AWACS (NAPMA)	Neumann	BrigGen.	Stefan	Generaldirektor
Organization for Joint Armament Cooperation (OCCAR)	Sucker		Joachim	Direktor
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)	Müller	Dr.	Gerd	Generaldirektor
Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)	Beger		Gunther	Abteilungsleiter und einer der stellv. Generaldirektoren
Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)	Schmid		Helga Maria	Generalsekretärin (bis September 2024)
Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD)	Schomaker		Astrid	Exekutivsekretärin
VN-Unterstützungsmission in Afghanistan (UNAMA)	Potzel		Markus	Stellv. Sonderbeauftragter des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (bis August 2024)
VN-Mission zur Unterstützung des Übergangs im Sudan (UNITAMS)	Perthes	Prof. Dr.	Volker	Sonderbeauftragter des VN Generalsekretärs und Missionsleiter (bis September 2023)
VN Independent Strategic Review on UNAMI	Perthes	Prof. Dr.	Volker	Leiter (Oktober 2023 bis März 2024)
VN-Sekretariat	Kania		Beatrix	Leiterin des Protokolls
VN Development Coordination Office / UNDCO	Schmale		Matthias	Länderkoordinator und Humanitärer Koordinator Ukraine
Weltbank (WB)	D'Angelo	Dr.	Anke	Vizepräsidentin
Weltbank (WB)	Vögele	Dr.	Jürgen	Vizepräsident
Weltbank (WB)	Raiser		Martin	Vizepräsident
Welternährungsprogramm (WFP)	Klamert		Ute	Beigeordnete Exekutivdirektorin (bis Dezember 2023)
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	Böhme	Dr.	Catharina	Beigeordnete Generaldirektorin

<b>Organisation</b>	<b>Name</b>	<b>Titel</b>	<b>Vorname</b>	<b>Position</b>
Weltorganisation für Meteorologie (WMO)	Adrian	Prof. Dr.	Gerhard	Präsident (bis Juni 2023)
Welthandelsorganisation (WTO)	Ossa	Prof.	Ralph	Chief Economist und Director Economic Research and Statistics Division
Welthandelsorganisation	Keck	Dr.	Alexander	Director Trade Policy Review Division
Wissenschaftlicher Ausschuss der Vereinten Nationen zur Untersuchung der Auswirkungen der atomaren Strahlung (UNSCEAR)	Friedl	Dr.	Anna	Stellv. Vorsitzende
Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF)	Küpper		Wolfgang	Generalsekretär (bis Dezember 2024)
Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR)	Rusche		Jörg	Stellv. Generalsekretär

**Abkürzungsverzeichnis<sup>45</sup>**

AA	Auswärtiges Amt
ACA	Atrocity Crimes Advisory Group
ACER	Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden
ADB	Asiatische Entwicklungsbank
ADG	Beigeordneter Generaldirektor (Assistant Director General, entspricht ca. BesGr B6)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AfDB	Afrikanische Entwicklungsbank
AG IPM	Arbeitsgruppe Internationale Polizeimissionen
AIIB	Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank
AMDC	Air and Missile Defence Committee
ATAF	African Tax Administration Forum
ASG	Beigeordneter Generalsekretär (Assistant Secretary General, entspricht ca. BesGr B9)
AWACS	Airborne Warning and Control System (Luftgestütztes Luftraumüberwachungs- und Einsatzführungssystem der NATO)
BES	Euregionales Kooperationsbüro für Strafjustiz
BFIO	Büro Führungskräfte zu internationalen Organisationen
BKA	Bundeskriminalamt
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BMBF	Bundesministerium für Bildung und Forschung
BMEL	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Innern und für Heimat
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMUV	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMDV	Bundesministerium für Digitales und Verkehr
BMWK	Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz

<sup>45</sup> Die Bezeichnung der Bundesministerien im Bericht orientiert sich an der im Berichtszeitraum zutreffenden Form.

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CAREC	Programm zur Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ländern der zentralasiatischen Region
CBD	Übereinkommen über die biologische Vielfalt der VN
CDB	Karibische Entwicklungsbank
CEB	Entwicklungsbank des Europarats
CEDEFOP	Europäisches Zentrum für die Förderung der Berufsbildung
CEPOL	Agentur der EU für die Aus- und Fortbildung auf dem Gebiet der Strafverfolgung
CEPT	Europäische Konferenz der Verwaltungen für Post und Telekommunikation
CERN	Europäische Organisation für Kernforschung
CGRFA	FAO Kommission für Genetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft
CSP	Carlo-Schmid-Programm
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DASG	Stellv. Beigeordneter Generalsekretär (Deputy Assistant Secretary General, entspricht ca. BesGr B7)
DDG	Stellvertretender Generaldirektor
EAD/EEAS	Europäischer Auswärtiger Dienst
EASA	Europäische Agentur für Flugsicherheit
EBA	Europäische Bankenaufsichtsbehörde
EBD	Europäische Bewegung Deutschlands
EBRD	Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ECDC	Europäisches Zentrum zur Krankheitsvorbeugung und -kontrolle
ECHA	Europäische Chemikalienagentur
ECO	Europäisches Kommunikationsbüro
ECOSOC	Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
EDA	Europäische Verteidigungsagentur
EDQM	Europäisches Direktorat für die Qualität von Arzneimitteln
EDSB	Europäischer Datenschutzbeauftragter
EEA	Europäische Umweltagentur
EFTA	Europäische Freihandelsassoziation
MN BG LTU	Beistandsinitiative der NATO im Baltikum und Polen
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

EHI	Association of the European Heating Industry
EIB	Europäische Investitionsbank
EIGE	Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen
EIOPA	Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung
ELA	Europäische Arbeitsmarktbehörde
EMA	Europäische Arzneimittelagentur
EMBL	Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie
EMSA	Europäische Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs
END /SNE	Abgeordneter nationaler Sachverständiger („Experts Nationaux Détachés“ bzw. „Seconded National Experts“) (EU-Kommission und EU-Agenturen)
EPA/EPO	Europäisches Patentamt/Europäische Patentorganisation
EPG	Einheitliches Patentgericht
EPN	European Patrols Network
ERA	Europäische Eisenbahnagentur
ERCEA	Exekutivagentur des europäischen Forschungsrats
ERH	Europäischer Rechnungshof
ESA	Europäische Weltraumorganisation
ESDC	Europäisches Sicherheits- und Verteidigungskolleg
ESFS	Europäisches Finanzaufsichtssystem
ESMA	Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde
ESRB	Europäischer Ausschuss für Systemrisiken
EU	Europäische Union
EUAA	Asylagentur der Europäischen Union
EUAM Irak	Zivile Beratungsmission der EU im Irak
EUAM Ukraine	Zivile Beratungsmission der EU in der Ukraine
EUBAM Moldau/Ukraine	Zivile Grenzunterstützungsmission der EU für Moldau und die Ukraine
EUBAM Rafah	Zivile Grenzunterstützungsmission der EU für den palästinensisch-ägyptischen Grenzübergang Rafah
EUAM RCA	Zivile Beratungsmission der EU in der Zentralafrikanischen Republik
EUCAP Sahel Mali	Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Mali
EUCAP Sahel Niger	Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Niger

EUCAP Somalia	Zivile Mission der EU für den Kapazitätsaufbau in Somalia
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EUIPO	Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum
EU-KOM	Europäische Kommission
EULEX Kosovo	Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo
EU LISA	Europäische Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
EUMA	Zivile Beobachtungsmission der EU in Armenien
EUMETSAT	Europäische Organisation für die Nutzung meteorologischer Satelliten
EUMM Georgien	Zivile Beobachtungsmission der EU in Georgien
EUMS	Militärstab der Europäischen Union
EU NAVFOR MED IRINI	Militärische Operation der Länder der EU, um das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen durchzusetzen
EU NAVFOR Somalia Operation ATALANTA	Multinationale Mission der EU zum Schutz von humanitären Hilfslieferungen nach Somalia, der freien Seefahrt und zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias am Horn von Afrika im Golf von Aden
EUPM Moldova	EU Partnership Mission in der Republik Moldau
EUPOL COPPS	Polizeimission der Europäischen Union in den Palästinensischen Gebieten
EuRH	Europäischer Rechnungshof
EuR	Europarat
EUREKA	Europäische Forschungsinitiative für anwendungsorientierte Forschung
EUROCONTROL	Europäische Organisation zur Sicherung der Luftfahrt
EUROFOUND	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen
EUROfusion PMU Garching	Konsortium bestehend aus Fusionsforschungseinrichtungen in Ländern der EU und der Schweiz
EUROfusion JET	Zentrale Forschungseinrichtung des Europäischen Fusionsprogramms
EUROJUST	Justizbehörde der Europäischen Union
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt
EUROSTAT	Statistisches Amt der EU
EURSC	Büro des Generalsekretärs der Europäischen Schulen
EUStA	Europäische Staatsanwaltschaft
EUSB	Sonderbeauftragte / Sonderbeauftragter der EU
EUSDI GoG	Sicherheits- und Verteidigungsinitiative der EU zur Unterstützung der westafrikanischen Staaten im Golf von Guinea
EZB	Europäische Zentralbank

EZMW	Europäisches Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage
FAO	Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der VN
Frontex	Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache
GAVI	Globale Allianz für Impfstoffe und Immunisierung
GD	Generaldirektor
GF	(vorm. GFATM) Globaler Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GPP	Government Provided Personnel – Entsendemodalität an VN- Missionen
GSVP	Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (EU)
HKNM	Hochkommissar für Nationale Minderheiten (OSZE)
IADB	Inter-American Development Bank
IAEA/IAEO	Internationale Atomenergie-Organisation
IBRD	Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung
ICAO	Internationale Zivilluftfahrtorganisation
ICARDA	International Center for Agricultural Research in the Dry Areas
ICC	Internationaler Strafgerichtshof
ICMPD	International Centre for Migration Policy Development
IDB	Inter-Amerikanische Entwicklungsbank
IFAD	Internationaler Fonds für ländliche Entwicklung
IFC	Internationale Finanz- Corporation
IGH / ICJ	Internationaler Gerichtshof
IHO	Internationale Hydrographische Organisation
ILL	Institut Lernen und Leben
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IWF	Internationaler Währungsfonds
IMS (NATO)	Internationaler Militärstab der NATO
IMO	Internationale Seeschiffahrts-Organisation
INTERPOL	Internationale Kriminalpolizeiliche Organisation
IO	Internationale Organisation
IOM	Internationale Organisation für Migration
IOTA	Innereuropäische Organisation der Steuerverwaltungen

IRENA	Internationale Organisation für Erneuerbare Energien
IRMCT	(vorher MICT) Internationaler Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe
IS (NATO)	Internationaler Stab der NATO
ISGH	Internationaler Seegerichtshof
ITU	Internationale Fernmeldeunion
JPO	Junior Professional Officer
KSC	Kosovo Sonderkammern
LANDCOM	Allied Land Command
MAPP	Peace Support Mission of the Organization of American States (OAS)
MIGA	Multilaterale Investitions-Garantie-Agentur
MINUSMA	Integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali
MONUSCO	Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Republik Kongo
MPCC	The Military Planning and Conduct Capability
NAHEMA	NATO Helicopter Management Agency
NAPMA	NATO Airborne Early Warning & Control Programme Management Agency
NATO	Organisation des Nordatlantikvertrags (North Atlantic Treaty Organization)
NCIA	NATO Communications and Information Agency
NDC	NATO Defense College
NETMA	NATO Eurofighter and Tornado Development, Production & Logistics Management Agency
NGOs	Non Governmental Organizations / Nichtregierungsorganisationen
NQ	Non-Quota (NATO)
NSBW-Programm	Programm nationaler Sachverständiger in beruflicher Weiterbildung
NSPA	NATO Support and Procurement Agency
OCCAR	Organization for Joint Armament Cooperation
ODIHR	Büro für Demokratische Institutionen und Menschenrechte der OSZE
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OHCHR	Büro des VN-Hochkommissars für Menschenrechte
OLAF	European Anti-Fraud Office
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OTIF	Zwischenstaatliche Organisation für den internationalen Eisenbahnverkehr
OVCW	Organisation für das Verbot chemischer Waffen

RFoM	Beauftragte für Medienfreiheit (OSZE)
SACEUR	Supreme Allied Commander Europe (NATO)
SAB	Wissenschaftlicher Beirat der Vereinten Nationen
SE	Scola Europea SE
SRB	Single Resolution Board – Ausschuss für einheitliche Abwicklung (EU)
UIL	Institut für Lebenslanges Lernen
UNAMA	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan
UNAMI	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen im Irak
UNAIDS	Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNCTAD	Konferenz der Vereinten Nationen für Handel- und Entwicklung
UNDCO	Koordinationsbüro der Vereinten Nationen für Entwicklung
UNDG	Nachhaltige Entwicklungsgruppe der Vereinten Nationen
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNECE	Wirtschaftskommission für Europa
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen
UNESCO	Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNFCCC	Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen
UNFICYP	United Nations Peacekeeping Force in Cyprus
UNFPA	Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen
UNHCR	Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNIDIR	Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung
UNIDO	Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNIFIL	VN-Beobachtermission im Libanon
UNMIK	Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNMISS	VN-Mission im Südsudan
UNMHA	VN-Mission zur Unterstützung des Abkommens zu Hodeidah, Jemen
UNITAD	Ermittlungsgruppe der Vereinten Nationen zur Unterstützung der Anstrengungen, die Organisation Islamischer Staat im Irak und der Levante/Daesh für ihre Straftaten zur Rechenschaft zu ziehen
UNITAR	Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen
UNITAMS	Integrierte Hilfsmission der Vereinten Nationen für den Übergang in Sudan
UN-OCHA	VN-Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten

UNRWA	Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten
UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung
UN OSES	Büro des Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen für Syrien
UNSMIL	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Libyen
UNSOM/ UNTMIS	Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Somalia
UNV	Freiwilligenprogramm der Vereinten Nationen
UPC	Unified Patent Court
USG	Under Secretary General (VN) – stellvertretender Generalsekretär (entspricht ca. B9)
VDBIO	Verband deutscher Bediensteter bei Internationalen Organisationen
VN	Vereinte Nationen
WB	Weltbank
WBG	Weltbankgruppe
WCO	Weltzollorganisation
WFP	Welternährungsprogramm
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WIPO	Weltorganisation für geistiges Eigentum
WMO	Weltorganisation für Meteorologie
WTO	Welthandelsorganisation
YPP	Young Professionals Programme
ZKR	Zentralkommission für die Rheinschifffahrt
ZIF	Zentrum für Internationale Friedenseinsätze



